Inhalt

Für ein gutes Leben zwischen den Meeren....4

01 Wohnen, Bauen, Planen....5

Wohnen bezahlbar machen – für alle....5
Mieten-Notstand bekämpfen!....6
Obdachlosigkeit bekämpfen – Wohnen ist ein Menschenrecht!....8
Wohnen für die Jungen – Wohnen für die Zukunft....9
Wohnen auf dem Land – attraktiv und bezahlbar!....9

02 Mobil im ganzen Land – bezahlbar und nachhaltig....10

Busse und Bahnen, die den Menschen real nützen!....10
Mit dem Rad in die Zukunft!....12
Straßenverkehr....13

03 Gute Bildung für ALLE....13

Krippe und Kita als Basis der frühkindlichen Bildung....14
Die Zeit ist reif: Eine Schule für alle – jetzt!....15
Schule als guter Ort – gerecht ausgestattet....15
Für eine Pädagogik der Vielfalt und der Menschenrechte....18
Für Schulen der Demokratie....19
Berufsbildende Schulen – Pädagogik und Demokratie statt Verwertung....19
Hochschulen ausfinanzieren – Wissen für alle!....21
Lebenslanges Lernen....23

04 Soziales....23

Sozialstaat verteidigen – die wirkungsvollste Art des Antifaschismus!....23
Öffentliche Begegnungsorte – für eine solidarische Gesellschaft!....24
Unterstützung für Familien – Babybox....25
Kinder- und Jugendrechte ernst nehmen!....25
Starke Kinder- und Jugendarbeit – für eine noch stärkere Demokratie!....26
Drogenkonsumräume stärken – Leben retten!....27
Gewaltschutz als soziale Infrastruktur ausbauen!....28
Gleichstellung – Echt. Konsequent. Für ALLE....30
Verhütung für alle zugänglich machen!....31
Kultur – sozial und für alle, gestalten und fördern!....32

05 Gesundheit....33

Notfallversorgung....33
Krankenhaus....33
Ambulante Versorgung und ländlicher Raum....34
Drogenpolitik....35
Versorgung in der Schwangerschaft....36
Geschlechtsspezifische Medizin....36
Pflege....37
Psychische Erkrankungen....38
Inklusion mitdenken – Ein Gesundheitssystem für alle!....38
Spezialisierte und wohnortnahe Gesundheitsversorgung stärken....39

06 Wirtschaft & Arbeit....40
Eine Wirtschaftspolitik der arbeitenden Klasse....40
Guter Lohn für gute Arbeit!....42
Segel setzen für die maritime Wirtschaft!....44
Finanzen....44

07 Erneuerbare Energie – bezahlbar – in Bürgerhand....46
Energie bezahlbar machen....46
Erneuerbare Energie in Schleswig-Holstein....47
Wärmewende....48
Übergewinne und Kraftstoffe....49
Sozialökologischer Umbau....49
Küsten- und Klimaschutz....50

08 Agrar und Umwelt – Das Land zwischen den Meeren nachhaltig schützen!....51
Landwirtschaft....51
Gewässer- und Meeresschutz....53
Der Wald....53
Artenvielfalt und Biodiversität....54

09 Kommunales....54
Kommunalrechtsreform....54
Beantwortung der Anfragen....55
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen....55
Sport....56
Mehr Gelder für stärkere Kommunen....57

10 Innenpolitik....58
Eine Polizei für die Menschen, statt gegen sie....58
Inlandsgeheimdienst (Verfassungsschutz)....59
Bevölkerungsschutz....59
Staatliche Transparenz....60
Digitalisierung....61
Verwaltung....62
Unsere religionspolitischen Grundsätze....62
Direkte Demokratie....63

11 Migration und Antirassismus....65
Schleswig-Holstein: Freundlich. Norddeutsch. Offen....65
Innenpolitik....65
Bildung....66
Kommunen....66
Wirtschaft und Arbeit....67

12 Inklusion – Ein Schleswig-Holstein für alle....67
Barrierefreiheit....68
Wohnen....69
Bildung....69
Arbeit und Werkstätten....70

13 Buntes Schleswig-Holstein – Ein Zuhause für alle!.....70

Für ein gutes Leben zwischen den Meeren

Schleswig-Holstein ist ein schönes Land. Küsten, Wind und Meer prägen unser tägliches Leben. 2014 waren wir noch die Glücklichsten bundesweit. Doch inzwischen hat dieses Land immer weniger für die übrig, die es tagtäglich am Laufen halten. Auch für dich!

Die Mieten in den Städten steigen, sodass sie unsere Löhne auffressen. Auf dem Land werden die Lebenshaltungskosten so hoch, dass für den Erhalt der eigenen Häuser nichts mehr übrigbleibt.

Der Bus zum Arzt oder zum Supermarkt fährt nicht, und wenn er fährt, dann ist er auf Dauer zu teuer. Der kleine Supermarkt nebenan schließt. Wer kein Auto hat, kommt nicht mehr an das Nötigste. Wer kann, zieht weg und die Dörfer werden leerer.

Gute Kitaplätze, in denen wir unsere Kinder glücklich und beruhigt abgeben, sind rar und unsere pädagogischen Fachkräfte überlastet.

Und in unsere Schulen regnet es rein.

Auf Facharzttermine warten wir monatelang und die kleine Hausarztpraxis nebenan rentiert sich nicht mehr, genau wie die psychotherapeutische Sprechstunde.

Wir wohnen, arbeiten und leben in Schleswig-Holstein: Doch unsere alltäglichen Probleme werden größer statt kleiner.

Krankenhäuser wurden privatisiert, Schiene und Busse ebenfalls. Dafür zahlen wir alle tagtäglich einen steigenden Preis. Öffentlicher Wohnraum wurde jahrzehntelang vernachlässigt: Er wurde verkauft und großen Wohnkonzernen überlassen, die nur nach ihren eigenen Profiten streben. Das waren politische Entscheidungen, getroffen im Landtag und in den Kommunen. Und jede Regierung seitdem hat den Zustand verwaltet, statt ihn zu verändern.

Doch es geht auch anders. Wir, Die Linke Schleswig-Holstein, wollen dieses Land wieder für die gestalten, die es am Leben halten.

Wir machen das Leben bezahlbar. Miete, Strom und Lebensmittel müssen am Monatsende wieder passen, ohne wehzutun. Wir wollen Wohnungen wieder in öffentliche Hand holen, statt sie Konzernen zu überlassen, denn Wohnen ist unser Grundrecht.

Wir machen Bildung unabhängig vom Geldbeutel und Schulen zu Orten, an denen sich alle Kinder wohlfühlen. Heute entscheidet auch in Schleswig-Holstein zu oft das Elternhaus darüber, wie weit ein Kind kommt. Das wollen wir beenden: gebührenfrei von der Kita bis zur Hochschule, eine Schule für alle Kinder, ganz ohne Trennung. Mit Platz für Mittagessen und Ganztag und Fachkräften, die nicht permanent am Limit sind.

Wir machen Mobilität zur Grundversorgung, auch auf dem Land. Ein Bus, der dreimal am Tag fährt, ist kein echtes Angebot. Wir wollen einen Nahverkehr, der Stück für Stück ausgebaut und kostenlos wird und auch nach 20 Uhr und im ländlichen Raum ankommt.

Wir wissen, dass all das die stärkste Chance gegen Faschismus und Radikalisierung ist. Denn wenn die Menschen hier sozial abgesichert sind, die Kinder gut aufgehoben

sind und Wohnraum sicher und erschwinglich ist, dann verlieren rechte Märchen ihre Anziehungskraft. Und wo Rassismus und Diskriminierung trotzdem auftreten, stellen wir uns ihnen entschlossen entgegen.

Dabei gehört das Geld den Menschen vor Ort und nicht dem Militär! Aufrüstung ist nicht nur totes Kapital, sondern gefährdet auch unsere Leben. Wir sagen ganz klar „Nein!“ zu Kriegstreiberei: Kita, Schule, Krankenhaus und Bus statt U-Boote, Panzer und Militär!

Denn wo es gerecht zugeht, sind Frieden und Antifaschismus Ergebnisse und keine Träume.

Geld ist da! Es liegt nur an der falschen Stelle: bei den großen Vermögen, den Konzernen und in der Rüstungsindustrie. Wir holen es uns zurück und bringen es dorthin, wo Menschen jeden Tag darauf warten. Damit dieses Bundesland wieder das glücklichste wird!

Die Linke fordert:

- Bezahlbares Wohnen durch öffentliches, gemeinnütziges Eigentum, kommunale Mietpreisbremsen und Neubau von Wohnungen mit dauerhafter Sozialbindung.
- Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und eine Schule für alle.
- Bedarfsgerechter, zuverlässiger und kostenloser Nahverkehr im ganzen Land.
- Gesundheitsversorgung und Pflege in öffentlicher Hand, wohnortnah und ohne Gewinnabsicht.
- Ein sozialer und gerechter Klimaumbau, den sich alle leisten können.
- Ein Land, in dem alle sicher leben.

Dafür treten wir an. Wir kümmern uns um das, was zählt: Miete. Schule. Bus.

Für das gute Leben zwischen den Meeren!

01 Wohnen, Bauen, Planen

Wohnen bezahlbar machen – für alle

Wohnen ist DIE soziale Frage unserer Zeit. Wohneigentum können sich die meisten Menschen nicht mehr leisten und Mieten explodieren. Die Menschen müssen immer mehr von ihrem Lohn für ihre Miete und damit für die Profitinteressen von Wohnungskonzernen aufwenden. Wir stellen uns dem entschieden entgegen! Wohnen ist ein Menschenrecht und darf nicht den Profitinteressen der Immobilienkonzerne überlassen werden. Wohnraum muss von gewinnorientierten Konzernstrukturen gelöst und öffentlich organisiert werden, damit ALLE Menschen in Schleswig-Holstein sich ihre Wohnung langfristig leisten können!

Die Linke fordert:

- **Einrichtung und Förderung einer Landeswohnungsgesellschaft.** Das Land Schleswig-Holstein soll durch Neubau und strategischen Erwerb 150.000

öffentliche Wohnungen für Mieter*innen in allen Einkommenssegmenten schaffen. 150.000 Wohnungen sind etwa 10 % des Bestandes. Das Land kann so nicht nur zusätzlichen Wohnraum schaffen, sondern auch Einfluss auf das Mietniveau nehmen.

- **Schaffung staatlicher Kapazitäten.** Die Landeswohnungsgesellschaft soll von der Planung über den Bau bis hin zur Verwaltung des Wohnraums weitestgehend auf eigene Beschäftigte zurückgreifen. Sie sichert somit nicht nur geringere Baukosten, sondern schafft auch neue, tarifliche Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor.
- **Energiewende bezahlbar gestalten.** Zur Energiewende gehört unter anderem auch der Übergang von fossilen zu erneuerbaren Heizungssystemen. Hierbei muss das Land, zusätzlich zur (noch) bestehenden Bundesförderung, Anreize schaffen, um beim Austausch von Heizungsanlagen die Erneuerbaren zu wählen und diese Optionen für die Menschen bezahlbar zu machen.

Mieten-Notstand bekämpfen!

Insbesondere in den Städten verschärft sich der Wohnungsmarkt immer weiter. Mieten explodieren, während die Löhne stagnieren. Das nehmen wir so nicht hin. Wohnen ist ein Menschenrecht und darf damit keine Frage des Kapitals sein. Wohnraum muss endlich wieder bezahlbar werden – für ALLE!

Die Linke fordert:

- **Förderung und bessere finanzielle Ausstattung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.** Parallel zum Land müssen auch die Kommunen die Privatisierung des öffentlichen Wohnraums aus den letzten Jahrzehnten rückgängig machen. Hierfür muss das Land zweckgebunden die nötigen Mittel zur Verfügung stellen.
- **Unterstützung der Kommunen bei der Einrichtung von Meldestellen zur Bekämpfung von Mietwucher und Heizkostenbetrug.** Seit 2014 ist eine bedarfsgenaue Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten mittels Wärmemengenzähler Pflicht. In 25 % der Fälle halten sich die Vermieter*innen bis heute nicht daran. Heizkostenbetrug und Mietwucher müssen endlich konsequent und wirksam bekämpft werden!
- **Mieter*innen bei der Wahl des Heizungssystems beteiligen.** Im Falle des Heizungstauschs müssen Vermieter*innen ihre Mieter*innen einbeziehen und berücksichtigen, denn Vermieter*innen entscheiden beim Tausch einer Heizung zu oft danach, was ihren Geldbeutel schont. Die langfristig steigenden Energiekosten müssen am Ende aber die Mieter*innen bezahlen.
- **Kappungsgrenzenverordnung auf das ganze Land ausweiten.** Die maximalen Mietsteigerungen von 15 % in drei Jahren müssen unabhängig von der Lage des Wohnungsmarktes landesweit gelten.
- **Kappungsgrenze bei angespanntem Wohnungsmarkt auf 10 % senken.** In Kommunen, in denen der Wohnungsmarkt als angespannt eingestuft wird, muss die Kappungsgrenze auf 10 % gesenkt werden, um den Wohnungsmarkt mittel- bis langfristig zu entspannen.

- **Das schleswig-holsteinische Wohnraumschutzgesetz muss landesweit in allen Kommunen gelten.** Aktuell kann eine Zweckentfremdungssatzung nur in Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt erlassen werden; dies muss landesweit unabhängig vom Wohnungsmarkt gelten. Willkürliche Leerstände verknappen den Wohnraum und verteuern die Mieten.
- **Indikatoren zur Bestimmung von Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt müssen überarbeitet werden.** Um ein ernstzunehmendes Bild der Lage zu bekommen, müssen die Indikatoren an reale Lebensumstände und Marktsituationen angepasst sein. Die Ergebnisse müssen für alle Gemeinden über das Open-Data-Portal des Landes veröffentlicht werden.
- **Gemeinden dürfen sich nicht durch Stellungnahme an das Land aus der Gebietskulisse verabschieden.** Aktuell werden Gemeinden, in denen ein angespannter Wohnungsmarkt identifiziert wurde, aufgefordert, eine Stellungnahme an das Land abzugeben. Mit dieser haben unter anderem Preetz, Kronshagen und Kisdorf ihre Ablehnung, in die Gebietskulisse aufgenommen zu werden, erklärt. Das heißt, dort kann trotz angespanntem Wohnungsmarkt keine Zweckentfremdungssatzung erlassen und die Kappungsgrenze nicht angewandt werden.
- **Barrierefreien Wohnraum schaffen!** In Schleswig-Holstein mangelt es neben allgemeinem Wohnraum vor allem an barrierefreiem Wohnraum (s. Kapitel 12 – Inklusion).
- **Zwangsräumungen in Notlagen verbieten!** Der Verlust des eigenen Wohnraums stellt für Menschen eine Existenzkrise dar. Gerade für Menschen in Notlagen müssen derartige Zwangsräumungen durch ein Landesgesetz verboten werden.
- **Wohnprojekte und Genossenschaften ermöglichen, fördern und stärken.** Gerade in Zeiten einer so angespannten Wohnungsmarktlage wie aktuell muss das Land Fördertöpfe einrichten, um die Gründung von Wohnprojekten und Wohngenossenschaften zu unterstützen. Alternative Wohnkonzepte, wie beispielsweise das Mietshäuser Syndikat, müssen gesetzlich erleichtert und gefördert werden.
- **Wohnmehrkosten absichern.** Mehrkosten für Wohnraum, die aufgrund einer Behinderung entstehen, müssen zuverlässig berücksichtigt und aufgefangen werden.
- **Einkommensgrenzen für Wohnberechtigungsscheine anheben.** Die Einkommensgrenzen für den Zugang zu gefördertem Wohnraum müssen deutlich angehoben werden. Sie müssen sich stärker an der tatsächlichen Entwicklung von Mieten und Lebenshaltungskosten orientieren, damit auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erhalten.
- **Für einen Wohnungsmarkt jenseits von Profit.** Als Linke stehen wir für eine Gesellschaft ohne gewerbliche Vermieter. Wo andere Instrumente zur wirksamen Senkung der Mieten scheitern, sind wir auch für eine Vergesellschaftung privater Wohnungskonzerne nach Vorbild des Berliner Volksentscheids. Die Voraussetzungen in Schleswig-Holstein sind aber andere als in Berlin. Schleswig-Holstein ist einerseits ein Flächenland mit viel Platz für

Neubau, andererseits braucht Vergesellschaftung eine solide Mehrheit der Bevölkerung, die bereit ist, sie durchzusetzen. Wir sehen sie deshalb eher als ein langfristiges Ziel.

Obdachlosigkeit bekämpfen – Wohnen ist ein Menschenrecht!

Wohnen ist ein Menschenrecht. Dennoch leben auch in Schleswig-Holstein tausende Menschen ohne eigene Wohnung oder sind von Wohnungslosigkeit bedroht. Steigende Mieten, fehlender sozialer Wohnungsbau und unzureichende soziale Sicherungssysteme verschärfen die Situation zunehmend. Obdachlosigkeit darf nicht als individuelles Versagen betrachtet werden, sondern als Ergebnis politischer Fehlentscheidungen. Statt Hotelbetreibern Millionen hinterherzuschmeißen, um Obdachlose aufzunehmen, muss endlich mehr sozialer Wohnraum geschaffen und obdachlosenfeindliche Architektur verboten werden.

Der Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein hat sich gefährlich zugespitzt. 29.000 Menschen waren 2025 ohne eigene Wohnung, über 10.900 Menschen nutzten Angebote der Wohnungslosenhilfe, die Dunkelziffer liegt noch wesentlich höher. Besonders betroffen sind Frauen, Familien und junge Menschen, die oft auch aus der Jugendhilfe kommen. Wer zudem verschuldet ist, hat kaum eine Chance, einer solchen Krise zu entfliehen. Es ist höchste Zeit, den Wohnungsmarkt von profitorientierten Marktlogiken zu lösen.

Die Linke fordert:

- **Housing First umsetzen.** Es braucht sofortigen Zugang zu eigenem Wohnraum und eine freiwillige soziale Begleitung.
- **Mieten deckeln.** Es braucht mindestens eine Verschärfung der Mietpreisbremse, besser eine Bundesratsinitiative für einen Mietendeckel.
- **Zwangsräumungen verhindern.** Mithilfe von Frühwarnsystemen, dem Ausbau der Schuldnerberatung, einem Räumungsstopp bei fehlendem Ersatzwohnraum, der Übernahme von Kautionsleistungen und der Übernahme von Bürgschaften kann der Obdachlosigkeit entgegengewirkt werden, bevor sie eintritt.
- **Notunterkünfte verbessern.** Massenunterkünfte sollen abgeschafft werden und Privatsphäre sowie menschenwürdige Wohnbedingungen müssen sichergestellt werden.
- **Schlafkapseln als Soforthilfe.** Selbstverständlich stellen Schlafkapseln keine Dauerlösung dar, doch nach Beispiel der „Ulmer Nester“ als wasserfeste, sichere Schlafplätze können sie mit Notrufsystem und sozialer Betreuung als Notunterkunft dienen.
- **Niedrigschwellige Versorgung stärken.** Der Ausbau von Wärmebussen, mobilen Hilfsangeboten, Nachtcafés, Kältehilfe und Streetwork sowie die Sicherstellung von Mahlzeiten, Kleidung und Hygiene können im wahrsten Sinne Leben retten.
- **Medizinische Versorgung sicherstellen.** Egal ob physische oder psychische Hilfe – es muss sichergestellt werden, dass auch eine anonyme Behandlung unabhängig vom Versicherungsstatus möglich ist. Eine mobile Notfallversorgung, der Ausbau von „Praxis ohne Grenzen“, der Drogenberatung

und Suchthilfe sowie der Ausbau von Schutzräumen für Frauen, Familien und Betroffene von Gewalt können dazu beitragen.
- **Infrastruktur menschenfreundlich gestalten.** Obdachlosenfeindliche Architektur muss verboten und öffentliche, kostenfreie Trinkbrunnen müssen ausgebaut werden.

Wohnen für die Jungen – Wohnen für die Zukunft

Gerade für junge Menschen ist der Start in das Erwachsenenleben hart: Eine Wohnung ist kaum finanzierbar und die Wohnheimplätze sind rar gesät. Gerade Azubis und Studierende leiden unter dieser Situation. Für Azubis gibt es in Schleswig-Holstein ohnehin viel zu wenige Wohnheimplätze, und wenn im neuen Studierendenwohnheim ein Zimmer ca. 900 Euro kostet, kann sich das auch niemand leisten. Der Start in Ausbildung und Studium muss erleichtert werden und die Jugend gefördert werden. Denn diese jungen Menschen sind unsere Zukunft!

Die Linke fordert:

- **Ausbau und Preisbindung der Wohnheimplätze für Auszubildende und Studierende.** Es braucht dringend mehr Wohnheimplätze, welche auch an niedrige Mietpreise, die sich an BAföG und Lehrgehältern orientieren, gebunden sein müssen. Nur so kann Schleswig-Holstein auch in Zukunft ein attraktiver Ausbildungs- und Studienstandort bleiben.
- **Schaffung und Förderung von Wohnheimplätzen für Auszubildende auch in strukturell schwächeren Regionen.** Neben den Städten sind Auszubildende häufig auch in ländlichen und strukturschwachen Regionen angesiedelt. Durch bezahlbaren Wohnraum kann ein Anreiz geschaffen werden, dort die Ausbildung zu absolvieren und anschließend in diesen Regionen zu verbleiben.

Wohnen auf dem Land – attraktiv und bezahlbar!

Immer mehr Menschen zieht es in die Städte, die ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins bleiben dabei politisch zu häufig auf der Strecke. Das Leben auf dem Land muss dringend wieder attraktiver und bezahlbar werden. Das heißt, es braucht einen funktionierenden und regelmäßig getakteten öffentlichen Nahverkehr, der den Menschen tatsächlich nützt und nicht aufgrund mangelnder Haushaltsmittel im Land und in den Kommunen eingestampft wird. Wohneigentum ist für die meisten Menschen auch kaum noch bezahlbar, während der Leerstand aufgrund von Generationenwechseln steigt. Die Politik muss die ländlichen Regionen endlich konsequent einbeziehen und mitdenken!

Die Linke fordert:

- **Häuser als Zwischenhalter erwerben.** Um den Generationenwechsel in Einfamilienhausgebieten zu fördern sowie Leerstand und Verwahrlosung der Gebäude zu verhindern, müssen die Kommunen oder das Land diese Häuser als Zwischenhalter erwerben. So kann jungen Familien ein bezahlbares Zuhause gegeben werden.
- **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs auf dem Land.** Um das Leben auf dem Land auch für Menschen ohne Auto attraktiver zu machen und die

Verkehrswende voranzutreiben, muss der ÖPNV stark ausgebaut werden. Die Menschen auf dem Land verdienen einen ÖPNV, der für sie real nutzbar ist!

- **Begegnungs- und Aufenthaltsorte in ländlichen Regionen fördern.** Zum Leben gehört nicht nur bezahlbarer Wohnraum, auch das soziale Leben ist enorm wichtig. Um das Leben auf dem Land attraktiver zu gestalten, müssen bestehende Begegnungs- und Aufenthaltsorte erhalten bleiben und neue aktiv gefördert werden, seien es Nachbarschafts- und Jugendtreffs, Sportanlagen oder andere Orte des sozialen Austauschs.
- **Nahversorgung im ländlichen Raum stärken.** Damit niemand weite Wege zurücklegen muss, muss es auch in kleineren Gemeinden Möglichkeiten geben, Lebensmittel zu kaufen. Darum sollen Konzepte, die eine Grundversorgung im ländlichen Raum ermöglichen, gestärkt und dauerhaft finanziell gefördert werden. Hierbei sollen auch personallose beziehungsweise automatisierte Geschäfte Berücksichtigung finden.
- **Überörtliche Wohnraumversorgung sicherstellen.** Die Landesplanung soll in Gemeinden, die nicht für überörtliche Wohnraumplanung zuständig sind, mehr überörtlichen Wohnraum (möglichst Mehrfamilienhäuser, keine Einfamilienhäuser) ermöglichen und fördern.

02 Mobil im ganzen Land – bezahlbar und nachhaltig

Nach den Energiepreisschocks durch die Kriege in der Ukraine und dem Iran sowie den allgemeinen Kostensteigerungen der letzten Jahre ist das dauerhafte Unterhalten eines eigenen Autos für immer mehr Menschen zu einer echten Herausforderung geworden. Zeitgleich ist das Auto für Menschen in ländlichen Regionen die einzige Option, die Mobilität in ihrem Leben sicherzustellen. Busse und Bahnen, deren Fahrpläne eingestampft werden und die unzuverlässig fahren, sowie stetig teurer werdende Tickets, stellen keine realistische Alternative zum Auto dar. Es braucht aber eine Verkehrswende, um für alle Menschen, egal ob Schüler*innen, Erwerbstätige oder Rentner*innen, eine günstige und barrierefreie Mobilität zu ermöglichen und die Klimakrise zu bekämpfen. Hier ist das Land gefragt, Mobilität bezahlbar und nachhaltig zu organisieren. Wir müssen handeln, und zwar jetzt!

Busse und Bahnen, die den Menschen real nützen!

Der Nahverkehr in Schleswig-Holstein zeigt Licht und Schatten. Modellprojekte wie Smile24 zeigen mit einem Ausbau der Busverbindungen, flächendeckendem On-Demand-Verkehr (NAH.SHUTTLE) sowie Bike- und Carsharing, wie moderne Mobilität im ländlichen Raum aussehen kann. Aber glänzende Modellprojekte nützen den Menschen im Land nichts, wenn aufgrund fehlender Haushaltsmittel in den Kreisen und eingefrorener Landesmittel Busse nur alle vier Stunden fahren, Rufbusse eingestellt und Fahrpläne im Schienenverkehr reduziert werden. Unsere Vision ist ein moderner Nahverkehr, der im ganzen Land erreichbar, zuverlässig und kostengünstig ist und somit eine Mobilität abseits vom Auto ermöglicht.

Die Linke fordert:

- **Öffentlicher Nahverkehr muss Priorität werden.** In der Verkehrsplanung des Landes muss der ÖPNV über dem motorisierten Individualverkehr priorisiert werden.
- **Regionalisierungsmittel erhöhen.** Um den Ländern zu ermöglichen, mehr Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zu bestellen, muss der Bund die Regionalisierungsmittel für die Länder deutlich anheben.
- **Mehr Busverkehr in den Kreisen.** Um den Kreisen die erhöhte Bestellung von Busverkehr zu ermöglichen, müssen die Kommunalisierungsmittel und die Mittel im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz erhöht werden.
- **Landesnahverkehrsplan umsetzen.** Alle Projekte im LNVP sollen schnellstmöglich umgesetzt werden.
- **Ausbau des Schienenverkehrs.** Um die nötigen Bedarfe abzudecken, sollen die Strecken Elmshorn–Pinneberg und Lübeck–Bad Schwartau viergleisig und die Marschbahn zweigleisig ausgebaut werden. Zusätzlich sollen die Fahrpläne auf der gesamten Strecke der Marschbahn ausgeweitet werden.
- **„Spange" Elmshorn–Itzehoe bauen.** Um die Fahrzeiten der Marschbahn weiter zu verkürzen, muss der Bau der „Spange" Elmshorn–Itzehoe beschleunigt werden.
- **Schneller Neu- und Ausbau der Eisenbahnhochbrücken Rendsburg und Hochdonn.** Diese wichtigen Verkehrsadern müssen langfristig gesichert werden und erhalten bleiben und der Ausbau der Strecken muss an reelle Gegebenheiten angepasst werden.
- **Beschleunigung der Projektstarts der S-Bahn Kiel und S-Bahn Lübeck.** Mit den schon lange geplanten S-Bahn-Projekten soll ein zusätzliches Modul in der Vernetzung Schleswig-Holsteins entstehen, das alle Bereiche des Landes gut anbindet.
- **Mindestens 30-Minuten-Takt auf allen Bahnstrecken.** Nur mit einer zuverlässigen und zeitlich zumutbaren Taktung des Schienenverkehrs kann dieser zu einer echten Alternative zum Auto werden. So kann die Straße zusätzlich effektiv entlastet werden.
- **Bessere Bahnanbindung Hamburg–Flensburg sowie nach Dänemark.** Zusammen mit höheren Bahnkapazitäten können sowohl Pendler*innen als auch der Tourismus entlastet und gefördert werden.
- **Reaktivierung von Bahnstrecken.** Seit Jahrzehnten wurden immer weitere Teile des Schienennetzes in Schleswig-Holstein stillgelegt. Die Sanierung und Reaktivierung alter Linien und Bahnhöfe muss beschleunigt werden.
- **Barrierefreiheit als Standard für alle Haltestellen, Bahnhöfe und Fahrzeuge bis 2030.** Mobilität ist ein Grundstein der gesellschaftlichen Teilhabe und muss deswegen sozialverträglich für alle geplant und gestaltet sein (s. Kapitel 12 – Inklusion).
- **Gründung einer Landes-Schieneninfrastruktur-Gesellschaft.** Diese soll Nebenstrecken von der DB Infrago übernehmen und betreiben.
- **Flächendeckender On-Demand-Verkehr (NAH.SHUTTLE, ALFA, Rufbusse usw.).** Im ländlichen Raum ist eine enge Taktung, wie sie nötig wäre, in der Regel nicht sinnvoll umsetzbar. Daher soll ein On-Demand-Verkehrssystem, wie

zum Beispiel im SMILE24-Projekt an der Schlei oder beim ALFA-Rufbussystem im Kreis Plön, landesweit umgesetzt werden. Dies soll die Mobilität unabhängig vom Individualverkehr sicherstellen.

- **Mobilitätsgarantie von früh bis spät.** An jedem Ort in Schleswig-Holstein muss mindestens von 4 Uhr bis 24 Uhr ein stündliches öffentliches Verkehrsangebot zur Verfügung stehen (Bus, Bahn, On-Demand).
- **Ticketfreier, kostenloser ÖPNV.** In einer ersten Stufe soll das Deutschlandticket wieder zum 9-Euro-Ticket werden und ein günstiger und einfacher SH-Tarif eingeführt werden. In einer zweiten Stufe soll der ÖPNV in Schleswig-Holstein ticketfrei und kostenlos werden.
- **Entkriminalisierung des Schwarzfahrens.** Durch eine Bundesratsinitiative soll das Schwarzfahren zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft werden. Niemand darf aus finanzieller Not im Gefängnis landen.
- **Radverkehr systematisch mit dem ÖPNV verbinden.** Häufig ist die Haltestelle noch zu weit vom Ziel entfernt oder die Liniennetze sind unzureichend für die Ziele vieler Menschen. Die Fahrradmitnahme kann hier ein entscheidender Punkt sein, um dennoch den ÖPNV statt des Autos zu nutzen. Deshalb muss die Fahrradmitnahme kostenlos werden.

Mit dem Rad in die Zukunft!

Gerade in den Städten ist das Fahrrad häufig die beste Alternative zum Auto oder zum ÖPNV, bezahlbar, emissionsfrei und unabhängig. Auch im ländlichen Raum kann das Fahrrad ein gut nutzbares Verkehrsmittel darstellen und zusätzlich zur Gesundheitserhaltung der Menschen beitragen – wäre da nicht die Sorge um die eigene Sicherheit. Fehlende, verwahrloste oder baufällige Radwege zieren zu oft unsere Straßen. Für ein Gelingen der Verkehrswende benötigt es eine Initiative zum Ausbau, zur Modernisierung und zur Sicherung des Radverkehrs.

Die Linke fordert:

- **Förderprogramme zum Bau von Radwegen.** Das Land muss die Kommunen unterstützen und mit den nötigen finanziellen Mitteln ausstatten, um den Bau von Radwegen voranzutreiben.
- **Entlastung der Kommunen.** Das Land soll Kommunen die Planung von Radwegen an Gemeindestraßen abnehmen, wenn sie erklären, keine ausreichenden eigenen Kapazitäten zu haben.
- **Radschnellwege in großen Städten.** Zur Förderung des individuellen Radverkehrs sollen in den großen Städten und deren Umkreis Radschnellwege ausgewiesen werden.
- **Förderung von Bike-Sharing-Programmen.** Fahrräder sind zwar günstiger als Autos, dennoch kann sich nicht jeder ein verlässliches Fahrrad leisten. Das Land soll Bike-Sharing-Programme (wie zum Beispiel die Sprottenflotte in Kiel) fördern und landesweit in den Städten ausbauen.

Straßenverkehr

Der Führerschein wird immer teurer, sodass ihn sich immer weniger junge Menschen finanzieren können, vor allem nicht, wenn sie zu einem Hungerlohn eine Ausbildung machen. Zeitgleich werden Straßen eher neu gebaut als saniert, und der ÖPNV stellt für viele Menschen auf dem Land keine adäquate Alternative dar. Ein Umdenken in der Verkehrspolitik ist daher dringend notwendig.

Die Linke fordert:

- **Günstigerer Führerschein.** Die Preise für den Führerschein sind in den letzten Jahren nahezu explodiert, doch gerade auf dem Land ist der Führerschein noch wichtig für die Menschen, unter anderem für soziale Kontakte, für die individuelle Freiheit und für die Arbeit. Deshalb muss der Führerschein wieder bezahlbar werden.
- **Sanierung statt Neubau.** Dem Neubau von Straßen müssen die Sanierung und gegebenenfalls die bedarfsorientierte Erweiterung vorgezogen werden.
- **Ausweitung bestehender Sanierungsprogramme.** Das Land soll die Kreise bei der Sanierung klassifizierter Straßen planerisch und finanziell entlasten.
- **Keine neuen Autobahnprojekte in Schleswig-Holstein.** Eine zukunftsorientierte Infrastruktur darf den Fokus nicht auf zentrale Straßenbauprojekte legen, sondern muss die Erschließung der Fläche durch ÖPNV und die Verschiebung der Logistik auf effizientere Verkehrsmittel priorisieren.
- **Kein Weiterbau der A 20 und A 21.** Wir sind gegen den Weiterbau der A 20 über Bad Segeberg hinaus und der A 21 südlich von Bargteheide.
- **Förderung von Car-Sharing.** Ein großer Einkauf, ein Umzug, mal den Grünschnitt aus dem Garten wegbringen – viele Menschen brauchen für solche Einsätze ab und zu ein Auto, aber nicht dauerhaft. Für solche Zwecke bietet sich insbesondere Car-Sharing (wie zum Beispiel Dörpsmobil und StattAuto) an. Das Land soll solche Sharing-Projekte verstärkt fördern.

03 Gute Bildung für ALLE

Bildung ist keine Ware, kein Privileg und kein „Nice-to-have“. Sie ist ein Recht, das allen gleichermaßen offenstehen muss. Dabei sollte Bildung unabhängig sein von Einkommen, Herkunft, Familiensprache, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Identität. Sie soll individuelle Talente fördern und Kinder und (junge) Erwachsene mit Freude und Neugierde erfüllen. Bildung ist außerdem die lohnendste Investition, die ein Land tätigen kann. Jeder Euro, der hier investiert wird, zahlt sich bis zu dreifach aus.

Bildungseinrichtungen müssen wirklich allen offenstehen, gutes Lernen ermöglichen, barrierefrei zugänglich sein, vor Diskriminierung und Gewalt schützen und Wege bieten, sich zu beschweren, wenn dieser Schutz versagt.

Krippe und Kita als Basis der frühkindlichen Bildung

Das „Kita-Förderungsgesetz“ von 2025 ist ein Hohn. Es gefährdet die Bildung, die Sicherheit der Kinder und die Gesundheit der Beschäftigten. Für uns steht an erster Stelle die Realisierung der gebührenfreien Kita – inklusive eines kostenfreien, gesunden Mittagessens und eines angemessenen Betreuungsschlüssels, der endlich glückliche Kinder und Fachkräfte möglich macht.

Die Linke fordert:

- **Beitragsfreiheit für alle Krippen- und Kita-Jahre.** Die Kita ist der erste Bildungsort im Leben eines Kindes. Beiträge machen den Zugang dazu vom Einkommen der Eltern abhängig und das wollen wir vermeiden: vom ersten Krippenjahr bis zum letzten Kita-Jahr.
- **Mittagessen kostenfrei stellen.** Vielerorts sind die Beiträge fürs Mittagessen binnen eines Jahres um 20 bis fast 40 % gestiegen. Sozialstaffelungen federn das nicht zuverlässig ab, weil sie weder barrierefrei noch für alle Berechtigten zugänglich sind.
- **Mindestanwesenheit erhöhen.** Nach geltendem Gesetz ist zulässig, dass 50 Kinder, davon 10 unter drei Jahren, aufgeteilt auf drei Gruppen, von nur einer Erziehungsfachkraft, einer sozialpädagogischen Assistenzkraft und zwei Hilfskräften ohne formale Qualifikation betreut werden. Das ist unverantwortlich! Zu jeder Zeit muss mindestens eine Fachkraft in jeder Gruppe sein.
- **Personalschlüssel verbessern.** 1 zu 3 für die Altersgruppe bis drei Jahre, 1 zu 7,5 ab drei Jahren, mit Übergangsfrist.
- **Öffentliches Geld nur gegen Tarif.** Private Träger erhalten öffentliche Zuschüsse künftig nur, wenn sie die Gültigkeit des Tarifvertrags SuE (Soziales und Erziehung) anerkennen und ihn auch anwenden.
- **Praxisintegrierte Ausbildung ausbauen.** Wer Erzieher*in werden will, darf für die eigene Ausbildung nicht bezahlen müssen. Die PiA-Plätze müssen ausgebaut und schulgeldfrei gestellt werden.
- **Vor- und Nachbereitungszeit bezahlen.** Elterngespräche, Beobachtungsbögen, Konzeptarbeit finden bislang oft nebenbei oder nach Feierabend statt. Wir wollen dafür eine pauschale Entlastung in Höhe von 4 % der Arbeitszeit.
- **Kitas bauen, wo Kitas fehlen.** Gefördert werden soll überall dort, wo es nötig ist, um den Bedarf nach wohnortnahen Plätzen zu decken. Bei der Planung neuer Wohngebiete soll die Kita von Anfang an mitgedacht werden.
- **Frühförderung entstigmatisieren.** Anträge müssen niedrigschwellig und ohne stigmatisierende Etiketten gestellt werden können.
- **Sprachstand erheben und Förderung anschließen.** In allen Kitas wird der Sprachstand erhoben. Eine Erhebung ohne konkrete Unterstützungsangebote im Anschluss ist reine Statistik.

- **Kinderschutz verbindlich machen.** Jede Kita braucht ein verbindliches Kinderschutzkonzept und niedrigschwellige Beschwerdemöglichkeiten, damit Kinder sicher sind und Eltern beruhigt sein können.

Die Zeit ist reif: Eine Schule für alle – jetzt!

Die Aufteilung von Schüler*innen nach Jahrgang 4 ist ein Instrument der Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich. Die soziale Spaltung lässt sich am Sozialindex ablesen: Gymnasien liegen landesweit überwiegend in den niedrigen Belastungsstufen 1 bis 3, Gemeinschaftsschulen dagegen im mittleren Bereich der Stufen 4 bis 6. Die Herausforderungen an beiden Schulformen könnten unterschiedlicher nicht sein, dennoch erhalten sie alle die gleichen Mittel. Im Jahr 2024 lag die Quote von Schüler*innen ohne ESA bei knapp 10 %. Mit diesem Klassismus per Gesetz muss Schluss sein. Fördermittel, Ressourcen und Fachkräfte müssen endlich fair verteilt – und die Trennung nach Klasse 4 gestoppt werden.

Die Linke fordert:

- **Die eine Schule für alle einführen.** Das lange gemeinsame Lernen auch nach der Grundschule ist der Schlüssel zu Bildungsgerechtigkeit und der Normalfall in Europa.
- **Das Sekundarstufenlehramt sofort einführen.** Wer an einer Schule für alle unterrichtet, muss auch in der Ausbildung auf alle Altersstufen vorbereitet werden (s. Kapitel 12 – Inklusion).
- **Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte einbeziehen.** Transformationsprozesse müssen mit denen gestaltet werden, die in der Schule lernen und arbeiten.
- **Flächendeckend für den Umgang mit Heterogenität fortbilden**, insbesondere an den bisherigen Gymnasien. Dort wurde bislang vorsortiert. Die Vorteile von Vielfalt und Unterschieden im Klassenzimmer müssen bei allen Lehrkräften ankommen.
- **Langformschulen fördern.** Wo Kinder länger an einer Schule bleiben, entfällt der Bruch nach Jahrgang 4. Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule wird wesentlich sanfter gestaltet.
- **Oberstufen standortübergreifend kooperieren lassen.** Systeme enger Kooperation zwischen Oberstufen an unterschiedlichen Standorten, die alle weiterführenden Schulen einschließen, einführen – damit alle Schüler*innen auf dem Weg zum Abitur ein optimales Angebot bekommen.

Schule als guter Ort – gerecht ausgestattet

Die Mittel, die Schulen für Lehrkräfte und andere Landesaufgaben erhalten, müssen an die Bedarfe der Schüler*innen gekoppelt werden. Schulen in herausfordernden Lagen müssen mehr bekommen, nicht gleich viel. Und ein guter Ort braucht auch gute Räume.

Die Linke fordert:

- **Ressourcen nach dem Sozialindex zuweisen.** Schleswig-Holstein erhebt bereits einen schulscharfen Sozialindex, der jede Schule nach dem sozialen Umfeld ihrer Schüler*innen auf einer Skala von 1 (wenig belastet) bis 9 (stark belastet) einstuft. Bislang steuert das Land die Ressourcen kaum danach. Wie in Hamburg muss sich die Zuweisung von Personal, Infrastruktur und Mitteln am Sozialindex orientieren, mit Priorität für Schulen in herausfordernden Lagen.
- **Klassengrößen verbindlich begrenzen.** Gute individuelle Förderung braucht Zeit und Aufmerksamkeit. In Grundschulen sollen höchstens 20 Schüler*innen, an weiterführenden Schulen höchstens 24 Schüler*innen in einer Klasse lernen.
- **Multiprofessionelle Teams an allen Schulen.** Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, qualifizierte Schulbegleitungen, Beratungslehrkräfte, Schulassistenz und weitere Professionen müssen zusammenarbeiten. Eine Lehrkraft allein kann nicht alles auffangen, was Schüler*innen mit in die Schule bringen.
- **Gute Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte schaffen.** Schulen sind nicht nur Lernorte, sondern auch Arbeitsplätze. Lehrkräfte brauchen an ihren Schulen ausreichend ausgestattete Arbeitsplätze mit Schreibtisch, zeitgemäßer IT und verlässlichem WLAN. Die notwendige Infrastruktur für Vor- und Nachbereitung darf nicht länger selbstverständlich in die privaten Wohnungen der Beschäftigten ausgelagert werden. Das Land muss die räumlichen und technischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Lehrkräfte ihre Arbeit vollständig an ihrem Arbeitsplatz Schule erledigen können. Dies schließt auch Technik wie Diensthandys ein.
- **Die tatsächliche Arbeitszeit von Lehrkräften erfassen.** Das Land soll gemeinsam mit den Beschäftigtenvertretungen eine datenschutzgerechte Anwendung zur freiwilligen Erfassung der tatsächlichen Arbeitszeit von Lehrkräften entwickeln. Die anonymisiert ausgewerteten Daten müssen Grundlage für eine realistische Personalbemessung und Maßnahmen zur Entlastung der Beschäftigten werden.
- **Inklusive Schule statt Zuweisung an Förderzentren.** Inklusion ist als Menschenrecht weder optional noch verhandelbar, auch und vor allem nicht im Lernraum Schule (s. Kapitel 12 – Inklusion). Alle Lehrkräfte müssen für inklusiven Unterricht und Sprachförderung ausgebildet werden.
- **Schulbegleitungen auch im DaZ-Bereich.** Auch Schüler*innen, die Deutsch erst lernen, brauchen häufig jemanden an ihrer Seite.
- **Sprachförderung bis in die Oberstufe.** Gezielte Förderung für Schüler*innen nicht deutscher Familiensprache endet bislang zu früh. Sprache entscheidet über jeden Abschluss, auch über das Abitur.
- **Lehrmittelfreiheit – auch digital.** In den letzten Jahren hat die Digitalisierung des Unterrichtes stark zugenommen; der erste Digitalpakt hat an vielen Schulen hierzu die Grundlagen geschaffen. Digitaler Unterricht darf niemanden ausschließen. Darum soll das Land grundsätzlich die Endgeräte für Schüler*innen beschaffen und bereitstellen und den Betrieb übernehmen.

- **Den Ganztag mit Angeboten füllen**, durch soziale, kulturelle und Freizeitangebote, im Stadtteil vernetzt und offen für Eltern. Ganztag darf nicht nur Aufbewahrung bedeuten.
- **Mittagessen an allen Schulen kostenfrei stellen**, mit verbindlichen Richtlinien zu Qualität, Nährstoffbedarf und unterschiedlichen Ernährungsgewohnheiten. Bisher gilt: Wer sich das Essen nicht leisten kann, sitzt daneben oder geht raus. Das sehen nicht nur alle anderen, es fehlt den Schüler*innen auch an Energie und Motivation zum Lernen.
- **Therapeutische Angebote in den Schulalltag holen.** Logopädie, Ergo- und Physiotherapie, samt geeigneter Räume im Raumplan, verbindlicher Praxiskooperationen und der nötigen Fahrten während der Unterrichtszeit. Termine am Nachmittag hängen sonst an der Kapazität der Eltern.
- **Kinderschutz an Schulen verbindlich machen.** Jede Schule braucht ein verbindliches Schutzkonzept und niedrigschwellige Beschwerdemöglichkeiten. Schüler*innen müssen wissen, an wen sie sich wenden können, wenn ihnen Gewalt widerfährt oder sie Mobbing erleben.
- **Ein Landesprogramm zur Schulsanierung auflegen.** Der Sanierungsstau zwingt Kommunen, Schüler*innen in Container-Klassen unterzubringen und Sanierungen auf das sicherheitsrelevant Nötigste wie den Brandschutz zu beschränken. Schulträger sind die Städte und Gemeinden, doch ihnen fehlt das Geld und das Land lehnt zentrale Hilfen bislang oft ab. Wir wollen ein Programm im Umfang von mindestens 100 Millionen Euro jährlich, das die Kommunen verlässlich und dauerhaft entlastet, statt punktueller Einzelfonds.
- **Mensen und Freizeiträume vorrangig ausbauen.** Für den verbindlichen Ganztag fehlen sie vielerorts. Schon jetzt sehen wir, dass trotz Anspruch ab 2026 sehr viele Schulen den Ganztag für alle, die wollen, nicht leisten können.
- **Klimagerechte Schulen bauen.** Bauliche Kühlung und Verschattung, Bäume und Schatten auf den Schulhöfen, denn bei 30 Grad in Klassenzimmern kann niemand lernen.
- **Schulen an die Klimakrise anpassen und Hitzefrei wieder einführen.** Klassenräume müssen langfristig so saniert und ausgestattet werden, dass auch bei zunehmenden Hitzeperioden gutes Lernen möglich bleibt. Dazu gehören Verschattung, Begrünung, bauliche Kühlung und dort, wo dies erforderlich ist, eine wirksame Klimatisierung. Bis alle Schulgebäude entsprechend ausgestattet sind, führen wir verbindliche Regelungen für Hitzefrei wieder ein.
- **Sanitäranlagen sanieren.** Es gibt Kinder, die den ganzen Schultag nichts trinken, damit sie nicht auf die Toilette müssen, oder die von ihren Eltern zum Toilettengang abgeholt werden. Unhygienische, kaputte Toiletten machen krank!
- **Eine landesweite Reaktivierung stillgelegter Schwimmbäder und den Neubau von Schwimmbädern.** Schwimmunterricht sollte von der Grundschule bis Ende

der Sekundarstufe I ermöglicht werden als Maßnahme gegen die steigenden tödlichen Badeunfälle besonders bei Kindern.

Für eine Pädagogik der Vielfalt und der Menschenrechte

Rassismus ist Teil der Lebenswirklichkeit aller Menschen, die in Deutschland leben, lernen und unterrichten, Queerfeindlichkeit ebenso. In der Schule wird beides früh erfahren, oft von klein auf. Wir wollen eine Schule, die schützt und sichtbar macht und verbindliche Konzepte mitbringt.

Die Linke fordert:

- **Antidiskriminierungskonzepte verpflichtend machen.** Schüler*innen mit Migrationsgeschichte und/oder anderen Familiensprachen als Deutsch erleben Rassismus in der Schule oft von klein auf, was ihre Chancen auf eine positive Schulerfahrung massiv beeinträchtigt. Jede Schule in Schleswig-Holstein braucht ein Konzept, das Diskriminierung identifiziert, Prävention stärkt und Intervention leistet.
- **Diskriminierung an Schulen öffentlich berichten.** Wer Diskriminierung bekämpfen will, muss wissen, wo und wie oft sie passiert. Das Land soll dazu regelmäßig einen öffentlichen Bericht vorlegen.
- **Diversitätssensible Pädagogik in Studium und Referendariat verankern.** Jede Person trägt sozialisationsbedingt rassistisches Wissen in sich und reproduziert es, solange keine kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Vorurteilen stattgefunden hat. Diese Auseinandersetzung gehört in die Ausbildung jeder Lehrkraft.
- **Mehrsprachigen Unterricht ermöglichen.** Kinder mit Migrationsgeschichte bringen Sprachen mit, die in der Schule bisher kaum vorkommen. Wo es möglich ist, soll mehrsprachig unterrichtet werden – als Angebot, das die Familiensprache als Können behandelt.
- **Vielfalt und Antirassismus in Lehrpläne und Fachanforderungen aufnehmen.** Themen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie Antirassismus kommen im Unterricht bislang nur selten systematisch vor. Solange das dem Engagement einzelner Lehrkräfte überlassen bleibt, hängt es vom Zufall ab, ob eine Klasse damit in Berührung kommt. Hier braucht es verbindliche Verankerung.
- **Queere Lebensrealitäten im Unterricht sichtbar machen.** In Lektüren, Beispielen und Materialien – vielfältige Familien, diverse Perspektiven, im alltäglichen Unterricht.
- **Eine sichere Schule für queere Schüler*innen.** Queere Schüler*innen erleben in Schule und Ausbildung regelmäßig negative Reaktionen bis hin zu offener Diskriminierung oder Gewalt. Das beeinträchtigt ihr Wohlbefinden und ihre Bildungschancen.
- **Diverse, geschlechtsneutrale Toiletten einrichten.** Sodass sich jede*r Schüler*in wohlfühlen kann, auch beim Toilettengang.

- **Keine Abschiebungen aus Schulen.** Ein Abschiebungsversuch aus der Schule heraus wirkt in besonderem Maße traumatisierend – für die betroffenen Kinder ebenso wie für ihre Mitschüler*innen. Schule ist Schutzraum, für alle Schüler*innen.

Für Schulen der Demokratie

Schulen müssen ein Ort sein, an dem die Grundregeln demokratischer Partizipation erlernt und gelebt werden. Antifaschismus sollte als demokratischer Grundkonsens gelten und nicht als Linksextremismus abgetan werden. Eine Demokratie darf und muss wehrhaft sein! Und ihre Lehrkräfte auch.

Die Linke fordert:

- **Schüler- und Elternvertretungen stärken.** Finanziell und personell, insbesondere durch eigene Räume und regelmäßige Fortbildungs- und Diskussionsveranstaltungen. Auch die Verbindungslehrkräfte brauchen regionale und überregionale Vernetzung.
- **Feste Zeiten für Mitbestimmung schaffen.** Einen Klassenrat an allen Schulformen und Altersstufen. Schüler*innen sollen im Schulgeschehen erfahren, wie Partizipation und Demokratie gelebt werden, weil Lernen hier von praktischer Erfahrung lebt.
- **Die Fächer der politischen Bildung verstärken, auch in der Lehrkräfteausbildung.** Wirtschaft/Politik und Weltkunde legen den Grundstein für angewandtes Zusammenleben und unsere Demokratie.
- **Dem Mythos „Neutralitätsgebot“ den Schutz der Demokratie entgegensetzen.** Der Auftrag von Lehrkräften ist es, für die Demokratie einzutreten und sie engagiert zu verteidigen. Wer sich verfassungs- und demokratiefeindlichen Tendenzen entgegenstellt, ist jedoch Repressionen ausgesetzt. Dafür braucht es erprobte Support-Strukturen im Rücken.
- **Keine Bundeswehr in der Schule.** Der am 23. Januar 2026 vereinbarte Kooperationsvertrag zwischen dem Bildungsministerium SH und dem Landeskommando der Bundeswehr muss gekündigt werden. Dieser Vertrag, der Jugendoffizieren das Halten von Vorträgen, Seminaren und Planspielen in der Sekundarstufe I ermöglicht, ist Teil der Militarisierung des Landes. Militär gehört nicht in den Schulunterricht und militärische Forschung nicht an die Universitäten des Landes!

Berufsbildende Schulen – Pädagogik und Demokratie statt Verwertung

Berufsbildende Schulen finden in der öffentlichen politischen Debatte wenig Aufmerksamkeit, obwohl dieser Schulzweig nach den Grundschulen die zweithöchsten Schüler*innenzahlen in Schleswig-Holstein aufweist und allgemeinbildende wie berufliche Abschlüsse anbietet. Die Fehlplanungen der vergangenen Jahre gipfeln in Lehrkräftemangel und Standortabbau. Viel zu häufig verlassen Schüler*innen eine

berufsbildende Schule ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder gar ohne den Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss und sind somit prekären Beschäftigungsverhältnissen, Erwerbslosigkeit und Armut ausgesetzt. Bildung darf nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden – die Ökonomisierung der beruflichen Bildung muss enden.

Die Linke fordert:

- **Ein Recht auf gute Ausbildung durchsetzen!** Jede*r soll die Ausbildung machen können, die er*sie möchte. Wir setzen uns für eine Ausbildungsgarantie zur langfristigen Überwindung des Übergangssystems zwischen allgemeinbildender Schule und Ausbildung ein. Hierfür bedarf es einer Mindestausbildungsquote in privatwirtschaftlichen und öffentlichen Betrieben sowie der Einführung einer Ausbildungsumlagefinanzierung, um die Ausbildung auch in kleinen Betrieben zu ermöglichen.
- **Eine landesweite Ausbildungsstatistik einführen.** Es wird in Schleswig-Holstein nicht erhoben, wie viele Jugendliche und junge Erwachsene in Qualifizierungsschleifen geparkt werden, ohne eine reguläre Ausbildung zu erhalten, nur damit sie nicht in der Erwerbslosenstatistik auftauchen. Diese Zahl muss transparent gemacht werden.
- **Zur dualen Ausbildung stehen.** Duale Berufsausbildung ist ein Erfolgsmodell. Allerdings müssen sich die Standards an einer ganzheitlichen Bildung junger Menschen orientieren, die auch der persönlichen Entwicklung und freien Entfaltung dient. Abgeschlossene Berufsausbildungen müssen die Absolvent*innen in die Lage versetzen, für den gesamten Arbeitsmarkt ihrer Branche qualifiziert zu sein.
- **Die Allgemeinbildung im Berufsschulunterricht stärken.** Die praktische Ausbildung in den Betrieben ist häufig bereits sehr speziell angelegt. Der Fokus des Berufsschulunterrichts auf allgemeinbildende Fächer muss deshalb erhöht werden, damit Schüler*innen Grundlagenbildung erhalten.
- **Auflösung des SHIBB**. Bildung sollte sich immer an den Entwicklungsmöglichkeiten von Schüler*innen ausrichten und nicht an Wirtschaftsinteressen.
- **Die Regionalen Berufsbildungszentren reformieren.** RBZ agieren als Anstalten öffentlichen Rechts, ihre Schulleitungen sind gleichzeitig Geschäftsführungen, die Zentren treten also in einen wirtschaftlichen Wettbewerb. Diese Konkurrenzsituation darf nicht dazu führen, dass Mitarbeiter*innenrechte ausgehebelt und Bildungsziele wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden.
- **Die Mitbestimmung an berufsbildenden Schulen verbessern.** Für Beschäftigte wie für Schüler*innen, insbesondere an RBZ. Das Schulgesetz soll die Besetzung der Verwaltungsräte mit stimmberechtigten Mitgliedern aus den Gruppen Lehrkräfte, Beschäftigte, Eltern und Schüler*innen vorschreiben.
- **Die Personalversorgung über 100 % anheben.** Die derzeitige Versorgung deckt nicht einmal die Ausfälle durch Krankenstand und Fluktuation ab. Der

entstehenden Unterversorgung wird mit oft ungleich ausgebildeten, befristet eingestellten Aushilfslehrkräften begegnet. Seit 2025 werden zusätzlich Lehrkräfte abgeordnet, kleine Klassen zusammengelegt und Personal eingespart.

- **Alle Beschäftigten unbefristet beschäftigen.** Nach TVöD beziehungsweise TV-L, ohne künstliche Sachgründe wie Projektfinanzierungen. Auch Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen haben oftmals keine langfristig gesicherten Verträge, weil EU-Projekte regelmäßig neu vergeben werden.
- **Multiprofessionelle Teams ausbauen.** Der Versorgungsschlüssel mit Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen und Berufscoaches liegt nicht selten bei einer Fachkraft pro 2.000 Schüler*innen. Diese Teams müssen direkt in der Schule angesiedelt sein, die Zusammenarbeit mit Jugendberufsagenturen ist zu bürokratisch und erschwert schnelle Hilfen.
- **Lehrpläne und Prüfungsformate an die Lebensrealitäten junger Erwachsener anpassen.** In einer Klasse sitzen Jugendliche mit Rassismus- und Fluchterfahrung, posttraumatischen Belastungsstörungen, psychischen Erkrankungen, Armuts- oder Gewalterfahrung, die keine sonstige Unterstützung erhalten. Lehrkräfte haben dabei keinerlei Flexibilität in Lehrplan und Prüfungen. Das muss sich dringend ändern!
- **Inklusion an berufsbildenden Schulen fördern.** Dass eine begleitende Inklusion für Jugendliche mit Behinderung nicht zusätzlich gefördert wird, ist nicht hinnehmbar (s. Kapitel 12 – Inklusion).
- **Den zweiten Bildungsweg sichern.** Der Versuch, junge Menschen schneller in Arbeit zu bringen und die BFS-III-Bildungsgänge zu reduzieren, ist nicht im Sinne einer individuellen Förderung und Entwicklung junger Menschen und ihrer Talente. Oftmals entschließen sich junge Menschen aufgrund vielfältiger Hürden erst auf dem zweiten Bildungsweg für einen allgemeinbildenden Abschluss. Diese Möglichkeit ist weiter zu fördern. Ausbildungen sollten auf andere Weise attraktiv gestaltet werden, dann wird die freie Wahl junger Erwachsener selbst bestärkt.

Hochschulen ausfinanzieren – Wissen für alle!

Hochschulen sind öffentliche Orte der Bildung, der kritischen Wissenschaft und der demokratischen Auseinandersetzung. Der Zugang zu ihnen ist sozial ungleich. Selbst unter den Studienberechtigten nehmen junge Erwachsene aus unteren sozialen Schichten deutlich seltener ein Studium auf als die aus privilegierten Familien. Ein Studium darf nicht vom Elternhaus abhängen.

Die Linke fordert:

- **Die Grundfinanzierung bedarfsgerecht sichern.** Wer von den Hochschulen gute Lehre, Forschung und gesellschaftliche Verantwortung verlangt, muss die nötigen Mittel vollständig und dauerhaft bereitstellen. Die Finanzierung soll

automatisch an Inflation und Tarifsteigerungen angepasst werden und die Abhängigkeit von Drittmitteln muss enden.

- **Ein gebührenfreies, sozial offenes Studium ermöglichen.** Keine Studien-, Verwaltungs- oder Langzeitgebühren und erleichterter Zugang für beruflich Qualifizierte. Formale Gebührenfreiheit allein reicht nicht. Wer neben dem Studium viele Stunden arbeiten muss und keine bezahlbare Wohnung findet, studiert unter schlechteren Bedingungen als andere.
- **Das BAföG reformieren**, elternunabhängig, existenzsichernd und rückzahlungsfrei. Dafür setzen wir uns im Bundesrat ein, denn bislang kommt das BAföG bei zu wenigen Studierenden an.
- **Wohnheimplätze mindestens verdoppeln.** Das Studentenwerk verfügt derzeit über nur 23 Wohnheime mit 3.362 Plätzen. Angesichts der angespannten Wohnungsmärkte in den Hochschulstädten in Schleswig-Holstein ist das viel zu wenig. Dafür braucht das Studentenwerk deutlich höhere Landesmittel.
- **Ein kostenfreies gesundes Grundgericht in allen Mensen.**
- **Eine Studienstart- und Nothilfe des Landes einrichten.** Als unbürokratische und schnelle Hilfe.
- **Gute Arbeit an den Hochschulen durchsetzen.** Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen hangeln sich von Vertrag zu Vertrag, Lehrbeauftragte übernehmen reguläre Lehre ohne soziale Absicherung, studentische Beschäftigte arbeiten immer noch ohne Tarifvertrag. Wir wollen Dauerstellen für Daueraufgaben, angemessene Bezahlung von Lehrbeauftragten, ein Ende der Auslagerungen und einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud).
- **Die Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken.** Mit eigenem Mittelbau und finanziertem Promotionskolleg.
- **Lehrkräftebildung, Hochschulmedizin und Forschungsschwerpunkte verlässlich finanzieren.** Die Lehrkräftebildung, die Hochschulmedizin am UKSH und die Forschungsschwerpunkte des Landes gehören dauerhaft in öffentliche Hand.
- **Studierende, Beschäftigte und Personalräte demokratisch beteiligen.** Personen, die an Hochschulen lehren und arbeiten, haben ein Recht auf Mitsprache.
- **Schutz vor Diskriminierung verbindlich machen.** Unabhängige Antidiskriminierungs- und Beschwerdestellen, verbindliche Schutzkonzepte und umfassende Barrierefreiheit an allen Hochschulen.
- **Wissenschaft am Gemeinwohl ausrichten.** Freier Zugang zu öffentlich finanzierten Forschungsergebnissen, Transparenz bei Drittmitteln und Zivilklauseln gegen militärische Forschung.
- **Digitale Souveränität herstellen.** Offene Standards, quelloffene Software und öffentlich kontrollierte IT-Infrastrukturen, mit klaren, datenschutzgerechten Regeln für den Einsatz von KI.

Lebenslanges Lernen

Bildungschancen sind in Deutschland auch nach der Jugend stark von sozialer Herkunft, Einkommen, Bildungsabschluss, Wohnort und weiteren strukturellen Faktoren abhängig. Lernen darf nicht mit der Regelschulzeit enden. Es muss ein Leben lang wohnortnah, barrierearm und bezahlbar möglich sein.

Die Linke fordert:

- **Allgemeinbildende Abendschulen schaffen.** Etwa 200.000 Erwachsene in Schleswig-Holstein haben keinen Schulabschluss. Bislang gibt es für sie nur kostenpflichtige Angebote der Volkshochschulen. Es soll ein kostenfreies Abendangebot für Erwachsene an den Berufsschulen eingerichtet werden, um ESA, MSA und Abitur nachholen zu können.
- **Weiterbildung finanzieren und zugänglich machen.** Wir wollen das Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz für einen leichteren Zugang zu beruflicher und allgemeiner Weiterbildung novellieren. Dazu kommt ein Weiterbildungsfonds unter Beteiligung von Land, Wirtschaft und Sozialpartner*innen sowie ein Weiterbildungsgeld für die Teilnahme von Menschen mit niedrigen Einkommen.
- **Öffentliche Weiterbildung wohnortnah sichern.** Volkshochschulen und öffentliche Bibliotheken sind unverzichtbarer Teil des Bildungssystems. Sie brauchen eine verlässliche Finanzierung. Die Bildungsinfrastruktur muss dezentral und barrierearm im ganzen Land ausgebaut und gesichert werden.
- **Informell erworbene Kompetenzen anerkennen und sichtbar machen**, etwa über Kompetenzfeststellungsverfahren und Instrumente wie den ProfilPASS.
- **Gute Arbeitsbedingungen in der Weiterbildung sichern.** Angemessene Vergütung für Beschäftigte und Freiberufler*innen.
- **Inklusives Lernen lebenslang ermöglichen.** Eine Beeinträchtigung oder ein Förderbedarf verschwindet nicht durch Altern oder Lebenserfahrung. Auch in schulischen und beruflichen Weiterbildungen und Weiterbildungseinrichtungen müssen Angebote inklusiv gestaltet werden (s. Kapitel 12 – Inklusion).

04 Soziales

Sozialstaat verteidigen – die wirkungsvollste Art des Antifaschismus!

Mit der Merz-Regierung beobachten wir den stärksten Abbau des Sozialstaats seit der Agenda 2010 unter Gerhard Schröder. Zeitgleich sehen wir, wie CDU und SPD immer weiter nach rechts wandern. Beides in Kombination steigert die Unzufriedenheit der Bürger*innen mit der Politik und begünstigt rechtsextreme Positionen. Ein ausgebauter und wirksamer Sozialstaat ist ein wirkungsvolles Mittel gegen den Rechtsruck und ein elementarer Grundstein einer solidarischen Gesellschaft.

Sei es bei Gehaltsverhandlungen, den Arbeitsbedingungen oder anderen Bereichen der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Konflikte – starke Arbeitnehmerrechte sind der wichtigste sozialstaatliche Hebel in der Hand der arbeitenden Menschen.

Die Merz-Regierung behauptet immer wieder, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar. Doch mit Zahlen und Fakten lässt sich das widerlegen. Die Sozialleistungsquote liegt aktuell bei ca. 31 % und ist damit kaum höher als in der Vergangenheit. In den letzten 15 Jahren pendelte die Sozialleistungsquote konstant um die 30 %, die Abgabenquote ist in den letzten 15 Jahren sogar von ca. 38 % auf fast 41 % gestiegen.

Während die Regierung den Sozialstaat zerschlägt, fließen zusätzliche Milliarden aus dem Bundeshaushalt in die Aufrüstung, trotz Sondervermögen. Die auffällige Überschneidung von Kürzungen bei Sozialem und der Steigerung des Verteidigungshaushalts zeigt: Die Regierung investiert das Geld lieber in Panzer und Kriegsschiffe als in die Menschen in Deutschland. Wir stehen ganz klar für einen starken Sozialstaat, eine solidarische Gesellschaft und konsequenten Antifaschismus.

Die Linke fordert:

- **Ablehnung aller Schwächungen des Sozialstaats.** Wir fordern die kommende Landesregierung auf, alle Formen der Schwächung des Sozialstaats, die im Bundesrat behandelt werden, konsequent abzulehnen.
- **Stärkung des Sozialstaats im Bundesrat.** Wir setzen uns für Bundesratsinitiativen ein, um den Sozialstaat nachhaltig zu stärken. Rente, Grundsicherung und Krankenkassen müssen gestärkt werden, zum Beispiel durch die Rente für alle und die Krankenkasse für alle, also ein Renten- und Krankenkassensystem, in das alle einzahlen.
- **Zugang zu und Beantragung von Sozialleistungen vereinfachen.** Die Beantragung von Sozialleistungen und damit auch der Zugang zu ihnen sind geprägt von Bürokratie und einem unübersichtlichen Berg aus unzähligen Formularen. Das Land muss die Beantragung und den Zugang stark vereinfachen. Die Formulare und deren Ausfüllanleitungen sind darüber hinaus in einfacher Sprache bereitzustellen.

Öffentliche Begegnungsorte – für eine solidarische Gesellschaft!

Begegnung und soziale Teilhabe sind ein Grundstein einer solidarischen und toleranten Gesellschaft, doch gerade für marginalisierte Gruppen, arme Menschen, Menschen mit Beeinträchtigungen und im ländlichen Raum fehlt es schlicht an derartigen Begegnungsorten oder sie fallen Stück für Stück weg. Wir sind der Meinung: Eine Gesellschaft lebt von Begegnung, Integration, Inklusion und Austausch.

Die Linke fordert:

- **Landesfonds „Soziale Orte in SH“.** Damit soll eine dauerhafte Finanzierung von Jugend- und Dorftreffs, Kulturräumen, Mehrgenerationenhäusern, queeren Räumen und selbstverwalteten Projekten sichergestellt werden.

- **Öffentliche Räume – ohne Konsumzwang.** Für einen niedrigschwelligen Austausch der Schleswig-Holsteiner*innen muss es kostenfreie Aufenthaltsorte, wettergeschützte Treffpunkte, öffentliche WLAN-Angebote, konsumfreie Jugendräume und längere Öffnungszeiten kommunaler Einrichtungen im ganzen Land geben.
- **Sport und Freizeit als soziale Teilhabe.** Sport dient nicht nur der Gesunderhaltung der Menschen, sondern muss auch als Teil der sozialen Teilhabe begriffen werden. Dafür müssen Sportstätten modernisiert und Zugänge kostenlos oder niedrigschwellig werden. Inklusion, Integration und Diskriminierungssensibilität müssen geschult und gefördert werden (s. Kapitel 09 – Kommunales).
- **Queere Räume – auch außerhalb der Großstädte.** Es braucht mindestens ein gefördertes queeres Jugendzentrum pro Kreis, mobile Aufklärungsarbeit und Schutzkonzepte gegen queerfeindliche Gewalt.

Unterstützung für Familien – Babybox

Stetig ansteigende Kosten in allen Lebensbereichen erschweren das tägliche Leben der Menschen. Familien mit kleinen Kindern sind von diesen Problemen besonders betroffen. Diese Probleme bedrohen nicht nur die Existenzgrundlage aktueller Familien, sondern sorgen auch dafür, dass die Gründung einer Familie für viele Menschen finanziell nicht mehr möglich ist. Es müssen umgehend flächendeckende Maßnahmen ergriffen werden, um hier zu entlasten.

Die Linke fordert:

- **Einführung einer „Babybox“ nach finnischem Vorbild.** Etwa drei Monate vor der Geburt eines Kindes erhalten alle werdenden Mütter Anspruch auf eine Babybox. Diese enthält grundlegende Dinge, die in der ersten Zeit nach der Geburt benötigt werden, zum Beispiel Kleidung, Windeln und Feuchttücher. Die Box selbst besteht aus stabilem Karton und ist mit einer Matratze ausgestattet und kann als Babybett verwendet werden.

Kinder- und Jugendrechte ernst nehmen!

Junge Menschen werden rechtlich immer noch als reine Schutzobjekte behandelt. Wir setzen uns für die Modernisierung des entsprechenden Rechtssystems ein.

Die bisherigen politischen Bemühungen, Kinderrechte in der Landesverfassung zu stärken und zu verankern, reichen nicht aus. Um die rechtliche Handlungsfähigkeit von Minderjährigen tatsächlich zu verbessern, muss es Kindern und Jugendlichen möglich sein, ihre Rechte nicht nur direkt zu erfahren, sondern auch zu vertreten. Momentan geschieht dies weitestgehend nur passiv, über Dritte wie die Eltern.

Wir sind der Meinung: Eine demokratische Gesellschaft muss junge Menschen als eigenständige Persönlichkeiten auf Augenhöhe anerkennen. Wir wollen die rechtliche Selbstbestimmung von Minderjährigen, vor allem in Krisensituationen, stärken.

Die Linke fordert:

- **Eigenständige Verfahrensrechte bei existenzgefährdenden Entscheidungen.** Wir fordern eine Anpassung des Landesrechts. Junge Menschen sollen ihre Rechte in Verwaltungsverfahren, die ihre direkte Lebenssituation betreffen, geltend machen können. Dies sollte bei nachgewiesener Einsichtsfähigkeit eigenständig, andernfalls durch Vertretung geschehen. Entscheidend ist: Dies muss unabhängig von Eltern oder Vormund möglich sein.
- **Ausbau und Schaffung niedrigschwelliger, unabhängiger Anlaufstellen.** Es braucht einen Ausbau landesfinanzierter Vertrauensinstanzen im direkten Alltag der Kinder und Jugendlichen. Hierzu fordern wir insbesondere eine vom Klinikpersonal vollständig unabhängige Patient*innenfürsprache in medizinischen Unterbringungseinrichtungen, beispielsweise Kinder- und Jugendpsychiatrien, ebenso wie eine personell und finanziell gestärkte Schulsozialarbeit im ganzen Land, an allen Schulen.
- **Ombudsstellen müssen mehr Befugnisse bekommen.** Es braucht eine Reform des gesamten SGB VIII, im Besonderen aber des § 9a SGB VIII. Dieser regelt die Befugnisse der Ombudsstellen. Bis zu einer Bundeslösung sind die Länder für die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung der Ombudsstellen zuständig. Demnach fordern wir eine ausgiebige rechtliche Prüfung: Es muss geprüft werden, inwieweit Schleswig-Holstein die Bundesregeln ausdehnen und adaptieren kann. Dazu gibt es rechtlichen Spielraum. Langfristig setzen wir uns für die Etablierung von weisungsfreien Ombudsstellen mit Klagebefugnis ein.
- **Bundesratsinitiativen einbringen und stärken.** Schleswig-Holstein und seine Landesregierung sollen sich verstärkt für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention einsetzen. Dies kann und soll auch durch eigene Anträge, die auf Änderung von Bundesrecht abzielen, geschehen. Auch eine Reform des SGB VIII beziehungsweise der gesamten Kinder- und Jugendhilfe ist dringend erforderlich.

Starke Kinder- und Jugendarbeit – für eine noch stärkere Demokratie!

Die Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen beginnt im Alltag, im sozialen Umfeld, während der Suche nach Zugehörigkeit. Offene Jugendarbeit bietet kostenlose, unverbindliche Treffpunkte, die Jugendliche ohne Druck erreichen. Im Gegensatz zu schulischen oder behördlichen Settings entsteht hier ein Raum des Vertrauens, in dem sich junge Menschen öffnen können. Das ist entscheidend, da rechtsextreme Ansprache oft genau dort ansetzt, wo Jugendliche sich abgehängt fühlen. Jugendarbeiter*innen arbeiten mit Schulen, Polizei, Beratungsstellen und zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammen. Diese Vernetzung ermöglicht einen koordinierten Schutzraum, der Jugendliche nicht allein lässt, wenn sie mit rechten Strukturen in Berührung kommen. Programme wie „Demokratie leben!“ unterstützen diese Koordination bundesweit und schaffen Orte, an denen Demokratie praktisch erlebbar wird.

Die Linke fordert:

- **Mehr demokratiefördernde Angebote.** Jugendliche begreifen Demokratie nicht nur als Theorie im Schulbuch, sondern im echten Leben, indem sie selbst erfahren, wie Mitbestimmung funktionieren kann, zum Beispiel in offenen Jugendtreffs.
- **Schluss mit Kürzungen und Mittelstreichungen.** Kürzungen, insbesondere im Sozialen, bei Kindern und Jugendlichen, beobachten wir auf allen Ebenen der deutschen Politik, doch genau diese Kürzungen verschärfen soziale Gefälle und beflügeln den Rechtsruck.
- **Einsatz des Landtags für den Erhalt von „Demokratie leben!".** Gerade in Zeiten des Rechtsrucks und der Autokratisierung ist es brandgefährlich, Programmen wie „Demokratie leben!" die Mittel zu kürzen. Für die Stabilisierung und den Erhalt unserer Demokratie braucht es mehr solcher Förderprogramme und nicht weniger.

Drogenkonsumräume stärken – Leben retten!

Die Verbotspolitik der letzten Jahrzehnte hat vor allem eines gezeigt: Sie verringert weder die Zahl der Suchterkrankungen noch verkleinert sie den illegalen Drogenhandel. Wir erkennen an: Drogenkonsum ist ganz klar ein Problem, die Kriminalisierung von Konsument*innen und verstärkte Präsenz von Polizei und kommunalem Ordnungsdienst in Brennpunkten können aber nicht die Lösung sein. Drogenkonsumräume, sicherer Konsum und die Senkung der Hemmschwellen zur Drogenberatung sind hingegen reale Lösungsansätze, die auch in der Praxis bereits überzeugen.

Die Linke fordert:

- **Einrichtung und Ausbau von Drogenkonsumräumen.** In Städten mit besonderem Bedarf wie Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster müssen feste Drogenkonsumräume etabliert werden. Darüber hinaus müssen mobile und regionale Konzepte geprüft werden.
- **Verlässliche Finanzierung statt Projektlogik.** Drogenkonsumräume und Suchthilfe dürfen nicht von befristeten Förderprogrammen und kommunalen Haushalten abhängen. Es braucht eine dauerhafte Finanzierung durch das Land und damit auch Planungssicherheit für Träger. Zusätzlich braucht es einen angemessenen Personalschlüssel und tarifgerechte Bezahlung für Beschäftigte in der Suchthilfe und Sozialarbeit.
- **Verbindung von Konsumräumen und umfassender Hilfe.** Drogenkonsumräume müssen Teil integrierter Hilfsstrukturen werden, zum Beispiel durch psychosoziale Beratung, medizinische Versorgung, Vermittlung von Therapieangeboten oder Ähnliches.
- **Drugchecking flächendeckend ermöglichen.** Die angstfreie Überprüfung von Drogen auf verunreinigte Substanzen beziehungsweise Streckmittel ermöglicht

einen sicheren Konsum und kann Rettungsdienste entlasten. Drugchecking auf Festivals und Veranstaltungen ist durchaus erprobt und zeigt positive Effekte.

- **Entkriminalisierung von Konsument*innen.** Durch eine Bundesratsinitiative setzen wir uns für eine Entkriminalisierung von Konsument*innen ein. Dadurch lässt sich die Hemmschwelle, Hilfsangebote wahrzunehmen, deutlich senken.

Gewaltschutz als soziale Infrastruktur ausbauen!

Gewalt gegen Frauen, Mädchen sowie trans, inter, nicht-binäre und agender Personen (TINA*-Personen) ist kein individuelles Problem, sondern strukturell in unserer Gesellschaft verankert. Gesellschaftliche Ungleichheit, Abhängigkeit, Armut, mangelnde soziale Absicherung, Machtverhältnisse und Diskriminierung befeuern dieses Problem. Die Istanbul-Konvention verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, Gewalt wirksam zu verhindern, Betroffene zu schützen und strukturelle Ursachen zu bekämpfen. Dabei ist Gewaltschutz fester Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Jeder Mensch muss die Hilfe und Unterstützung bekommen, die benötigt wird, unabhängig vom eigenen Geldbeutel, der Herkunft, dem Aufenthaltsstatus, dem Wohnort, der Geschlechtsidentität oder anderen Faktoren.

2025 verabschiedete Schleswig-Holstein die Landesstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Um diesen Weg weiterzugehen, braucht es durch das Land jedoch weitere wichtige Schritte, unter anderem die zu- und abgesicherte Finanzierung des Gewaltschutzes. Auch müssen alle Betroffenen berücksichtigt werden.

Gewaltschutz muss als umfassende Aufgabe verstanden werden, die weit über die Unterstützung nach bereits erfolgter Gewalt hinausgeht. Neben dem Ausbau von Prävention braucht es tatsächliche Unabhängigkeit für Betroffene, insbesondere Frauen und queere Personen. Dazu zählen grundlegende Bedürfnisse wie bezahlbarer Wohnraum, gute Arbeit, gute Löhne und ein bezahlbares Leben. Abhängigkeitsstrukturen, aus denen bei Gewalt schwieriger ausgebrochen werden kann, müssen abgeschafft werden.

Die Linke fordert:

- **Landesstrategie weiterentwickeln und verbindlich umsetzen.** Das Land muss verbindliche Zeitpläne und messbare Ausbauziele festlegen und diese regelmäßig und öffentlich evaluieren. Die Finanzierung durch das Land muss langfristig gesichert werden und alle betroffenen Personengruppen müssen beteiligt und berücksichtigt werden.
- **Gewalthilfegesetz schneller und umfassender umsetzen.** Der Ausbau der Schutz- und Beratungsinfrastruktur muss beschleunigt werden und verbindliche Ausbauziele müssen bereits vor 2032 festgelegt werden. Es muss eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft eingeführt werden und Wohnungsverweise sowie Kontaktverbote müssen konsequent umgesetzt werden. Gewaltambulanzen sollen als niedrigschwelliges Soforthilfeangebot eingeführt und ausgebaut werden.

- **Schutzplätze ausbauen.** Es mangelt auch in Schleswig-Holstein massiv an Frauenhausplätzen. Wir wollen konsequenten Gewaltschutz, deshalb müssen Frauenhäuser und Schutzwohnungen ausgebaut werden und zusätzliche Plätze für TINA*-Personen und andere vulnerable Gruppen vorgehalten werden. Durch regelmäßige Bedarfsanalysen muss sichergestellt werden, dass langfristig jederzeit genügend Plätze zur Verfügung stehen.
- **Abweisungen von Schutzsuchenden beenden.** Die mangelnden Kapazitäten führen zu einer Abweisung oder Weiterleitung Schutzsuchender in andere Städte oder gar Bundesländer. Die Bestände müssen so ausgebaut werden, dass niemand aufgrund fehlender Kapazitäten abgewiesen wird.
- **Angstfrei Schutz finden.** Niemand darf aus Angst vor einer Abschiebung in gewaltvollen Beziehungen verbleiben müssen. Dafür braucht es unter anderem anonyme und sichere Beratungsangebote und die Finanzierung von Schutzplätzen unabhängig vom sozialrechtlichen Anspruch.
- **Psychische Erkrankungen und Krisenerfahrungen mitdenken.** Gewalterfahrungen, insbesondere langfristige, können zu schweren psychischen Folgen wie Angststörungen, Sucht, Traumatisierung oder Ähnlichem führen. Schutzangebote müssen zusätzlich Konzepte und Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen vorweisen können.
- **Haustiere nicht als Hindernis sehen.** Die Nichtmitnahme von Haustieren hält Betroffene häufig davon ab, sich aus Gewaltverhältnissen zu lösen. Es müssen Optionen geschaffen werden, Haustiere mitzunehmen.
- **Kinder als eigenständige Betroffene schützen.** Der Umgang mit Kindern muss anders gehandhabt werden als mit Erwachsenen. Sie müssen eigenständig betrachtet werden und durch Kinder- und Jugendberater*innen in allen Einrichtungen betreut werden.
- **Förderung der Rehabilitation Betroffener.** Nach der Flucht aus Gewaltverhältnissen fällt der Neustart häufig schwer. Zu einem nachhaltigen Gewaltschutz gehören ebenso Nachsorge, Wiedereingliederung und Unterstützung bei der Wohnungssuche und Alltagsbewältigung.
- **Kinder besser vor sexualisierter Gewalt schützen, durch Aufklärung über Sexualität, ihren Körper und Grenzen.** Eine der effektivsten Präventionsmaßnahmen, um Kinder gegen Missbrauch zu schützen, ist es, ihnen ein gestärktes Gefühl für ihren eigenen Körper und Rechte zu vermitteln. Diese Position wird auch von der unabhängigen Bundesbeauftragten gegen sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen vertreten. Wir setzen uns daher für eine konsequente Umsetzung bereits bestehender, geprüfter Programme ein. Dies ist besonders bei Kindern mit Behinderungen wichtig, welche dreimal häufiger von sexuellem Missbrauch betroffen sind.
- **Finanzielle Unabhängigkeit sichern.** Für einen effektiven Gewaltschutz müssen Abhängigkeitsverhältnisse aufgelöst werden. Dies soll unter anderem durch Arbeitsmarktintegration erreicht werden.

- **Prävention stärken.** Prävention ist finanziell und menschlich sinnvoller als Nachsorge und Folgekosten. Dafür müssen unter anderem Programme zur Aufklärung, Prävention und Täterarbeit, Informationskampagnen sowie Pflichtfortbildungen und Sensibilisierung für Lehrkräfte ausgebaut werden.
- **Gute Arbeitsbedingungen für wirksamen Gewaltschutz.** Ein funktionierendes Gewaltschutzsystem braucht qualifizierte Fachkräfte, die tarifgebunden und angemessen bezahlt werden und durch einen angemessenen Personalschlüssel vor dem Ausbrennen geschützt werden.
- **Regelmäßige Evaluierung und Anpassung des Gewaltschutzes.** Es müssen standardisiert mehr Daten erhoben und die Wirksamkeit von Maßnahmen evaluiert werden. Das Land muss regelmäßig einen Gewaltschutzbericht veröffentlichen und Gewaltschutzprogramme an der Datenlage orientiert anpassen.

Gleichstellung – Echt. Konsequent. Für ALLE.

Auch 2026 ist der seit Jahrhunderten andauernde Kampf für Gleichstellung von Frauen und von queeren Menschen nicht abgeschlossen. Dies spiegelt sich nicht nur in anhaltender Gewalt wider, sondern in diversen benachteiligenden Lebensgrundlagen: Frauen werden weiterhin im Schnitt schlechter bezahlt (Gender Pay Gap), sie leisten deutlich mehr unbezahlte Sorgearbeit (Gender Care Gap) und sie leiden häufiger unter Altersarmut. Der Kampf gegen ökonomische Ungleichheit ist zentral für geschlechtliche Gleichstellung. Dieser darf nicht nur im binären System gedacht werden, sondern muss alle Geschlechter einbeziehen. Auch das Gleichstellungsgesetz Schleswig-Holstein muss daran angepasst werden.

Die Linke fordert:

- **Gender Pay Gap abschaffen.** Das Land muss sich für die Lohngleichheit für alle Geschlechter einsetzen. Dazu zählen beispielsweise der Einsatz für Tarifverträge, insbesondere im Niedriglohnsektor (s. Kapitel 06 – Wirtschaft & Arbeit), sowie die Aufwertung typischer „Frauenberufe“.
- **Gleichstellungsgesetz für alle Geschlechter öffnen.** Das bisherige Frauenfördergesetz muss in ein modernes Gleichstellungsgesetz für alle Geschlechter überführt werden, inklusive der Aufnahme eines Diskriminierungsverbots aufgrund der Geschlechtsidentität.
- **Verbindliche Parität in Führungspositionen im öffentlichen Dienst.** Zum Erreichen der Parität müssen verpflichtende Maßnahmenpläne bei Verfehlen der Zielvorgaben erlassen werden. Regelmäßige Veröffentlichung von Gleichstellungsberichten für alle Landesbehörden und die paritätische Besetzung von Kommissionen, Beiräten und öffentlichen Gremien sollen den Gleichstellungsprozess beschleunigen.
- **Gleichstellungsbeauftragte stärken.** Durch den Ausbau der Mitwirkungsrechte, eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung, organisatorische Unabhängigkeit und erweiterte Klagerechte bei Verstößen gegen das

Gleichstellungsgesetz wollen wir Gleichstellungsbeauftragten den Rücken stärken.

- **Sorgearbeit und Familienverantwortung gleich verteilen.** Nach wie vor wird der Großteil der Sorgearbeit von Frauen übernommen. Durch Berücksichtigung von Familien- und Pflegezeiten bei Beförderungen, flexiblere und partnerschaftliche Arbeitszeitmodelle und die Entwicklung eines Landesprogramms zur gerechten Verteilung von Sorgearbeit wollen wir nicht nur die Folgen mildern, sondern das Problem an der Wurzel bekämpfen.
- **Mehrfachdiskriminierung systematisch bekämpfen.** Diskriminierung kann viele Grundlagen haben, zum Beispiel aufgrund des Geschlechts, der Herkunft oder der Sexualität. Häufig treten diese Formen jedoch nicht einzeln, sondern gemeinsam auf. Entsprechend müssen sie auch in der Gleichstellung kombiniert betrachtet werden.
- **Entgeltgerechtigkeit im öffentlichen Dienst konsequent durchsetzen.** Trotz Tarifbindung sind noch immer geschlechtsspezifische Unterschiede zu beobachten. Um diese zu bekämpfen, wollen wir Entgelt- und Beförderungsanalysen in allen Landesbehörden, die Veröffentlichung geschlechtsdifferenzierter Karrieredaten, transparentere Beförderungsverfahren und verbindliche Maßnahmenpakete bei festgestellten Ungleichheiten einführen.
- **Regelmäßige Evaluation und demokratische Kontrolle.** Erhobene Daten sollen in einem regelmäßigen Gleichstellungsbericht der Landesregierung veröffentlicht werden und die Zielerreichung und Defizite transparent zur Verfügung gestellt werden.

Verhütung für alle zugänglich machen!

Verschreibungspflichtige Verhütungsmittel werden von gesetzlichen Krankenkassen nur bis zum vollendeten 22. Lebensjahr übernommen. Danach müssen die Kosten selbst getragen werden, was für viele Menschen ein Schlag im Geldbeutel ist. Durch die gestiegenen Lebenshaltungskosten stehen viele Bürger*innen vor der Frage: Kann ich mir eine sichere Verhütung überhaupt leisten? Dadurch wird Verhütung zur sozialen Frage.

Der Zugang zu sicheren Verhütungsmethoden dient nicht nur der individuellen Freiheit, sondern auch der öffentlichen Gesundheit. Ungewollte Schwangerschaften können erhebliche soziale und finanzielle Folgekosten verursachen. Hierzu gehören unter anderem: hohe Gesundheitskosten, Schwangerschaftskonfliktberatung, Unterstützungsleistungen für Familien, Leistungen der Jugend- und Sozialhilfe, weitere soziale Transferleistungen. Ebenso verursachen sexuell übertragbare Infektionen erhebliche Kosten im Gesundheitswesen. Investitionen in Prävention sind daher nicht nur sozial gerecht, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Jeder Euro, der in sichere Verhütung und Prävention investiert wird, kann langfristig deutlich höhere Folgekosten vermeiden. Verhütung darf keine private Luxusleistung sein,

sondern muss künftig als Teil einer modernen öffentlichen Gesundheitsversorgung angesehen werden.

Die Linke fordert:

- **Einrichtung eines landesweiten Fonds für Verhütung und reproduktive Gesundheit.** Anspruchsberechtigt sollen dafür vor allem folgende Personengruppen sein: Personen mit Leistungsbezug nach SGB II (Grundsicherung), SGB XII (Sozialhilfe), dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), dem Wohngeldgesetz, den Regelungen zum Kinderzuschlag und den Regelungen zur Berufsausbildungsbeihilfe sowie weitere Personen mit geringem Einkommen unterhalb festzulegender Einkommensgrenzen.
- **Übernahme von Verhütungsmethoden für gebärfähige Personen.** Übernahmefähig: Antibabypille, Minipille, Hormonspirale, Kupferspirale, Kupferkette, Verhütungsimplantate, Dreimonatsspritze, Verhütungspflaster, Vaginalring, Notfallverhütung (Pille danach), notwendige ärztliche Beratungs- und Einlegekosten.
- **Übernahme von Verhütungsmethoden für Männer.** Übernahmefähig: Kondome, Vasektomie sowie alle damit verbundenen Kosten.
- **Förderung von Schutzmethoden vor sexuell übertragbaren Infektionen**. Außenkondome, Innenkondome, Lecktücher, latexfreie Schutzprodukte und Beratungsleistungen zur Prävention.

Kultur – sozial und für alle, gestalten und fördern!

Seit der Corona-Pandemie unterliegt der Kulturbereich bundesweit und auch in Schleswig-Holstein einem noch stärkeren Sparzwang als bereits zuvor. Viele kommunale Theater und Veranstaltungsorte haben mit ihren Möglichkeiten zu kämpfen. Auch für Kulturschaffende fehlt es häufig an Orten und Möglichkeiten zum Ausüben und Vorstellen ihrer Kunst.

Die Linke fordert:

- **Erhalt und Förderung kommunaler Theater und des Landestheaters Schleswig-Holstein.** Insbesondere beim Landestheater muss das Land Schleswig-Holstein endlich Verantwortung übernehmen und mindestens 10 % der Gesellschafteranteile des Landestheaters Schleswig-Holstein übernehmen. Damit Preise nicht erhöht werden müssen oder Sparten geschlossen und Menschen damit ihre Jobs verlieren, bedarf es einer staatlichen Unterstützung. Diese muss auch und vor allem das Ziel verfolgen, Theater für alle zugänglich und erlebbar zu machen.
- **Erhalt und Ausbau bestehender Förderung von Kulturinitiativen in den Kommunen.** Viele Menschen wollen kreativ sein und ihre Nachbarschaften und Gemeinden beleben. Dafür müssen diese auch finanziell ausgestattet werden. Eine starke Kultur unterstützt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- **Erhalt und Förderung öffentlicher Kulturräume.** Die Existenz von öffentlichen Kulturräumen darf nicht an den leeren Kassen der Kommunen scheitern. In diesen Räumen soll den Menschen die Möglichkeit zur niedrigschwelligen

Teilnahme an Veranstaltungen gegeben werden. Gerade in Zeiten von immer höher werdenden Kosten für Besucher*innen und Veranstalter*innen braucht es Räume, die zugänglich bleiben.

- **Einrichtung eines Sondervermögens „Freie Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein“ in Höhe von 10 Millionen Euro!**

05 Gesundheit

Notfallversorgung

Im ländlichen Bereich kann die Ausrückzeit des Rettungsdienstes von 10 bis 12 Minuten oftmals nicht eingehalten werden. Der Landtag billigte im April 2026, im zweiten Entwurf, eine Reform, welche das Netzwerk von Ersthelfer*innen, die Ausrückzeit sowie das Netzwerk der Leitstellen verbessern soll.

Die Linke fordert:

- **Laufende Kontrolle der Umsetzung.** Um sicherzustellen, dass die Reform wirkt, muss sie regelmäßig überprüft und evaluiert werden. Zeigt sie nicht die erhofften Verbesserungen, muss sie überarbeitet und in angepasster Form erneut verabschiedet werden.
- **Kostenlose Erste-Hilfe-Kurse.** Zur Förderung von Ersthelfer*innen und zur Steigerung ihrer Anzahl sollen Erste-Hilfe-Kurse kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. So kann die Hemmschwelle, als Ersthelfer*in aktiv zu sein, effektiv gesenkt werden.
- **Projektwochen in Schulen zum Thema Erste Hilfe.** Schüler*innen sollen von Beginn an die Grundlagen der Ersten Hilfe verpflichtend erlernen. Unabhängig davon, ob ein Führerschein angestrebt wird, kann so die Sicherheit vermittelt werden, dass man in Notfällen selbst helfen kann.

Krankenhaus

Seit der Ökonomisierung der Krankenhäuser bestimmen Mengenanreize und wirtschaftlicher Druck über das Fallpauschalensystem (DRG) den Klinikalltag, die Bürokratie wird systematisch verstärkt und der Fachkräftemangel steigt. Die Bundesländer haben über Jahrzehnte notwendige Investitionsmittel vorenthalten und privaten Klinikkonzernen weitestgehend freie Hand gelassen. Nur das Land kann eine flächendeckende Grund- und Notfallversorgung inklusive Geburtshilfe und Pädiatrie sicherstellen, die sich nicht an renditegetriebenen Interessen orientiert.

Die Linke fordert:

- **Rekommunalisierung von Krankenhäusern fördern und unterstützen.** Krankenhäuser sind elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Um eine gemeinwohlorientierte Gesundheitsversorgung sicherzustellen, müssen Krankenhäuser von Profitzwängen befreit und wieder zurück in die öffentliche Hand überführt werden. Vorbilder dafür können die Poliklinik Veddel in Hamburg und das geKO Lübeck sein.

- **Flächendeckende Grund- und Notfallversorgung sicherstellen.** Der Rückbau von Kliniken und Fachstationen, wie zum Beispiel Geburtshilfe und Pädiatrie, muss insbesondere im ländlichen Raum beendet werden. Es braucht dringend Investitionen in den Bestand und in Neubauten.
- **Kliniksterben stoppen.** Statt immer mehr Kliniken zu schließen, damit die Gesundheitsversorgung unzähliger Menschen zu gefährden und die verbleibenden Kliniken noch stärker zu belasten, muss das Kliniksterben gestoppt und muss auf eine bedarfsgerechte, fortlaufende und überregionale Krankenhausplanung gesetzt werden.
- **Kirchliche Träger raus aus Krankenhäusern mit gynäkologischen Fachabteilungen.** Das wiederholte Eingreifen kirchlicher Träger in die gesundheitliche Selbstbestimmung von Frauen, insbesondere beim Thema Schwangerschaftsabbrüche, wie in Flensburg, ist nicht weiter tragbar. Wer öffentlich finanziert wird, hat nach medizinischen Standards zu behandeln, nicht nach Glaubenssätzen. Kirchliche Trägerinteressen dürfen die gesundheitliche Selbstbestimmung nicht einschränken. Das Land muss die wohnortnahe Versorgung mit Schwangerschaftsabbrüchen sicherstellen.
- **Gute Arbeitsbedingungen für alle fördern.** Eine gute Gesundheitsversorgung kann nur sichergestellt werden, wenn die Menschen, die jeden Tag hart für die Gesundheit anderer arbeiten, dies unter guten Arbeitsbedingungen tun. Dabei geht es zum Beispiel um Personalschlüssel, faire Löhne und die bessere Vereinbarkeit von Privat- und Arbeitsleben.

Ambulante Versorgung und ländlicher Raum

Während die ärztliche Versorgung in der Stadt halbwegs gut aufgestellt ist, mangelt es fortlaufend an Gesundheitseinrichtungen im ländlichen Raum. Durch ein verstärktes Engagement von Land und Kommunen sowie eine aktive Beförderung der Ansiedlung von medizinischem Personal auf dem Land wollen wir diese Lücke schließen.

Die Linke fordert:

- **Aufbau und Förderung kommunaler Medizinischer Versorgungszentren.** Um die ambulante medizinische Versorgung, insbesondere auf dem Land, sicherzustellen, sollen Zentren mit angestellten Allgemeinmediziner*innen und weiteren Fachärzt*innen sowie Physiotherapeut*innen und Pflegefachpersonen eingerichtet werden. Die Stärkung der Gesundheitsprävention und -beratung muss in diesen Zentren berücksichtigt werden.
- **Etablierung eines Anreizmodells für die Niederlassung im ländlichen Raum.** Um der medizinischen Unterversorgung im ländlichen Raum entgegenzuwirken, sollen Anreize für die Niederlassung von Ärzt*innen, Physiotherapeut*innen und Hebammen geschaffen werden, zum Beispiel nach dem Brandenburger Modell. Alternativ kann eine bevorzugte Studienplatzvergabe im Gegenzug für Pflichtjahre in unterversorgten Regionen in Betracht gezogen werden.

Drogenpolitik

Suchterkrankungen stehen häufig in Verbindung mit psychischen Erkrankungen. Studien belegten in der Vergangenheit, dass eine Substanzabgabe, die konsequent aus dem Sichtfeld und Zugriff von Minderjährigen verdrängt wird, zu einer Entspannung im Umgang mit Rauschmitteln führt.

Die Linke fordert:

- **Werbeverbot für Drogen, Suchtmittel und Glücksspiel.** Die Werbung für Alkohol, Tabak, Sportwetten und Glücksspiel dient ausschließlich den Konzernen, die mit der Sucht vieler Menschen Unsummen an Geld verdienen. Dadurch wird die Gesundheit vieler Menschen nachhaltig geschädigt und unser Gesundheitssystem zusätzlich belastet.
- **Massive Ausweitung des Aufklärungs-, Beratungs- und Hilfsangebotes.** Durch niedrigschwellige Angebote kann sich nicht nur die Zahl der Suchterkrankungen, sondern auch die Zahl der tödlichen Überdosen reduzieren. Menschen konsumieren ohnehin, den Konsum sicher zu gestalten, zum Beispiel durch Drogenkonsumräume und Drugchecking (s. Kapitel 04 – Soziales), kann Risiken reduzieren und die Hemmschwelle, auch weitergehende Hilfsangebote wahrzunehmen, senken.
- **Ausbau präventiver und therapeutischer Ansätze im Umgang mit Drogensucht.** Statt Stigmatisierung und Ausgrenzung braucht es Angebote, die den Konsument*innen den Weg aus der Suchterkrankung ermöglichen. Prävention ist der kostengünstigste Weg im Umgang mit Sucht und Abhängigkeit und schützt damit sowohl Menschenleben als auch die Kassen.
- **Ermittlungsfokus weg von Konsument*innen.** Auch wenn es kein Konsumverbot in Deutschland gibt, entfällt ein Großteil der drogenspezifischen Polizeiarbeit auf Fahndungen rund um Endkonsument*innen. Konsument*innen sind häufig Opfer einer Suchterkrankung oder anderer Einflüsse, die sie zum Konsum bewegen, während die Dealer Profit aus menschlichen Notlagen schlagen. Statt der Konsument*innen müssen Drogenhändler*innen rechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Dort sollte der Fokus der Kriminalarbeit liegen.
- **Legale Versorgung sowie Risikoberatung der Konsumierenden über zertifizierte Fachgeschäfte.** Um den Suchterkrankten und Konsument*innen ein möglichst geringes Konsumrisiko sicherzustellen, muss eine gute Versorgung mit legalen Rauschmitteln und Substitutionsmitteln gewährleistet sein. Dafür vorgesehene Anlaufstellen sind die besten Orte für Aufklärung und Risikoberatung.
- **Schwarzmarkt maximal eindämmen.** Während der Schwarzmarkt Konsument*innen den Gefahren verunreinigter Drogen aussetzt, fehlt es durch die nicht erfasste Schattenwirtschaft zugleich an belastbaren Daten zu Konsum und Konsument*innen in Deutschland. Eine Entkriminalisierung und die Einrichtung von Anlauf- und Ausgabestellen für Suchterkrankte können den Schwarzmarkt und die damit einhergehende Kriminalität eindämmen.

- **Naloxon-Programme ausbauen.** Naloxon kann bei Opioid-Überdosen Leben retten, deshalb setzen wir uns für einen kostenlosen Zugang, Schulungsangebote und eine breite Verfügbarkeit in Konsumräumen und Hilfseinrichtungen ein. Da Fentanylpulver innerhalb von Minuten zum Tode führt, wenn es eingeatmet wird, fordern wir, dass Naloxon-Nasensprays zur Grundausstattung der Polizei gehören, um im Fall von eingeatmetem Fentanyl (zum Beispiel im Rahmen von Razzien etc.) sofort lebensrettende Maßnahmen einleiten zu können.

Versorgung in der Schwangerschaft

Während die Geburtenrate immer weiter sinkt, werden die Gelder für Hebammen und Geburtsstationen weiter verringert und damit die Umstände für Schwangere und die, die es werden wollen, immer abschreckender. Die Situation der Hebammen sowie die Reduzierung von Geburtsstationen stellen für Schwangere sowie deren ungeborene Kinder ein erhebliches gesundheitliches und emotionales Risiko dar. Auch die Nachversorgung sowie die Bürokratie rund um das Kinderkriegen müssen nachvollziehbarer und barrierefreier gestaltet werden.

Die Linke fordert:

- **Fördertöpfe des Landes ausbauen.** Schwangere und Personen mit Kinderwunsch dürfen sich nicht die Frage stellen müssen, ob sie sich ein Kind und eine Geburt überhaupt leisten können. Die finanzielle Versorgung von Schwangeren, Hebammen und Geburtsstationen muss sichergestellt sein, überall, auch in ländlichen Regionen!
- **Vermehrtes Einrichten von Beratungsstellen.** Wer ein Kind bekommen möchte, sollte jederzeit auf Hilfs- und Beratungsangebote zurückgreifen können, die den Weg dorthin so barrierearm wie möglich gestalten. Von Unterstützung bei den bürokratischen Abläufen über das psychische Wohlbefinden der jungen Eltern bis zur Erstausstattung für Neugeborene sollte es Anlaufstellen in allen Kommunen geben.
- **Gesicherte Arbeitssituation für Hebammen.** Viele Hebammen geben ihren Beruf auf, weil sie die hohen Versicherungskosten nicht mehr tragen können. Die Linke setzt sich für eine Förderung des Hebammenberufs ein: kostenlose Ausbildung, Festanstellung in Krankenhäusern sowie Übernahme der Versicherung durch den Arbeitgeber.
- **Parkausweise für Hebammen im Einsatz.** Wenn eine Hebamme im Einsatz auf nicht dafür vorgesehenen Flächen parkt, hat das einen triftigen Grund und darf nicht zu Strafzetteln und Bußgeldern führen. Andere Bundesländer geben Hebammen dafür längst Parkausweise aus, Schleswig-Holstein muss flächendeckend nachziehen.

Geschlechtsspezifische Medizin

Im Gesundheitswesen sind Frauen und geschlechtliche Minderheiten nach wie vor strukturell benachteiligt. Ihre Beschwerden werden vermehrt nicht ausreichend ernst

genommen, wodurch falsche Behandlungen und Annahmen in der Medizin verursacht werden. Die Ausbildung in der Medizin beruht immer noch allzu oft auf Erkenntnissen an männlichen Probanden und der weibliche Zyklus wird seltenst in Studien zu Wirkungsweisen von Medikamenten und Therapien miteinbezogen. Zusätzlich stellen die hohen Kosten von Periodenprodukten sowie Verhütungsmitteln oftmals eine hohe finanzielle Belastung dar, gerade für Personen mit geringem Einkommen.

Die Linke fordert:

- **Kostenfreie und zugängliche Verhütungsmittel und Periodenprodukte.** Um allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, fordern wir den Ausbau der bedarfsorientierten Angebote kostenfreier Verhütungsmittel und Periodenprodukte in Schleswig-Holstein (s. Kapitel 04 – Soziales).
- **Medizin und Forschung für alle.** Bei Forschung und Entwicklung von Medikamenten und Therapien muss immer nachvollziehbar sein, ob diese für Frauen, Männer, intersexuelle und non-binäre Personen gleichermaßen genauso wirksam und verträglich oder gleich anzuwenden sind, um falsche Behandlungen und daraus resultierendes Leid zu verhindern.
- **Angebote der sexuellen Aufklärung für Jugendliche und junge Erwachsene.** Um allen Menschen ein Grundwissen mitzugeben, mit sich selbst, ihrer Sexualität und den damit verbundenen Besonderheiten umzugehen, fordern wir barrierefreie Beratungsangebote, die explizit junge Menschen ansprechen.

Pflege

Die Menschen werden älter und benötigen häufig mehr Pflege, gleichzeitig reduziert sich durch die sinkende Geburtenrate die Anzahl der Kinder, die ihre Eltern zu Hause betreuen können. Der Fachkräftemangel zeigt sich tagtäglich im Gesundheitswesen und gute Pflege wird im Alter für viele nur noch schwer bezahlbar. Daher ist es notwendig, insbesondere die kommunalen Institutionen der Altenpflege von Tageskliniken über betreutes Wohnen und generationsübergreifendes Wohnen bis hin zu stationären Pflegeeinrichtungen weiter auszubauen und zu stärken.

Die Linke fordert:

- **Ausbau und Stärkung der kommunalen Pflegeinfrastruktur.** Die Pflege muss in jeder Lebensphase und vor allem nach vielen Arbeitsjahren bezahlbar und menschenwürdig sein. Die Dienstleistung dahinter darf nicht durch Profitgier ausgeschlachtet werden, sondern muss kommunal organisiert für die Menschen gestaltet und sichergestellt werden.
- **Ausbau der Ausbildung zur Pflegefachkraft.** Um langfristig die Pflege sicherzustellen, muss die Ausbildung zur Pflegefachkraft attraktiver gestaltet und die dahingehenden Angebote ausgebaut werden. Wir brauchen zahlreiche gut ausgebildete Menschen, die sich um unsere Angehörigen und Lieben kümmern.
- **Veränderung des Pflegeschlüssels.** Damit die wenigen Pflegekräfte, die wir haben, auch noch länger in ihrem Beruf bleiben, müssen wir ihnen Last von den

Schultern nehmen und die Pflegeschlüssel dahingehend anpassen, dass mehr Pflegende für weniger Patient*innen zuständig sind. Überlastung ist nach wie vor die Hauptkritik der Pflegefachkräfte an ihrem Beruf.

- **Pflegende Angehörige entlasten.** Angehörige, die ihre Verwandten oder Partner*innen pflegen, müssen durch Beratung, Fördertöpfe und Unterstützung entlastet werden. Die Fürsorge im engen Umfeld sollte nicht auch noch durch Überlastung und den finanziellen Ruin bestraft werden.

Psychische Erkrankungen

Menschen mit psychischen Erkrankungen benötigen eine zeitnahe und langfristige Betreuung, jedoch sind die Therapieplätze nicht ausreichend, sodass Kassenpatient*innen oft viel zu lange warten müssen, bis sie sich in Behandlung begeben können. Daraus resultiert oft eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes, intensiverer Behandlungsbedarf und häufig mehr Leid für die Einzelperson und mehr Kosten für die Allgemeinheit als notwendig.

Die Linke fordert:

- **Mehr Kassenplätze.** Entgegen dem derzeitigen Trend der Koalition, die Versorgung mit Kassenplätzen für Psychotherapeut*innen durch Kürzungen weiter einzudämmen, fordern wir eine neue Bedarfserhebung, die sich an den tatsächlichen Behandlungsbedarfen orientiert und mit den praktizierenden Therapeut*innen abgestimmt wird.
- **Kürzere Wartezeit auf einen Therapieplatz.** Die bessere Versorgung mit Kassenplätzen und die Revidierung der Anpassung der Honorartabellen sollen langfristig eine Verkürzung der durchschnittlichen Wartezeiten sicherstellen. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf das Gefälle in der Versorgung zwischen Stadt und Land zu legen.
- **Kommunale psychiatrische Versorgung und Beratung.** In allen Kommunen soll es öffentlich finanzierte Hilfs- und Beratungsangebote geben, die psychisch Erkrankte dabei unterstützen, einen Weg in die Therapie zu finden, und die eine Grundversorgung sowie eine sichere Anlaufstelle für Betroffene gewährleisten.

Inklusion mitdenken – Ein Gesundheitssystem für alle!

Von komplizierten Fachbegriffen, komplex formulierten Sätzen bis hin zu physisch nicht barrierefreien Räumlichkeiten: Unsere Welt und unsere Gesellschaft sind nicht auf Inklusion ausgelegt und Menschen mit Behinderungen werden nach wie vor strukturell diskriminiert. Doch wir als Gesellschaft können nur funktionieren, wenn wir alle mitdenken. Ein Gesundheitssystem kann nur funktionieren, wenn es für alle ausgelegt ist. Inklusion muss überall mitgedacht werden, nicht als nettes Extra, sondern als elementarer Bestandteil.

Die Linke fordert:

- **Schutz vor Zwangssterilisation.** Es darf nicht zu Zwangssterilisierungen kommen. Ist eine Sterilisation medizinisch indiziert, muss vorab eine

unabhängige Beratung stattfinden.

- **Aufklärung in Leichter Sprache.** Aufklärungs- und Informationsmaterialien müssen auch in einfacher oder Leichter Sprache zur Verfügung gestellt werden, um den Zugang zu Informationen für alle Menschen gleichermaßen zu ermöglichen.
- **Melde- und Prüfungspflicht für Maßnahmen zur Selbstbestimmung.** Es sollen Maßnahmen zur Sicherstellung der Selbstbestimmung eingeführt werden, die durch eine Melde- und Prüfungspflicht regelmäßig evaluiert werden sollen.
- **Beratungsangebote ausbauen.** Insbesondere barrierefreie Informations- und Beratungsangebote müssen ausgebaut und gestärkt werden.

Spezialisierte und wohnortnahe Gesundheitsversorgung stärken

Eine gute Gesundheitsversorgung muss auch dann gewährleistet sein, wenn Menschen aufgrund seltener, komplexer oder anderweitig behandlungsintensiver Erkrankungen aller Art auf spezialisierte medizinische Expertise angewiesen sind. Gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein sind spezialisierte Angebote jedoch häufig, wenn überhaupt, nur an wenigen Standorten vorhanden. Lange Wartezeiten, weite Wege und das wiederholte Verweisen zwischen verschiedenen Fachrichtungen können dazu führen, dass notwendige Diagnostik und Behandlung erst nach Jahren erfolgen.

Für Menschen mit seltenen und komplexen Erkrankungen aller Art sorgen wir für mehr Sichtbarkeit, bessere Versorgung und mehr Forschung. Wir setzen auf gezielte Aufklärungskampagnen für alle Akteur*innen im Gesundheitswesen und in der breiten Bevölkerung. Spezialisierte und interdisziplinäre Versorgungsstrukturen sollen ausgebaut und dezentralisiert werden. Gleichzeitig wollen wir die medizinische und wissenschaftliche Forschung zu seltenen und komplexen Erkrankungen gezielt stärken. Eine vorschnelle Psychologisierung körperlicher Beschwerden muss verhindert werden. Körperliche Symptome müssen ernst genommen und medizinisch abgeklärt werden und dürfen nicht ohne ausreichende diagnostische Grundlage psychischen Ursachen zugeschrieben werden. Liegen passende somatische Befunde vor, müssen diese als ernstzunehmender diagnostischer Ansatz berücksichtigt und weiter abgeklärt werden, anstatt die Beschwerden vorschnell psychischen Ursachen zuzuschreiben und somit eine adäquate Behandlung zu verzögern.

Die Linke fordert:

- **Zentren für seltene und komplexe Erkrankungen ausbauen und dezentralisieren.** Bestehende Zentren für seltene Erkrankungen müssen gestärkt und durch zusätzliche regionale Strukturen ergänzt werden. Spezialisierte Expertise soll dabei weiterhin gebündelt werden können, gleichzeitig aber über verbindliche Netzwerke auch in der Fläche verfügbar sein.
- **Spezialisierte Versorgung interdisziplinär vernetzen.** Regionale Versorgungsangebote sollen eng mit überregionalen Zentren, spezialisierten Fachkliniken und der ambulanten Versorgung zusammenarbeiten. Dazu

gehören klare Überweisungswege, gemeinsame Fallkonferenzen, eine bessere Kommunikation zwischen den beteiligten Fachrichtungen sowie, wo sinnvoll, telemedizinische und digitale Angebote.

- **Ambulante Spezialfachärztliche Versorgung (ASV) konsequent nutzen.** Die Möglichkeiten der ASV nach § 116b SGB V müssen in Schleswig-Holstein stärker genutzt werden. Geeignete interdisziplinäre Teams sollen aufgebaut und zugelassen werden, damit Menschen mit bestimmten seltenen und komplexen Erkrankungen einen strukturierten Zugang zu spezialisierter Versorgung erhalten.
- **Ein landesweites Netzwerk spezialisierter Versorgung schaffen.** Regionale und überregionale Expertise muss verbindlich miteinander vernetzt werden. Dabei soll nicht jede spezialisierte Leistung an jedem Standort vorgehalten werden müssen. Entscheidend ist, dass Patient*innen unkompliziert Zugang zu der jeweils benötigten Expertise erhalten und die beteiligten Versorgungsstrukturen eng zusammenarbeiten.
- **Dezentrale psychiatrische Versorgung ausbauen.** Auch in der psychiatrischen Versorgung müssen flexible, regionale und aufsuchende Behandlungsangebote gestärkt werden. Dazu gehören insbesondere Home-Treatment sowie stationsäquivalente und vergleichbare intensive Behandlungsformen, die eine Behandlung im Lebensumfeld der Betroffenen ermöglichen können.
- **Bestehende gute Versorgungsmodelle sichern und übertragen.** Der Kreis Steinburg zeigt am Klinikum Itzehoe, wie eine regional ausgerichtete und flexible psychiatrische Versorgung gestaltet werden kann. Das Zentrum für Psychosoziale Medizin verbindet ambulante, teilstationäre, stationäre und aufsuchende Behandlungsangebote auf Grundlage eines Regionalen Psychiatriebudgets. Solche bestehenden Strukturen müssen erhalten, weiterentwickelt und als Vorbild für weitere Regionen Schleswig-Holsteins genutzt werden.
- **Lange Wartezeiten und Versorgungslücken bekämpfen.** Lange Wartezeiten, fehlende spezialisierte Angebote, weite Wege und das wiederholte Verweisen zwischen verschiedenen Fachrichtungen oder sogar innerhalb derselben dürfen nicht dazu führen, dass Menschen notwendige Diagnostik und Behandlung nicht oder erst nach Jahren erhalten. Unabhängig von Alter, Wohnort und Art des Versorgungsbedarfs muss ein zeitnaher Zugang zu qualifizierter und spezialisierter Versorgung gewährleistet sein.

06 Wirtschaft & Arbeit

Eine Wirtschaftspolitik der arbeitenden Klasse

Wir hören immer wieder, dass Deutschland über seine Verhältnisse lebt. Der Staat muss sparen, die Menschen müssen sich einschränken und gleichzeitig mehr arbeiten. Die Wahrheit ist das Gegenteil: Die arbeitende Klasse in Deutschland lebt seit Jahren unter ihren Verhältnissen! Der deutsche Exportüberschuss bedeutet, dass die Menschen in den Betrieben Jahr für Jahr mit harter Arbeit mehr produzieren, als sie selbst konsumieren. Dieses Exportmodell baut auf niedrigen Produktionskosten auf,

die nur durch über 30 Jahre stagnierende Löhne möglich waren. Es ist ein Modell im Interesse der Eigentümer von Betrieben und eine Misere für die, die in ihnen arbeiten.

Dieses Exportmodell hat jetzt keine Zukunft mehr. Energiepreise sind rapide gestiegen und China ist nicht mehr auf Importe aus Deutschland angewiesen wie früher. Die wirtschaftlichen Auswirkungen davon merken wir schon heute und wir haben die Wahl, ob die kommenden Veränderungen „by design“ oder „by disaster“ passieren. Besonders in einem strukturschwachen Flächenland wie Schleswig-Holstein braucht es eine aktive, staatliche Industriepolitik, um mehr gute, sichere Arbeitsplätze zu schaffen und starke Gewerkschaften höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Die aktuelle Krise kann auch in Schleswig-Holstein bewältigt werden, aber das bedeutet, dem privaten Kapital das Ruder aus der Hand zu reißen.

Die Linke fordert:

- **Gezielte Investitionen in Schlüsselindustrien, Technologie und Forschung.** Eine aktive staatliche Industriepolitik soll zum Erhalt und Ausbau von guten Arbeitsplätzen, insbesondere in strukturschwachen Regionen, sowie zur Diversifizierung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft beitragen. Mit strategischen Investitionen in Forschung und (Zukunfts-)Technologien wollen wir Schleswig-Holstein zu einem Wirtschaftsstandort der Zukunft machen. Diese öffentlichen Investitionen müssen zur Sicherung der Industrie und der Arbeitsplätze verwendet werden und nicht zur Sicherung von Konzerngewinnen.
- **Öffentliches Geld für öffentliches Eigentum.** Wir stehen für eine größere Rolle des Staates bei Investitionen. Öffentliche Investitionen, Subventionen und Rettungsschirme müssen aber in öffentlichen Unternehmensbeteiligungen resultieren und/oder an Beschäftigungsgarantien und den Ausbau der betrieblichen und gewerkschaftlichen Mitbestimmung geknüpft sein. Es darf nicht sein, dass die öffentliche Hand in schlechten Zeiten Risiken auf sich nimmt, aber die Gewinne in guten Zeiten dann in den Taschen privater Eigentümer landen.
- **Gezielte Anteilsgewinnung an Schlüsselbetrieben.** Das Land Schleswig-Holstein soll durch den gezielten Kauf von Anteilen wichtige Betriebe langfristig unter demokratische Kontrolle bringen. Öffentliche Betriebe sollen richtungsweisend für die Wirtschaft im Land werden: Sie sollen die industrielle Erneuerung vorantreiben und als Vorbildarbeitgeber ihre private Konkurrenz zum Anheben der Standards für ihre Beschäftigten bringen. Die erzielten Gewinne sollen vor Ort reinvestiert werden.
- **Zivile Produktion statt Waffen.** Die Rüstungsindustrie ist zurzeit einer der wenigen wachsenden Industriezweige. Viele Menschen finden heute dort Arbeit und wir verübeln es ihnen nicht. Die Beschäftigten sind nicht schuld an der Aufrüstung, sondern brauchten einfach nur einen Job. Aber die Rüstungsindustrie ist kein nachhaltiger Wachstumstreiber. Sie ist im Wesentlichen unproduktiv. Kriegsschiffe und Munition erhöhen niemandes Lebensstandard. Kapital und Fachkräfte, die dort eingesetzt werden, fehlen anderswo. Deshalb stehen wir als Linke für die Rüstungskonversion, also für

eine Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivile Produktion. So bleiben Arbeitsplätze für die Produktion gesellschaftlich nützlicher Dinge erhalten.

- **Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.** Das Land Schleswig-Holstein schafft einen Rekommunalisierungsfonds, auf den Kommunen zum Rückkauf von Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Krankenhäusern, Stadtwerken oder Nahverkehrsbetrieben, zugreifen können.

- **Die Vergesellschaftung der Übertragungsnetzbetreiber.** Das Stromnetz ist ein essenzieller Bestandteil unserer Energieversorgung. Gleichzeitig ist es ein Monopol, welches Gewinne erzielen soll und nicht ausschließlich unserer Versorgungssicherheit dient. Gerade in Zeiten steigender Energiekosten zahlen die Verbraucher*innen über die Netzentgelte die Rendite privater Eigentümer und Aktionäre. Damit muss Schluss sein.
- **Wirtschaften jenseits von Markt und Profit.** Wir schaffen die rechtlichen Rahmenbedingungen und finanzielle Anreize für solidarisches und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften, beispielsweise durch Kredite zur Übernahme von Betrieben durch ihre Beschäftigten. Wir wollen Gemeinschaftsprojekte, Genossenschaften, Kollektivbetriebe und öffentliche Infrastruktur gezielt und nachhaltig fördern.
- **Schaffung einer Arbeitskammer.** Wir werden unter enger Beteiligung der Gewerkschaften prüfen, ob für das Land Schleswig-Holstein eine Arbeitskammer geschaffen werden soll. In den Bundesländern Bremen und Saarland sowie in den Ländern Österreich und Luxemburg gibt es solche Kammern bereits. Sie gestalten die Berufsausbildung und Qualifizierungen mit, beraten, forschen und werden bei Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Eine solche Kammer kommt nur in Betracht, wenn sichergestellt ist, dass sie die bestehenden Arbeitnehmervertretungen nicht schwächt.

Guter Lohn für gute Arbeit!

Profitinteressen von Unternehmen verursachen seit Jahren stagnierende Löhne und explodierende Preise. Anreize für Niedriglöhne und extreme Preissteigerungen müssen abgeschafft werden. Die Menschen brauchen endlich wieder Löhne, die für ein gutes Leben reichen.

Die Linke fordert:

- **Wiedereinführung eines Tariftreuegesetzes.** Die CDU-geführte Landesregierung schaffte die Tariftreueregelung 2019 unter fadenscheinigen Argumenten ab. Damit öffentliche Gelder künftig nicht länger Lohn- und Arbeitsrechtedumping finanzieren, müssen wir sie wieder an tarifliche Arbeitsentgelte und -bedingungen binden und die Abschaffung rückgängig machen. Teil dieses Gesetzes muss zudem die Einführung eines vergabespezifischen Mindestlohns sein.
- **Staatliche Unterstützung nur für Gegenleistung.** Öffentliche Gelder, egal ob Hilfszahlungen oder Subventionen, sollen an langfristige

Beschäftigungsgarantien, Standortverpflichtungen, Investitionen und den Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung gebunden werden.

- **Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.** Die Tarifbindung in Deutschland sinkt zum Leidwesen arbeitender Menschen seit Jahrzehnten. Bundesländer können Tarifverträge in einer Branche für allgemeinverbindlich erklären, wie vor kurzem im Hotel- und Gaststättengewerbe. Von diesem Instrument wird zu wenig Gebrauch gemacht. Wir setzen uns deshalb dafür ein, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, wenn die zuständige Gewerkschaft das auch fordert.
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.** Die Abwertung der Arbeit einzelner Personen muss endlich ein Ende haben. Wer in Schleswig-Holstein arbeitet, soll sich damit den gleichen Lohn und die gleichen Chancen wie alle verdienen.
- **Betriebliche Mitbestimmung schützen.** Es soll eine Taskforce innerhalb der Staatsanwaltschaft zur gezielten Verfolgung der systematischen Bekämpfung von Gewerkschafts- und Betriebsarbeit und der kollektiven betrieblichen Mitbestimmung (sogenanntes „Union Busting“) eingeführt werden.
- **Weiterbildung fördern.** Dafür braucht es die Einführung eines Weiterqualifizierungsgeldes in Höhe von 90 % des letzten Gehalts für die Zeit der Weiterbildung.
- **Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung.** Betriebsratswahlen müssen einfacher werden und Gewerkschaften müssen verlässlich Zugang bekommen, insbesondere auch digital. Die Rechte der Betriebs- und Personalräte müssen ausgebaut werden. Sie brauchen qualifizierte Veto-Rechte. Deshalb setzen wir uns für eine entsprechende Reform des Betriebsverfassungsgesetzes ein.
- **Konsequente Preiskontrollen.** Ein „Anti-Abzock-Amt“ soll künftig die Gestaltung der Marktpreise kontrollieren und bei ungerechtfertigter Preisentwicklung eingreifen können.
- **Der 3. November soll gesetzlicher Feiertag in Schleswig-Holstein werden!** Am 3. November 1918 rebellierten die Matrosen in Kiel und dann im ganzen Reich gegen die Fortsetzung des 1. Weltkrieges, gegen Hunger und Tod und für den Frieden der Menschen. Sie lösten damit die Novemberrevolution aus. Die Arbeiter*innen und Soldaten kämpften als Klasse gegen ihre Unterdrücker, gegen Kapital und Kaiserreich, für Menschenrechte. Diese Revolution legte den Grundstein für gleiche Rechte von Frauen und Männern und legte den Acht-Stunden-Tag als tägliche höchste reguläre Arbeitszeit fest.
- **Stärkung des staatlichen Arbeitsschutzes und Erhöhung der Kontrollquote.** Das Landesamt für Arbeitsschutz, Soziales und Gesundheit soll als Aufsichtsbehörde unter anderem Betriebsbesichtigungen durchführen und Arbeitsstätten kontrollieren. Dennoch wird in der Praxis zu oft geltendes Recht gebrochen, sei es beispielsweise durch Verletzung von Arbeitszeitvorschriften oder fehlende oder unzureichende Arbeitsschutzmaßnahmen. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Kontrollen in den Betrieben zunehmen und Verstöße konsequent geahndet werden.

- **Arbeitsfreier Sonntag und Erhalt des Acht-Stunden-Tages.** Keine Ausweitung der Sonntagsöffnungen in Schleswig-Holstein. Erhalt des grundsätzlich arbeitsfreien Sonntags, wie ihn das Grundgesetz vorsieht. Erhalt des gesetzlichen Acht-Stunden-Tages.

Segel setzen für die maritime Wirtschaft!

Das Leben am Meer geht für viele Menschen in Schleswig-Holstein mit der Arbeit in der maritimen Wirtschaft einher. Vom Tourismus und Handel über Offshore-Energie bis hin zum Boots- und Schiffbau: Die maritime Wirtschaft ist eine der Schlagadern der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Um zukunftsfähig zu werden, müssen wir ebenjene, im Interesse der Beschäftigten, stärken. Eine nachhaltige Entwicklung und damit auch eine Sicherung der Arbeitsplätze in der maritimen Wirtschaft können nur in Verbindung mit dem Küstenschutz erreicht werden.

Die Linke fordert:

- **Häfen müssen erhalten bleiben und ausgebaut werden.** Gerade Handel und die Energiewende sind auf Häfen, auch kleinere Häfen, angewiesen. Häfen müssen außerdem tarifgebunden sein. Es ist absurd, dass öffentliche Betriebe, wie der Kieler Hafen, nicht nach Tarif bezahlen.
- **Konsequente Förderung der Forschung und des Ausbaus der Offshore-Energie.** Als Land zwischen den Meeren müssen wir ein Vorreiter in der Energiewende werden. Nur mit dem Ausstieg aus der fossilen Energie können wir unseren Planeten auch für kommende Generationen erhalten und Energie wieder bezahlbar machen. Offshore-Energie ist hierbei unser Schlüsselelement in einem Produktionsmix verschiedener erneuerbarer Energiequellen.
- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen.** Ob auf See, im Hafen oder in der Werfthalle: Schichtdienst, Saisonarbeit und körperliche Belastung prägen die Arbeit in der maritimen Wirtschaft, und wer sie macht, verdient dafür verlässliche Bedingungen, unbefristete Arbeitsverträge und ausreichende Vergütungen.
- **Tarifliche Strukturierung der Ausbildung zum Bootsbauer.** Die schlechte Bezahlung der Auszubildenden im Bootsbau ist Folge der fehlenden tariflichen Bindung durch die Innung der Bootsbauer. Auch ausgelernte Gesell*innen verlassen den Beruf häufig aufgrund der zu niedrigen Löhne.
- **Erhalt und Förderung des Küstenschutzes.** Häfen, Strände, Deiche: All das sind wichtige Bereiche zum Schutz Schleswig-Holsteins. Es sind Bereiche der Wirtschaft und Orte der Begegnung für viele Schleswig-Holsteiner*innen. Sie sind jedoch einer ständigen Abnutzung durch Wind und das Meer ausgesetzt, die Klimakrise befeuert die Erosion unserer Küsten noch weiter.

Finanzen

Die Regierungen in Bund und Land streichen im großen Stil staatliche Leistungen, um selbstverschuldete Haushaltslöcher zu schließen. So werden die Kosten der

momentanen Krise auf diejenigen abgewälzt, die jeden Tag schuften, während die Überreichen unangetastet bleiben. Statt der schleppenden Wirtschaft durch gezielte staatliche Investitionen auf die Beine zu helfen und unseren Sozialstaat ausreichend zu finanzieren, wird in die Krise hineingespart. Die Regierenden beugen sich so vor den Interessen der Überreichen und sich selbstauferlegten Sparzwängen wie der Schuldenbremse. Wir gehen einen anderen Weg: Wir holen das nötige Geld für ein funktionierendes Gemeinwesen von denjenigen zurück, die ihre Vermögen in den letzten Jahren auf unserem Rücken vervielfacht haben.

Wir brauchen dringend eine Umverteilung des bestehenden Reichtums von oben nach unten: Überreiche müssen endlich fair am Sozialstaat beteiligt werden, beispielsweise durch die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und eine gerechte Reform der Erbschaftssteuer. Seit Jahren entgehen dem Land Milliarden, weil sich der Staat nicht das Geld bei denen holt, die von der harten Arbeit der Menschen in diesem Land leben.

Und wir müssen über die Schuldenbremse reden. Seit ihrer Einführung hemmt sie öffentliche Investitionen. Der öffentliche Investitionsrückstand liegt bundesweit bei gut 600 Milliarden Euro für die kommenden zehn Jahre. Und auch für Schleswig-Holstein ist von einem Investitionsstau in zweistelliger Milliardenhöhe auszugehen. Ein handlungsfähiger Staat aber muss die finanziellen Mittel haben, um in die Zukunft, in Schulen, Krankenhäuser und gute Arbeit investieren zu können. Deshalb setzen wir uns für die Abschaffung der Schuldenbremse sowohl im Bund als auch in Schleswig-Holstein ein, damit unser Land und unsere Kommunen wieder atmen und investieren können.

Uns ist bewusst, dass ein Gros der steuerpolitischen Vorschläge eine Bundesgesetzgebung voraussetzt. Deshalb wollen wir uns über entsprechende Bundesratsinitiativen für folgende Forderungen einsetzen.

Die Linke fordert:

- **Wiedererhebung der Vermögenssteuer.** Für das Land Schleswig-Holstein könnten einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge allein dadurch jährliche Mehreinnahmen von 3,7 Milliarden Euro entstehen.
- **Gerechte Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer.** Für Schleswig-Holstein könnte das zusätzlich bis zu 500 Millionen Euro jährlich bedeuten (eigene Berechnung).
- **Einführung einer Übergewinnsteuer** (je nach Modell deutschlandweit für 2022 bis zu 101,7 Milliarden Euro, Rosa-Luxemburg-Stiftung).
- **Neuaushandlung der Anteile am gemeinsamen Steueraufkommen.** Während die Einnahmen aus einzelnen Steuern entweder dem Bund, den Ländern oder den Kommunen zustehen, haben alle drei Akteure anteilig Anrecht auf die Einnahmen aus der Einkommens-, der Umsatz-, der Abgeltungs- und der Körperschaftssteuer. Wir wollen die Anteile der unterschiedlichen Akteure und Steuern zugunsten der Länder und Kommunen neu verhandeln.
- **Anpassung des Länderfinanzausgleichs** zugunsten strukturschwächerer Bundesländer.

- **Ausbau von Steuerprüfungen.** Durchschnittlich werden in Schleswig-Holstein Großunternehmen alle fünf, Mittelbetriebe alle zehn, Kleinunternehmen alle zwanzig Jahre kontrolliert. Diese Quoten sind eine Einladung für alle, die Steuervermeidung und -flucht betreiben, und ein Wettbewerbsnachteil für alle, die ordnungsgemäß ihren Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Keine Berufsgruppe im öffentlichen Dienst amortisiert den Personaleinsatz so schnell wie Steuerfahnder*innen – darum möchten wir die Steuerfahndung deutlich verstärken.
- **Kein Cent weniger.** Wir stellen uns gegen alle Gesetze, die das Steueraufkommen und die Finanzlage von Ländern und Kommunen verschlechtern, ohne dass es einen gleichwertigen Ausgleich gibt.
- **Schuldenbremse ade.** Für die anstehenden Milliardeninvestitionen in die öffentliche Infrastruktur und die Wiederbelebung der Industrie braucht es jede Menge Geld. Weil das reguläre Steueraufkommen für konsumtive Ausgaben eingesetzt werden soll, können die dringend notwendigen Investitionen nur schuldenfinanziert werden. Darum fordern wir die Abschaffung der Schuldenbremse im Bund und die Streichung der Schuldenbremse aus der Landesverfassung.
- **Landesfonds zur Rekommunalisierung einrichten.** Um Kommunen bei der Überführung zuvor privatisierter Unternehmen und Bestände in gemeinwohlorientierte Trägerschaft zu unterstützen, muss das Land einen entsprechenden Fonds auflegen. Egal ob Wohnungsbestände, Energieversorgung, Nahverkehr oder andere Bereiche der Daseinsvorsorge: Der (Rück-)Kauf in die öffentliche Hand darf nicht an den Finanzen der Kommunen scheitern.

07 Erneuerbare Energie – bezahlbar – in Bürgerhand

Erneuerbare Energien sind die Energien der Zukunft und der wichtigste Schritt zur Eindämmung des menschengemachten Klimawandels. Schleswig-Holstein hat durch seine topographischen Gegebenheiten und bereits vorhandene Projekte großes Potential und damit eine besondere Verantwortung in diesem Bereich. Die Transformation soll schnell und vor allem im Sinne der Bürger*innen und Arbeiter*innen geschehen.

Es muss anerkannt werden, dass viele richtungsweisende Entscheidungen zu Energie und Klimafragen nicht in Schleswig-Holstein, sondern auf Bundes- oder EU-Ebene getroffen werden. Doch über den Bundesrat und den besonderen Einfluss von Deutschland auf die EU kann die Regierung aus Kiel direkt Einfluss auf diese Entscheidungen ausüben.

Energie bezahlbar machen

Die Linke steht für eine Energieversorgung, die nicht Konzerngewinne maximiert, sondern sicheren, sauberen und bezahlbaren Strom für das Leben und die Arbeit aller

Menschen liefert. Wärme und Strom sind unverzichtbarer Bestandteil unser aller Leben, der Zugang dazu darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir wollen eine Energieversorgung, mit der sich niemand zwischen einer warmen Mahlzeit und einer warmen Wohnung entscheiden muss. Gleichzeitig ist bezahlbare Energie unverzichtbar für eine starke Wirtschaft und eine zukunftsträchtige Industrie.

Die Linke fordert:

- **Sozial gestaffelte Sockeltarife.** Um die Energiekosten solidarisch zu verteilen, setzen wir auf eine günstige Grundversorgung für Durchschnittsverbraucher*innen und höhere Tarife für luxuriösen Vielverbrauch.
- **Gesetzliches Verbot von Strom- und Gassperren.** Menschen, die Strom- und Gasrechnungen nicht bezahlen, tun dies, weil sie es sich nicht leisten können, nicht weil sie es nicht wollen. Strom- und Gassperren sind unmenschlich und verstärken Existenzängste.
- **Unterstützung von Mieterstromprojekten.** Damit alle Mieter*innen von der Energiewende profitieren, streben wir einen deutlichen Anstieg bei der installierten Leistung von Solarenergie auf großen Dachflächen, auch bei Mehrparteienhäusern an. Dafür ist unter anderem auch eine Reform der Regularien unumgänglich.
- **Förderung von Bürgergenossenschaften.** Die Energiewende soll dezentral und bürgernah geschehen. Der beste Weg dazu ist die Stromerzeugung in Bürgerhand zu geben. Durch Genossenschaften fließt das Geld aus der Energiewirtschaft nicht an große Konzerne, sondern zur Bevölkerung. Zusätzlich wird so die Akzeptanz für den Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich erhöht. Dazu soll auch die Hürde zum Gründen von Genossenschaften sinken, zum Beispiel durch staatliche Pachtverträge und zinslose Kredite.

Erneuerbare Energie in Schleswig-Holstein

Erneuerbare Energien sind nicht nur klimafreundlich, sondern schon jetzt mit Abstand am günstigsten und sichersten. Das Stromnetz ist der wichtigste Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität. Wir werden nicht zulassen, dass die Energiewende weiter durch Lobbyist*innen zugunsten fossiler Konzerne ausgebremst wird. Schleswig-Holstein hat durch seine flachen Landschaften und seinen Meereszugang die idealen Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Die Linke fordert:

- **Kommunen und Land als Betreiber von Energieparks.** Die Energiewende kann nur gelingen, wenn wir die Stromproduktion von den Profitinteressen privater Unternehmen lösen. Dazu soll es öffentlich geführte Stadtwerke und Energieerzeuger geben. Zum Erreichen dieser Vision wird der Auf- und Ausbau bereits bestehender öffentlicher Strukturen sowie die Enteignung privater Unternehmen notwendig sein.
- **Pflichtbeteiligung der Standortgemeinden an Gewinnen aus Windkraft (mindestens 0,2 ct/kWh).** Dies wird zur besseren Finanzierung der Kommunen

beitragen, die Akzeptanz von Windkraft in der Bevölkerung erhöhen und einen Anreiz zum schnelleren Ausbau bieten.

- **Kombinierte Anlagen zur Energiegewinnung unterstützen.** Das Kombinieren unterschiedlicher Anlagetypen, zum Beispiel gemischte Wind- und Solarparks, erhöht die Netzauslastung und reduziert die Schwankungen im Stromnetz.
- **Ausbau von Netzinfrastruktur in öffentlicher Hand.** Die Umstellung von einem zentralen zu einem dezentralen Stromnetz ist derzeit der Flaschenhals der Energiewende. Private Netzbetreiber haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie weder willens noch in der Lage sind, die erneuerbaren Energien angemessen zu unterstützen. Daher müssen Stromnetze als zentraler Bestandteil der öffentlichen Infrastruktur wieder in öffentliche Hand. Als Küstenland bildet Schleswig-Holstein die Brücke zu vielen europäischen und internationalen Partnern, mit denen eine Vernetzung in der Energieverteilung unabdingbar ist. Daher kommt uns beim Netzausbau eine besondere Verantwortung zu. Der Ausbau der Stromtrassen und Verteilernetze muss für Land und Kommunen oberste Priorität haben.
- **Initiative für Energiegroßspeicher.** Als Teil des Netzausbaus sind neue Großspeicher unumgänglich. Dabei setzen wir sowohl auf bewährte Technologie wie Batterieblock- und Pumpspeicher als auch auf neue Methoden wie etwa Wasserstofftanks.
- **Initiative zum Ausbau der erneuerbaren Energien auf See.** Aufgrund des Missmanagements privater Unternehmen ist der Ausbau der Windkraft und auch anderer erneuerbarer Energien im Offshore-Segment in den letzten Jahren nahezu zum Erliegen gekommen. Öffentliche Investitionen und eine nachhaltige Finanzierung können die Energiewende voranbringen und einen wichtigen Beitrag zur Umnutzung von militärischen Werften und Produktionsanlagen leisten.
- **Forschungsförderung an Universitäten und Hochschulen.** Die Energieversorgung ist eine der zentralen Menschheitsfragen. Die Linke begrüßt innovative Ansätze und Optimierungen bei Energieerzeugung und Speicherung. Nicht um Gespenstern hinterherzujagen, sondern um bestehende Technologie zu verbessern und zu ergänzen.

Wärmewende

Nah- und Fernwärmenetze sind ein wichtiger Bestandteil klimaneutraler Heizkonzepte. Wärmenetze sind eine gute Möglichkeit zur Abkehr von teurem Gas oder anderen fossilen Brennstoffen. Das Marktversagen der letzten Jahre hat gezeigt, welch große Herausforderungen uns auf dem Weg zu einer sicheren, sauberen und bezahlbaren Wärmeversorgung bevorstehen. Die gesamte Wärmewende muss sozial gerecht und zugunsten der Bürger*innen ablaufen.

Die Linke fordert:

- **Wärmenetze in öffentliche Hand.** Private Betreiber haben in den Krisen der letzten Jahre nicht nur den Ausbau verzögert, sondern haben auch von den Preisexplosionen profitiert und zu ihnen beigetragen. Nah- und

Fernwärmenetze gehören in die Hand von Kommunen und Land, wo sie gemeinnützig zu betreiben sind.
- **Schneller Netzausbau.** Wir befinden uns in der Zeit der Transformation, in der unsere Infrastruktur von fossiler zu nachhaltiger Nutzung umgebaut wird. Damit dürfen die unterfinanzierten Kommunen nicht allein gelassen werden. Landesweite Initiativen sind unumgänglich.
- **Sozial gerechter Heizungstausch und Dämmung.** Der Wechsel von fossilen Heizkörpern hin zu Fernwärme, Wärmepumpen oder anderer nachhaltiger Technologie sowie bessere Wärmeisolation darf niemals zum Nachteil für Mieter*innen werden. Weder darf dies höhere Mieten begründen noch dürfen die Kosten auf die Mieter*innen abgewälzt werden. Die geringeren Betriebskosten durch nachhaltige Technologie dürfen nicht von Vermieter*innen einbehalten werden, sondern sind an die Mieter*innen weiterzugeben. Bei Eigenheimbesitz sind sozial gestaffelte Fördermodelle zu finden.

Übergewinne und Kraftstoffe

Energiekonzerne haben die Krisen der letzten Jahre zur Gewinnmaximierung genutzt und obszöne Gewinne mit Kraftstoffen gemacht. Während immer mehr Haushalte in die Armut rutschten, machten einige wenige Großkonzerne Rekordgewinne. Wir werden diese Ungerechtigkeit rückgängig machen und Übergewinne zurückholen.

Die Linke fordert:

- **Transparenz bei der Preisbildung und Übergewinnen.** Mineralölkonzerne müssen offenlegen, wie ihre Preise zustande kommen. Unbegründete Preiserhöhungen sind über eine Übergewinnsteuer abzuführen.
- **Umbau der Infrastruktur.** Die über die Übergewinnsteuer eingenommenen Mittel sind zum Umbau unserer Wirtschaft hin zur Klimaneutralität und weg von der Abhängigkeit fossiler Energieimporte zu verwenden.
- **Kraftstoffversorgung als öffentliche Infrastruktur.** Die Linke sieht die Kraftstoffversorgung als öffentliche Infrastruktur, die in öffentlicher Verantwortung organisiert werden sollte. Wo immer möglich, sind Mineralölkonzerne als Mittel dazu zu enteignen.

Sozialökologischer Umbau

Die Transformation weg von einer fossilen Gegenwart hin zu einer nachhaltigen Zukunft ist das größte Projekt, vor dem die Menschheit je gestanden hat. Solange dieser Umbau unter Marktlogik abläuft, werden die abhängig Beschäftigten die Verlierer*innen und die großen Konzerne die Profiteure sein. Wir planen eine Transformation, die zugunsten von Erde und Arbeiter*innen abläuft, die uns Gesundheit, Frieden und Gerechtigkeit bringen wird.

Die Linke fordert:

- **Umschulungen für Beschäftigte in fossilen Branchen.** Mit dem ökologischen Umbau werden sich auch die Jobs verändern, denen wir als Gesellschaft nachgehen. Für jene, die derzeit in nicht nachhaltigen Unternehmen arbeiten, muss es kostenlose Umschulungen hin zu nachhaltigem Wirtschaften und Unterstützung bei der Berufsfindung geben.
- **Gezielte Investitionen und öffentliche Unternehmen.** Damit der Umbau unserer Wirtschaft schnell genug vorangeht, darf er nicht dem freien Markt überlassen werden. Es braucht gezielte Investitionen in zukunftsweisende Branchen, wie nachhaltige Energie, Technologie, Schienen- und Anlagenbau etc., um unsere Wirtschaft zukunftsfähig werden zu lassen. Hierzu können auch private Unternehmen, die dafür entscheidend sind, in die öffentliche Hand überführt werden.
- **Bürgerbeteiligung und Genossenschaften.** Diese Transformation kann nur mit, nicht gegen die Menschen erfolgreich sein. Ein wichtiger Faktor wird dabei sein, die Belegschaften, Gemeinden und Bürger*innen an den Gewinnen zu beteiligen. Dies kann in Form von Belegschaftsbeteiligungen, Genossenschaften oder anderen Organisationsformen stattfinden.

Küsten- und Klimaschutz

Die Folgen des Klimawandels sind heute Realität. Steigender Meeresspiegel, Extremwetter und Hitzewellen haben verheerende Folgen für die Menschen in Schleswig-Holstein. Maßnahmen dagegen zu ergreifen ist eine viel zu sehr vernachlässigte Aufgabe. Doch die wichtigste Anpassungsmaßnahme ist nach wie vor die Klimaneutralität.

Die Linke fordert:

- **Einrichtung eines Klimaanpassungsfonds Schleswig-Holstein.** Um gefährdete Landstriche wirksam zu schützen, darf Klimaanpassung nicht den unterfinanzierten Kommunen überlassen werden. Es braucht ein gut finanziertes Landesprogramm, um Küstengemeinden vor Fluten, dicht besiedelte Städte vor Hitze und Dörfer vor Starkregen zu schützen.
- **Frühwarnsysteme ausbauen.** Eine frühe Reaktion auf Extremwetter rettet Leben. Es braucht wirksame meteorologische Instrumente, um Gefahren frühzeitig zu erkennen und reagieren zu können.
- **Kein Neubau in hochwassergefährdeten Zonen.** Oft genug haben wir gesehen, wie Menschen und Häuser unter den Fluten des Hochwassers verschwinden. Zur Sicherheit der Menschen in Schleswig-Holstein darf es keinen Neubau in besonders gefährdeten Gebieten geben.

08 Agrar und Umwelt – Das Land zwischen den Meeren nachhaltig schützen!

Schleswig-Holstein ist geprägt von der Lage zwischen Nord- und Ostsee, dem Wattenmeer und einer Hügellandschaft mit Wald, Wiesen, Feldern und Seen. Um diese Natur zu erhalten und auch für kommende Generationen nachhaltig zu schützen, wird es darauf ankommen, die Risiken der Klima- und Biodiversitätskrise entscheidend zu verringern. Das wollen wir verantwortungsbewusst und mit dem Wissen um planetare und ökologische Grenzen tun. Denn wir verlieren unsere natürlichen Lebensgrundlagen, wenn nicht grundlegende Veränderungen im Umgang mit der Natur stattfinden! Gleichzeitig müssen wir anerkennen, dass es durch Umweltschutzmaßnahmen, Infrastrukturausbau, Ausbau von Wind- und Solarenergie, Landwirtschaft, Tourismus sowie Industrieansiedlungen unweigerlich zu Interessen- und Nutzungskonflikten kommt. Nachhaltige Entwicklung bedeutet für uns, diese Konflikte nicht gegeneinander auszuspielen, sondern gemeinsam Lösungen zu finden, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen und zugleich Raum für Wohnen, Wirtschaft, Energie und Mobilität schaffen.

Landwirtschaft

Schleswig-Holstein ist ein Flächenland, das stark durch die Landwirtschaft geprägt ist. 70 % unserer Landesfläche in Schleswig-Holstein wird agrarisch genutzt, davon allerdings nur 8 % durch ökologischen Landbau. Das ist ein sehr niedriger Anteil im Vergleich zu anderen Bundesländern. Die Landwirtschaft ist ein Schlüsselfaktor für den Umwelt- und Klimaschutz. Allerdings stehen die landwirtschaftlichen Betriebe unter sehr großem Druck. Auf der einen Seite müssen sie klimaschädliche Emissionen senken, bessere Löhne zahlen, tierfreundlicher werden, weniger Pestizide und Düngemittel nutzen sowie die Biodiversität stärken. Auf der anderen Seite stehen große wirtschaftliche Probleme, die solche Maßnahmen teilweise verunmöglichen: sinkende Verkaufspreise, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Ernteeinbußen durch Extremwetterereignisse und hohe Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen, die sich nur noch große Betriebe leisten können. Die Folge ist ein Höfesterben sowie die Übernahme von Flächen und Betrieben durch Investoren, wodurch Gewinne aus den ländlichen Räumen zu den Konzernzentralen abfließen. Wir möchten zeigen, dass sich Umweltschutz und Lebensmittelproduktion in der Landwirtschaft vereinen lassen. Unsere Vision ist eine Landwirtschaft, die auch kleinen Höfen eine wirtschaftliche Zukunft und ihren Beschäftigten gute Löhne und Arbeitsbedingungen ermöglicht, Umwelt und Klima schützt sowie Tiere artgerecht hält.

Die Linke fordert:

- **Ein Landesbodenfonds, der gezielt sowohl landwirtschaftlich nutzbare als auch ökologisch wertvolle Flächen ankauft.** Damit kann das Land landwirtschaftliche Flächen günstig an die Betriebe verpachten sowie Flächen für Naturschutzmaßnahmen sichern.
- **Agrarstrukturgesetz** zur Bodenregulierung und Vermeidung von sogenannten Share Deals, das heißt indirekte Landkäufe durch Investoren unter Vermeidung

der Grunderwerbsteuer und dadurch Benachteiligung von Landwirt*innen.

- **Preiskontrollen und Mindesterzeugerpreise.** So schützen wir Landwirt*innen, insbesondere von kleinen und mittleren Betrieben, vor zu niedrigen Verkaufspreisen, die von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen durch ihre Marktmacht erzwungen werden.
- **Gute Arbeitsbedingungen und Einkommen.** Wir wollen flächendeckende Tarifverträge in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, mit Mindestlohn und Sozialversicherung auch für Saisonkräfte.
- **Förderung des ökologischen Landbaus.** Anreize schaffen für Entwicklungen im Bereich Agrarökologie und innovativer Landwirtschaftsmodelle, Aufbau lebendiger Bodenstrukturen zur Speicherung von Wasser und CO2. Flächenförderung für ökologisch arbeitende Betriebe. Zusammenarbeit mit der Universität Kiel. Anpassung von Ausbildungsinhalten für Landwirt*innen.
- **Bezahlbares und gesundes Essen für alle.** Gute Ernährung ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wir fordern eine Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel sowie wirksame Kontrollen, sodass die Steuersenkung an die Verbraucher*innen weitergegeben wird. Zusätzlich fordern wir die Erhöhung des Bio-Anteils in der Außer-Haus-Verpflegung (Schulen, Kitas, Kantinen, Krankenhäuser, Pflegeheime unter anderem) auf 30 % bis 2035. (In Dänemark liegt der Bio-Anteil in der öffentlichen Verpflegung bei 80 %).
- **Umbau von Betrieben hin zur Nachhaltigkeit.** Hierfür müssen die Betriebe gezielt finanziell unterstützt, beraten und begleitet werden. Zusätzlich müssen die EU-Agrarsubventionen angepasst werden, sodass Mittel hauptsächlich anhand von Nachhaltigkeitskriterien ausgeschüttet werden.
- **Reduktion von Pestiziden sowie Stickstoff- und Phosphoreinträgen.** Ein Übermaß an Pestiziden und Düngemitteln gefährdet die Artenvielfalt, unsere Böden und Gewässer. Obergrenzen und mehr nachhaltige landwirtschaftliche Betriebe tragen zur Stabilität unserer Ökosysteme bei. Außerdem soll die Wasserrahmenrichtlinie eingehalten werden. Landwirtschaftliche Betriebe sollen gegen eventuelle Ernteausfälle abgesichert werden.
- **Resilienz gegen Extremwetterereignisse steigern.** Landwirt*innen sollen unterstützt werden, ihre Betriebe resilienter gegen Extremwetterereignisse aufzustellen.
- **Tierwohl in der Landwirtschaft.** Die Tierhaltung soll artgerecht umgebaut werden.
- **Hilfe für Übernahme von Höfen.** Höfe und landwirtschaftliche Betriebe, die keine Nachfolger*innen finden, sollen bei der Suche oder der Umwandlung in genossenschaftliche oder solidarische Strukturen unterstützt werden.
- **Moore renaturieren.** Als wichtiger Bestandteil des Klimaschutzes fordern wir die Renaturierung möglichst vieler Moore. Hierbei sollen mit der Landwirtschaft Umsetzungsmöglichkeiten und Förderprogramme für den Aufbau von Paludikulturen (land- und forstwirtschaftliche Nutzung nasser Moorstandorte) entwickelt werden.
- **Ausbau von Agri-Photovoltaik.** Damit ermöglichen wir eine doppelte Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen zur erneuerbaren Energieproduktion und zur Landwirtschaft. Außerdem werden Flächenkonkurrenzen mit der Freiflächen-

Photovoltaik vermindert und landwirtschaftliche Betriebe erhalten ein weiteres wirtschaftliches Standbein.

Uns ist bewusst, dass der Kern der Landwirtschaftspolitik auf EU-Ebene mittels der Gemeinsamen Agrarpolitik gesteuert wird. Dort, wo die EU oder der Bund zuständig sind, soll sich das Land über den Bundesrat für die oben genannten Ziele einsetzen. Außerdem ist eine produktive und flächeneffiziente Landwirtschaft, die sich auch industrieller Werkzeuge bedient, sowie ein verringerter Flächenverbrauch von Siedlungsbereichen Voraussetzung für flächenintensive Umweltschutz- und Renaturierungsmaßnahmen.

Gewässer- und Meeresschutz

Schon lange sind Nord- und Ostsee sowie Flüsse, Kanäle und Seen mehr als nur Tourismusattraktionen für Schleswig-Holsteiner*innen und Freund*innen. Als Land zwischen den Meeren tragen wir für unsere Gewässer eine große Verantwortung. Neben den wirtschaftlichen Aspekten, die über 1.110 Kilometer Küste mit sich bringen, müssen wir unserer Verantwortung für die Meere und ihren Schutz gerecht werden, um sie in ihrer Schönheit und Funktion zu erhalten.

Die Linke fordert:

- **Maßnahmen gegen Überfischung und für den Schutz mariner Lebensräume.** Wo Bestände über Jahrzehnte leergefischt werden, verschwinden am Ende nicht nur die Fische, sondern auch die Betriebe, die von ihnen leben. Zusammen mit den ortsansässigen Fischer*innen sollen Fangquoten und Schutzgebiete entwickelt werden.
- **Munitionsaltlasten in der Ostsee gezielt orten, bergen und entsorgen.** Hierfür sollen Bundesmittel eingefordert werden und Naturschutzgebiete in Schleswig-Holstein ausgeweitet und wirksam geschützt werden.
- **Stilllegung von Mittelplate.** Die Ölförderung im Wattenmeer muss beendet werden.

Der Wald

Um die schönen Mischwälder Schleswig-Holsteins langfristig wieder aufzubauen und für die kommenden Generationen als Erholungsorte und auch als verantwortungsvoll genutzte Rohstoffquellen zu sichern, brauchen wir eine Veränderung in der Betrachtung des Waldes: Der Wald muss wieder primär als ökologisches System statt nur als Rohstoffquelle verstanden werden.

Die Linke fordert:

- **Verpflichtende Orientierung am Lübecker Waldmodell.**
- **Wälder erhalten und aufbauen.** Erhalt und Aufforstung naturnaher, ökologisch stabiler und klimaresilienter Wälder unterstützen, Waldvernichtung und Kahlschlag verhindern.
- **Mehr Wald für Schleswig-Holstein.** Ausbau der Waldflächen in Schleswig-Holstein durch Einführen einer landesweiten Aufforstungsquote, Anreize für

Aufforstung entwickeln und etablieren, Einbindung privater Eigentümer*innen, Kommunen und Kirchen bei Aufforstung.
- **Kein Holz als Brennstoff.** Holzverbrennung zur Energiegewinnung und als Heizbrennstoff soll bei Neuanlagen und Neubauten – soweit die Versorgungssicherheit nicht gefährdet wird – verboten werden.

Artenvielfalt und Biodiversität

Neben den Menschen lebt in Schleswig-Holstein an Land, in der Luft und im Meer eine unvergleichliche Zahl an Tieren und Lebewesen, die unser Ökosystem am Laufen halten. Biodiversität, also die Vielfalt von Lebewesen und Pflanzen um uns herum, ist ein wichtiger Bestandteil des Umweltschutzes. Mit der Besonderheit des Wattenmeers haben wir dabei noch weitere, einzigartige Aspekte zu beachten und müssen dieser Aufgabe verantwortungsvoll gerecht werden.

Die Linke fordert:

- **Biodiversität als Grundsatz.** Berücksichtigung des Schutzes der Biodiversität muss Grundsatz von Landwirtschaft und Naturschutz sein.
- **Lebensräume erhalten und wiederherstellen.** Lebensräume von Pflanzen und Tieren müssen erhalten, geschützt und (wieder)hergestellt werden. Dazu gehört auch, dass in Bereichen, in denen Infrastruktur natürliche Lebensräume unterbricht, der Ausbau ökologischer Korridore und von Grün- und Wildbrücken zum Schutz von Mensch und Tier gefördert wird.
- **Klare und transparente Prüfung und Umsetzung von Umweltschutz-, Artenschutz- und Ausgleichsmaßnahmen.** Ausgleichsmaßnahmen werden zu oft nur auf dem Papier zugesagt und danach nicht kontrolliert. Wir wollen sie öffentlich einsehbar machen und ihre Umsetzung nachweisen lassen.
- **Bekenntnis zum Ausbau von On- und Offshore-Windenergieanlagen.** Wir fordern den weiteren und beschleunigten Ausbau der Windenergie. Auch wenn dies den Lebensraum von Tieren beeinträchtigen kann, sind die negativen Folgen durch die Klimakrise für die Biodiversität und die wirtschaftlichen Chancen höher zu bewerten.

09 Kommunales

Kommunalrechtsreform

Gerade in Kommunalvertretungen müssen auch kleinere Parteien und Wählergemeinschaften die Möglichkeit haben, ihre politischen Positionen wirksam einzubringen und an der politischen Willensbildung gleichberechtigt mitzuwirken. Wir setzen uns dafür ein, die Voraussetzungen für die Bildung von Fraktionen zu erleichtern und die demokratische Mitbestimmung zu fördern.

Die Linke fordert:

- **Recht auf Fraktionsbildung bei zwei Abgeordneten.** Bereits 2023 hat die Landesregierung die Hürden zur Fraktionsbildung in Kommunalparlamenten von

zwei auf drei Abgeordnete erhöht und damit die demokratischen Rechte gewählter Abgeordneter massiv eingeschränkt. Dies lehnen wir entschieden ab und fordern die Senkung zurück auf zwei Abgeordnete für eine Fraktionsbildung.

- **Stärkung der politischen Repräsentation kleinerer Parteien.** Gerade in kommunalen Vertretungen wie Gemeinderäten oder Kreistagen gewinnen kleinere Parteien oder Wählergemeinschaften an Bedeutung, diese kleineren Gruppierungen werden von der aktuellen Landesregierung jedoch behindert. Wer Demokratie stärken will, muss auch, insbesondere auf kommunaler Ebene, kleinere Gruppierungen und Parteien stärken.
- **Stärkung der Ortsbeiräte.** Die Ortsbeiräte stellen die direkteste Form der Beteiligung von Bürger*innen und Einwohner*innen dar, ihre Bildung ist bisher jedoch freiwillig. Wir fordern daher, dass Ortsbeiräte für Städte und Gemeinden ab 10.000 Einwohner*innen verpflichtend eingerichtet und mit einem Budget und entsprechenden Rechten ausgestattet werden.

Beantwortung der Anfragen

Bei Kommunalvertretungen gibt es aktuell keine Regelung zur Bearbeitungszeit von Anfragen, im Landtag gibt es Regelungen, diese sind jedoch eher Empfehlungen als bindend. Auf eine Antwort wird oftmals lange gewartet. So gehen Aktualität sowie Mitspracherecht oft verloren. Ebenso mangelt es an der Einbeziehung von Bürger*innen, wodurch Transparenz verloren geht. Grundstein für diese Einbeziehung wären transparente und niedrigschwellige Möglichkeiten zur Partizipation – dies sind auch die besten Mittel, um dem Gefühl von Ohnmacht, Verschwörungsmythen und Menschenfeindlichkeit vorzubeugen.

Die Linke fordert:

- **Verpflichtender zeitlicher Rahmen, in dem Anfragen beantwortet werden müssen.** Anfragen sind in Kommunalvertretungen das zentrale Mittel der gewählten Vertreter*innen zur Kontrolle der Verwaltung. Wir fordern, die Beantwortung innerhalb von 14 Tagen in die Gemeindeordnung aufzunehmen.
- **Mehr Transparenz in kommunalen Themen.** Politische Abläufe werden für viele Menschen immer undurchschaubarer, während gleichzeitig das Vertrauen in die Politik schwindet. Zum Wiedergewinn des Vertrauens muss Politik transparenter werden, zum Beispiel durch regelmäßige Aktuelle Stunden im Rahmen von Bürger*innenbeteiligungen.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Die Gemeindeordnung gibt mit § 47f bereits vor, dass Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben beteiligt werden sollen, was in vielen Gemeinden jedoch oftmals nicht der Realität entspricht.

Die Linke fordert:

- **Konsequente Unterstützung der Gemeindevertretung bei der Gründung oder Reaktivierung eines Kinder- und Jugendbeirates.** Politik muss immer langfristig gedacht werden und insbesondere Kinder und Jugendliche dürfen dabei nicht ignoriert werden. Sie müssen die Welt, die wir ihnen hinterlassen, mitgestalten können, deshalb muss § 47f verpflichtend umgesetzt werden.
- **Die Erweiterung von § 47f der Gemeindeordnung zur Verpflichtung der Kreise und amtsfreien Gemeinden zur Schaffung von Kinder- und Jugendvertretungen.** Wenn Kinder- und Jugendvertretungen Pflicht werden, werden die Kommunalpolitik und die Verwaltung regelmäßig an diese erinnert. Ein Ausbau dieser Institutionen trägt außerdem dazu bei, die Gesellschaft zu demokratisieren.
- **Die Änderung von § 46 der Gemeindeordnung, sodass gewählte Kinder- und Jugendvertretungen beratende Mitglieder für kommunale Ausschüsse benennen können.** Nur wer mitsprechen darf, kann auch gehört werden. Die derzeitige Regelung in der Gemeindeordnung lässt diese Entscheidung bei den Vorsitzenden der Ausschüsse. Ein fester Sitz würde für ein dauerhaftes Rederecht sorgen.
- **Die Verpflichtung zur Schaffung einer hauptamtlichen Stelle zur Sicherstellung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kreisen und Ämtern und amtsfreien Gemeinden über die Kinder- und Jugendvertretungen hinaus.** Ihre Einbindung in Prozesse darf aber nicht dazu führen, dass sie die einzigen sind, die gehört werden. Die Schaffung hauptamtlicher Stellen sorgt für eine Entlastung der Fachämter und eine Professionalisierung der Arbeit.
- **Die Schaffung verpflichtender Beteiligungsrichtlinien für Kinder und Jugendliche in den Kreisen, Ämtern und amtsfreien Gemeinden.** Nur wenn es klare Regelungen gibt, können sich Kinder und Jugendliche auch auf diese berufen und ihre Interessen vertreten.
- **Die Schaffung von Informationsmaterial über die Arbeit der Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung nach pädagogischen und altersgerechten Standards.** Die Bereitstellung von Informationsmaterial würde die Lehrkräfte entlasten und helfen, dass das Verständnis für die lebensnahe Ebene der Politik schon früh entstehen kann.

Sport

Sport hält uns nicht nur gesund: Sport ermöglicht soziale Teilhabe und Inklusion. Diese sind Grundpfeiler einer funktionierenden Gesellschaft. Während aber die meisten Sportstrukturen von Ehrenamtlichen getragen werden, können es sich immer weniger Menschen leisten, einem Ehrenamt nachzugehen oder überhaupt in einem Sportverein aktiv zu werden. Dadurch brechen Sportkurse weg und auch die Sportförderung der Kleinsten bleibt mehr und mehr auf der Strecke oder wird für viele Eltern schlicht zu teuer.

Die Linke fordert:

- **Enge Zusammenarbeit mit dem Landessportverband.** Eine erfolgreiche Sportpolitik kann nur gelingen, wenn wir diese zusammen mit den betreffenden Institutionen wie dem Landessportverband denken, zum Beispiel für niedrigschwellige Sportangebote für Kinder wie auch für Erwachsene.
- **Ausbau der Förderprogramme zur Inklusion durch Sport.** Es gibt kaum eine Möglichkeit, Inklusion so konkret zu fördern, wie es im Sport der Fall ist. Inklusion bringt die Menschen zusammen, ermöglicht soziale Teilhabe und fördert damit auch eine solidarische Gesellschaft. Es müssen Konzepte entwickelt werden, Inklusion zu fördern, statt Menschen mit und ohne Behinderung zu trennen.
- **Förderung des Ehrenamts.** Sportvereine leben von Menschen, die sich dort ehrenamtlich engagieren, sei es bei der Vorstandsarbeit, als Trainer*innen, bei der Pflege von Sportstätten und Sportgeräten oder bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen wie Wettkämpfen, Trainingslagern oder Schnupperkursen. Das Ehrenamt muss dabei attraktiver gestaltet und nachhaltig gestärkt werden.
- **Zusammenarbeit mit ansässigen Vereinen zum Ausbau des Schwimmunterrichts.** Als Land zwischen den Meeren und mit 1.110 Kilometer Küstenlinie ist es nicht tragbar, dass die Zahl der Menschen, die sicher schwimmen können, rückläufig ist. Deshalb muss der Schwimmunterricht für Kinder, Jugendliche und Erwachsene bedarfsorientiert, flächendeckend und niedrigschwellig ausgebaut werden. Schwimmen zu können rettet Leben!
- **Ausbilder*innen-Qualifikationen für Schwimmlehrkräfte von DLRG und Wasserwacht anerkennen.** Durch die Ausweitung der Lehrbefähigung können weitere Lehrkräfte das Fach Schwimmen unterrichten, sofern sie über eine Ausbilder*innenqualifikation einer der beiden größten Wasserrettungsorganisationen verfügen. Dies würde effektiv die Bürokratie abbauen und dem Fachlehrkräftemangel entgegenwirken.

Mehr Gelder für stärkere Kommunen

Unsere Kommunen sind bereits finanziell stark überlastet und stehen vor einem großen Schuldenberg. Beschlüsse aus dem Landtag scheitern oft an finanziellen Ressourcen. Die schwarze Null im Land Schleswig-Holstein zerstört die öffentliche Daseinsvorsorge und bringt einen zerstörerischen Stillstand in die Kommunen, da viele Projekte weggekürzt werden und viele weitere Initiativen nur noch sehr eingeschränkt möglich sind. Starke Kommunen sind für ein zukunftsfähiges und gutes Leben in Schleswig-Holstein notwendig.

Die Linke fordert:

- **Prüfung der finanziellen Mittel und Personalressourcen vor einem Beschluss.** Um zukünftig den Beschluss nicht umsetzbarer Vorhaben zu verhindern, muss im Landtag vor der Beschlussfassung die Finanzierung solcher Vorhaben unter Beteiligung der Kommunen geprüft werden.

- **Finanzieller Ausgleich mit einem Sondervermögen von 1,5 Milliarden Euro für die Kommunen im Land.** Die Schuldenberge der Kommunen stellen diese vor enorme Herausforderungen – jedes Jahr müssen Kommunen aufs Neue sparen, zumeist im sozialen Bereich, bei Kindern und bei Jugendlichen. Es ist Aufgabe des Landes, die Kommunen zu stärken.
- **Statt bürokratieaufwendiger Förderprogramme die Einführung angepasster Finanzausgleiche.** Zur Entlastung von Land und Kommunen sollen aufwendige bürokratische Prozesse überwunden werden und durch einen angepassten Finanzausgleich soll der Konkurrenzdruck zwischen Kommunen aufgelöst werden. So können die Chancen aller Kommunen gerechter gestaltet werden.

10 Innenpolitik

Eine Polizei für die Menschen, statt gegen sie

Auch in Schleswig-Holstein kommt es immer wieder zu Fällen von Polizeigewalt, Racial Profiling und Repression gegen Demonstrierende. Diese Zustände sind inakzeptabel. Deshalb müssen Maßnahmen zur Bekämpfung von institutioneller Diskriminierung ergriffen werden. Die strukturellen Probleme der Polizei müssen endlich überwunden werden, um das Vertrauen in die Polizei wieder zu stärken. Darüber hinaus lehnen wir das Bestreben, die Polizei mit rechtsstaatlich zumindest zweifelhaften Arbeitsmitteln, wie beispielsweise der Analysesoftware der Firma Palantir, auszustatten, ab.

Die Linke fordert:

- **Ermittlungen durch eine unabhängige Stelle.** Ermittlungen in Fällen von Polizeigewalt und Diskriminierung dürfen nicht von anderen Polizist*innen geführt werden. Innerhalb der Polizei herrscht ein starker Esprit de Corps, sodass Polizist*innen bei Ermittlungen gegen Kolleg*innen selten unparteiisch sind. Diese Zuständigkeit muss deshalb an eine vollständig polizeiunabhängige Stelle vergeben werden.
- **Maßnahmen zur Ahndung von Fällen von Polizeigewalt, Diskriminierung und Rassismus.** Wer durch solche Verhaltensweisen auffällt, muss für die Dauer der Ermittlungen aus dem Dienst genommen werden. Bestätigt sich der Vorwurf, muss das Disziplinarverfahren konsequent bis zur Entfernung aus dem Dienst geführt werden.
- **Ablehnung des Neuentwurfs des Polizeigesetzes.** Verdachtsfreies Filmen, willkürliche Nutzung von Kameradaten, eigenes Ermessen beim Einschalten von Bodycams und der Einsatz von Tasern stellen eine gefährliche Kombination dar. Sie begünstigen grenzüberschreitendes Verhalten der Polizei und führen zu mehr Repressionen.
- **Verpflichtende Bodycams.** Das Ein- oder Ausschalten der Bodycam in das eigene Ermessen von Polizist*innen zu legen, behindert die Verfolgung von

Polizeigewalt und Kompetenzverletzungen enorm. Bodycams müssen verpflichtend bei jedem Einsatz eingeschaltet sein!

- **Überwachungsstaat? Nein danke!** Automatische Sammlung, Verschneidung und Analyse von Daten aus öffentlichen und nicht-öffentlichen Quellen gefährdet die Privatsphäre aller Bürger*innen und ist völlig unverhältnismäßig. Die stückweise Abschaffung unserer Bürgerrechte im Namen einer „präventiven Polizeiarbeit“ lassen wir nicht zu.

Inlandsgeheimdienst (Verfassungsschutz)

Schon oft hat sich gezeigt: Der Einfluss des Inlandsnachrichtendienstes (Verfassungsschutz) kann problematisch werden, wenn sich die Leitung nicht verfassungskonform verhält. Insbesondere wenn die Leitung und damit die Richtungsvorgabe bei nur einer Person liegt, birgt er das Risiko, das Gegenteil seines eigentlichen Zwecks zu bewirken und damit die Verfassung zu schädigen, statt sie zu schützen. Der NSU-Komplex hat gezeigt, wohin das führt: zehn Morde. Staatliche Gelder aus dem Umfeld des Verfassungsschutzes landeten indirekt beim NSU/bei dessen Unterstützerumfeld, während die Behörden darüber Erkenntnisse hatten und nicht weitergaben. Wir wollen den Schutz der Grundrechte auf eine neue Grundlage stellen, auf Basis derer transparent und wissenschaftlich gearbeitet und demokratisch kontrolliert wird.

Die Linke fordert:

- **Kein Einsatz von V-Leuten.** V-Leute sind vom Staat bezahlte Spitzel, deren Geld genau in die Strukturen fließt, die sie ausforschen sollen. Neben dieser Subventionierung extremistischer Strukturen durch Steuergelder entstehen oft langfristige Schäden und Traumata in den sozialen Umfeldern der V-Leute. Diese Methode ist umgehend auszusetzen und langfristig aus dem Portfolio des Inlandsgeheimdienstes zu streichen.
- **Auflösung des Verfassungsschutzes.** Anstatt immer wieder den Versuch zu wagen, die festgefahrenen und institutionellen Probleme des Inlandsgeheimdienstes über Reformen zu lösen und daran zu scheitern, soll die Behörde unmittelbar aufgelöst werden.

Bevölkerungsschutz

Mit dem Fortschreiten der Klimakrise und immer häufigeren Klima- und Umweltkatastrophen muss der Bevölkerungsschutz transparenter und besser strukturiert werden. Es muss ein stabiles Fundament geschaffen werden, das Ehrenamtliche entlastet und die Bevölkerung auf den Ernstfall vorbereitet.

Die Linke fordert:

- **Transparente Erstellung und Kommunikation von Rettungsplänen und Notfallszenarien für die Bevölkerung.** Eine transparente Kommunikation von Rettungsplänen und Notfallszenarien legt den Menschen nahe, wie sie sich in

solchen Situationen verhalten können. Das nimmt ihnen nicht nur etwas die Angst in einer Krisensituation – es kann im Ernstfall Leben retten.

- **Inklusive Konzepte im Katastrophenschutz.** Bestehende Konzepte müssen auf Behinderten- und Alltagstauglichkeit geprüft werden und gegebenenfalls so angepasst werden, dass alle Menschen, die betroffen sein können, berücksichtigt werden. Gerade die, die diese Konzepte am meisten benötigen, werden am häufigsten dabei ignoriert.
- **Verpflichtende Notfallpläne in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung.** Für Menschen mit Behinderung bedarf es einer sensibilisierten und fachkundig erstellten Notfallplanung, die transparent und verpflichtend kommuniziert, veröffentlicht und vor allem auch geübt wird.

Staatliche Transparenz

Die Bürger*innen in Schleswig-Holstein verdienen einen Staat, der für sie arbeitet und nicht blind über sie bestimmt. Um dies zu erreichen, muss der Staat allerdings zunächst transparenter werden.

Die Linke fordert:

- **Einführung einer datenschutzkonformen Möglichkeit, Dokumente und Prozesse darzustellen.** Um die Prozesse innerhalb der Behörden nachvollziehbar zu machen, soll eine Möglichkeit geschaffen werden, Informationen, Daten und Dokumente aus der Arbeit der Behörden einzusehen und gegebenenfalls anzufordern. Nur eine transparente Bürokratie stärkt das Vertrauen in die Demokratie.
- **Offene-Daten-Gesetz stärken.** Seit 2022 gilt in Schleswig-Holstein das Offene-Daten-Gesetz (ODaG), doch es begründet noch keinen Rechtsanspruch auf Bereitstellung und lässt die Kommunen außen vor. Wir wollen einen echten Rechtsanspruch, der auch Kommunen miteinbezieht.
- **Regelmäßige Kontrollen über dessen niedrigschwellige Umsetzbarkeit.** Ein Gesetz allein nützt wenig, wenn die Daten schwierig auffindbar sind. Die niedrigschwellige Umsetzung muss gewährleistet werden.
- **Polizei und Verfassungsschutz müssen transparent handeln.** Wer so tief in Staat und Gesellschaft hineinwirkt, muss seine eigenen Abläufe jederzeit transparent einsehbar gestalten.
- **Ein echtes Lobbyregister einführen.** Transparenz muss zur Grundlage unserer Demokratie werden. Die Menschen haben ein Recht darauf, zu erfahren, wer wann, aus welchem Interesse und mit welchem Ergebnis Einfluss auf die Gesetzgebung genommen hat. Ein verbindliches, öffentlich einsehbares Lobbyregister für Schleswig-Holstein soll die notwendige Voraussetzung für transparente Politik sein.

Digitalisierung

Eine datenschutzkonforme Digitalisierung ist das Fundament für den Fortschritt und eine moderne Gesellschaft in Schleswig-Holstein. Dabei darf jedoch die digitale Teilhabe nicht vernachlässigt werden. Öffentliche und kommerzielle Angebote müssen sowohl digital als auch analog angeboten werden.

Die Linke fordert:

- **Mehr Personal und Kompetenzen für das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz (ULD).** Datenschutz braucht eine Aufsicht, die tatsächlich prüfen kann, wo Verstöße vorliegen. Dafür fehlen dem ULD aktuell jedoch Stellen und Durchgriffsrechte.
- **Die Registermodernisierung (RegMod) darf keine Verkettung besonders schützenswerter Daten zulassen.** Wenn Verwaltungsregister verknüpft werden, entstehen Profile, die zweckentfremdet werden können. Gesundheits-, Sozial- und Meldedaten dürfen nicht zusammengeführt werden.
- **Art. 14 Abs. 2 der Landesverfassung muss erhalten bleiben.** Er sichert den persönlichen, schriftlichen und elektronischen Zugang zu Behörden und Gerichten. Niemand darf wegen der Art des Zugangs benachteiligt werden.
- **Der Pfad zu mehr digitaler Souveränität.** Unser Gemeinwesen ist zunehmend abhängig von digitaler Infrastruktur. Der Entzug von IT-Systemen ist mittlerweile Teil hybrider Kriegsführung oder Sanktionsmöglichkeit für Autokraten und Großkonzerne. Aus diesem Grunde wollen wir den Anteil von Hard- und Software aus Deutschland und der EU in der öffentlichen Verwaltung und ihrer Infrastruktur stetig erhöhen. Damit stellen wir sicher, dass unsere Daseinsvorsorge nicht zum Ziel imperialer Machtspiele wird.
- **Konsequenter Ausbau der Open-Source-Strategie, insbesondere die Förderung dieser in den Kommunen.** Wir setzen auf freie und quelloffene Software, um langfristig Kosten zu senken und spezielle Anforderungen der Verwaltungen umzusetzen. Dazu braucht es auch ein wertschätzendes Community-Management für diejenigen, die ehrenamtlich diese Software mit- und weiterentwickeln. Wir wollen es schaffen, dass nicht nur das Land, sondern auch die Kommunen diesen Weg mitgehen; für sie soll daher Förderung und Beratung bereitgestellt werden.
- **Landesarchivgesetz aktualisieren und Landesarchiv besser ausstatten.** Ohne Personal und Geld verschwinden Daten und Zugänge, die später einmal historisch relevant sein können. Wir fordern deswegen den nachhaltigen Erhalt des Landesarchivs und der dafür vorgesehenen Mittel.
- **Kommunale Archive professionalisieren und eine Archivberatungsstelle einrichten.** Viele Kommunen bewahren ihre Bestände nebenbei, nicht einheitlich und oft nicht nach ausreichenden Standards auf. Es fehlt an geeigneten Räumen und Know-how. Eine zentrale Beratung kann dort helfen, wo Fachwissen noch fehlt.

Verwaltung

Die Linke fordert:

- **Die Einführung eines transparenten Zuständigkeitenfinders beim Land Schleswig-Holstein und in den Gemeinden.** Dies sorgt auch für einen Abbau des Aufwands für Bürger*innen, sich Informationen zu beschaffen.
- **Die Verpflichtung zur Weiterleitung von falsch zugestellten Antragsformularen an die zuständige Stelle.** Auch wenn eine Zuständigkeit gefunden wurde, kann sich diese im Einzelfall immer noch ändern oder kann eine Stelle auf Grund von rechtlichen Umständen weiterhin zuständig sein. Die Weiterleitung von Informationen würde Bürger*innen vor allem dadurch helfen, dass zeitkritische Formulare und Vorgänge durch die Behörde weitergeleitet werden müssen und die Fristen gewahrt werden können.
- **Die Schaffung von Beratungsstellen zur Hilfe bei Fragen zu staatlichen Aufgaben und Dienstleistungen.** Selbst für Mitarbeiter*innen in Behörden ist die Bearbeitung rechtlicher Sachverhalte schwierig; für die Menschen, die nicht jeden Tag damit zu tun haben, gilt dies entsprechend noch einmal mehr. Diese Barriere muss durch niedrigschwellige Angebote abgebaut werden.
- **Die Schaffung von Möglichkeiten, Schreiben von Behörden ebenfalls in Leichter Sprache zu erhalten.** Nur wenn diese Möglichkeit besteht, können alle Menschen ihre Rechte konsequent durchsetzen. Umso wichtiger ist es, dass das Sprachangebot ausgebaut wird.
- **Die Schaffung einer Möglichkeit, Gesetze in bürger*innenfreundlicher Sprache kostenfrei zu erhalten.** Das berühmte „Amts- und Juristendeutsch“ ist ein Hindernis zur Schaffung von gleichen Rechten für alle. Wer die Gesetze, die angewendet werden, versteht, kann sie auch befolgen oder den politischen Willen aufbauen, diese zu ändern.
- **Die Einführung von verpflichtenden Terminzeiten für Behörden mit Bürger*innenkontakt an mindestens zwei Nachmittagen in der Woche.** Die Zugänglichkeit zu Behörden ist häufig nur in den Morgenstunden gegeben. Eine Ausweitung der Zeiten würde zu einer verbesserten Erreichbarkeit und einer Steigerung der Zufriedenheit führen.

Unsere religionspolitischen Grundsätze

Die Kirchen sowie die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind wichtige Akteure unserer Zivilgesellschaft. In ihrer Migrations- und Sozialpolitik gibt es zahlreiche Berührungspunkte zu einer emanzipatorischen und solidarischen Politik. Dazu gehören zum Beispiel der Schutz des grundsätzlich arbeitsfreien Sonntags und das Kirchenasyl.

Die Linke tritt ein für einen weltanschaulich offenen und religiös neutralen Staat in einer säkularen und religionspluralen Gesellschaft. Staatliche Neutralität bedeutet für uns nicht die Ausgrenzung religiöser Gemeinschaften, sondern die Gleichbehandlung aller bei uns vorhandenen Kirchen, Religionen und Weltanschauungen. Gleichzeitig

treten wir für die institutionelle Trennung zwischen Staat und Kirchen und Religionsgemeinschaften ein. Diese Trennung schafft Möglichkeiten zu einer eigenständigen Ideologie und Tätigkeit sowie Kooperation.

Wir wenden uns gegen jede Diskriminierung von Jüdinnen*Juden, Muslim*innen sowie Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften und gegen die Diskriminierung konfessionsfreier Menschen.

Die Linke fordert:

- **Staatlich geschützte Feiertage** für jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften. Das muslimische Zuckerfest und der jüdische Yom Kippur sollen gesetzliche Feiertage in Schleswig-Holstein werden, denn der Islam und das Judentum gehören wie die christlichen Kirchen zu dieser Gesellschaft.
- **Verteidigung des humanitären Kirchenasyls.** Die Kirchen sind für uns wichtige Partner im Kampf gegen die Verschärfung des Asylrechts und gegen das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS).
- **Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen.** Wir setzen uns für die Erfüllung des seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrags zur Ablösung der „besonderen Staatsleistungen“ an die Kirchen ein.
- **Ablehnung des Gottesbezuges** in der Präambel der schleswig-holsteinischen Landesverfassung, wie er derzeit erneut in der parlamentarischen Beratung ist.

Direkte Demokratie

Das Vertrauen in die Demokratie ist beschädigt. Wichtige Interessen der Bürger*innen gehen zwischen Parteitaktiken, Machtkämpfen und Koalitionsverhandlungen unter. Korruption und die Einflussnahme von Lobbygruppen bestimmen die Umsetzung von Maßnahmen und Gesetzen.

Eines der wirksamsten Gegenmittel ist die direkte Demokratie. Barrieren für die politische Partizipation müssen überwunden, Parteigrenzen und Imagekämpfe müssen nach hinten gestellt und Korruption muss erschwert werden. Deshalb soll es für die Bürger*innen möglich gemacht werden, sich direkt einzubringen, um über wichtige Anliegen mitentscheiden zu können und so die parlamentarische Demokratie zu ergänzen.

Dies soll ermöglicht werden durch leichtere Volksinitiativen und Volksentscheide sowie die Einsetzung von Bürgerräten. Die Empfehlungen und Entscheidungen werden durch die individuellen Meinungen und Lebenserfahrungen der Bürger*innen geprägt und haben so einen ganz realen Bezug zum Leben der Menschen in Schleswig-Holstein.

Die Linke fordert:

- **Quoren senken.** Eine Volksinitiative soll statt mindestens 20.000 Unterschriften nur noch 10.000 benötigen. Das Quorum des Volksbegehrens soll von mindestens 80.000 Stimmberechtigten auf 50.000 herabgesetzt werden. Das Zustimmungsquorum des Volksentscheids über einfache Gesetze soll von 15 %

auf 7,5 % halbiert werden. Die Eintragungsfrist für Volksbegehren soll auf zwölf Monate verlängert werden.

- **Zulässigkeitsprüfung – Beweislast umkehren.** Der Landtag soll innerhalb von zwei Monaten über die Zulässigkeit einer Volksinitiative entscheiden. Hält er sie für unzulässig, soll er selbst das Landesverfassungsgericht anrufen müssen – dessen Entscheidung ist bindend. Bisher tragen die Initiator*innen das Prozessrisiko und müssen gegen den Landtag klagen. Das wollen wir umkehren.
- **Sammeln erleichtern.** Die Online-Eintragung soll auf das Volksbegehren ausgeweitet werden. Die elektronische Zeichnung nach § 6a VAbstG hat sich auf der Stufe der Volksinitiative bewährt und soll auf das Volksbegehren übertragen werden. Die Eintragung bei Ämtern und die freie Sammlung auf Papier soll gleichwertig bestehen bleiben.
- **Kostenerstattung bereits beim Volksbegehren.** Die Kosten eines zustande gekommenen Volksbegehrens sollen den Vertrauenspersonen auf Antrag erstattet werden, pauschal je gültiger Unterstützungsunterschrift und darüber hinaus gegen Nachweis. Vorbild ist die Regelung in Niedersachsen.
- **Verankerung eines Landes-Bürgerrats in der Landesverfassung.** Ein neuer Artikel soll Einsetzung, Losverfahren, Themenautonomie und das Recht, den Landtag zu befassen, regeln. Näheres soll ein Ausführungsgesetz bestimmen.
    - Der Bürgerrat soll jährlich neu und repräsentativ ausgelost werden und in mindestens sechs Sitzungen tagen. Seine Themen soll er durch Abstimmung selbst bestimmen, soweit diese in der Zuständigkeit des Landesgesetzgebers liegen.
    - Seine Beschlüsse werden dem Landtag mit der Rechtswirkung einer Volksinitiative vorgelegt – eine Unterschriftensammlung entfällt.
    - Folgt der Landtag einem Beschluss des Bürgerrats nicht, können die vom Bürgerrat benannten Vertrauenspersonen ein Volksbegehren beantragen. Abweichend vom allgemeinen Quorum sollen hierfür 20.000 Unterschriften Stimmberechtigter genügen.
    - Die Mitglieder sollen eine Aufwandsentschädigung erhalten und der Bürgerrat soll durch eine Geschäftsstelle, Fachleute und rechtliche Beratung unterstützt werden, die auch das Volksbegehren organisatorisch tragen.
- **Mehr Bürgerräte auf kommunaler Ebene.** Auch auf kommunaler Ebene sollen mehr Bürgerräte zu spezifischen Themen eingesetzt werden, wie bereits beim Mobilitätsrat in Flensburg geschehen.
- **Initiativen mit Finanzwirkung sollen zugelassen werden**, wenn ein Deckungsvorschlag enthalten ist.
- **Schutz vor Verwässerung.** Übernimmt der Landtag eine Volksinitiative nur in abgeänderter Form, sollen die Vertrauenspersonen Unterschriften für einen Volksentscheid über den Originaltext sammeln können. Wird dieser angenommen, soll dieser die Fassung des Landtages verdrängen.
- **Abstimmungstermine bündeln.** Volksentscheide sollen zwingend am Tag einer Landtags-, Bundestags- oder Europawahl stattfinden, sofern diese innerhalb von zwölf Monaten nach Zustandekommen des Volksbegehrens liegt. Die

Neun-Monats-Frist des Art. 49 der Landesverfassung muss entsprechend angepasst werden.

- **Bestandsschutz für Volksgesetze.** Ein durch Volksentscheid beschlossenes Gesetz soll der Landtag künftig nur ändern oder aufheben können, wenn seinem Beschluss ein obligatorisches Referendum folgt. Für dieses sollen dieselben Voraussetzungen wie für einen Volksentscheid gelten. Sollte das Zustimmungsquorum nicht erreicht werden, muss das Volksgesetz in Kraft bleiben, ausgenommen Änderungen, die durch Gerichtsurteil, Bundes- oder EU-Recht zwingend geboten sind.

11 Migration und Antirassismus

Schleswig-Holstein: Freundlich. Norddeutsch. Offen.

Wir stehen für ein solidarisches, antifaschistisches Schleswig-Holstein, in dem alle migrantisch gelesenen Menschen sicher und diskriminierungsfrei leben können. Schleswig-Holstein ist ihr Zuhause. Dennoch begegnet ihnen auf vielen verschiedenen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens institutioneller Rassismus. Dagegen positioniert sich Die Linke klar und steht für eine freundlich-norddeutsche Offenheit.

Innenpolitik

Gerade im Hinblick auf die Arbeit der Polizei und der verschiedenen Behörden mit Bezug auf sogenannte „Ausländerangelegenheiten“ erfahren viele unserer Mitbürger*innen häufig Rassismus und Diskriminierung. Dieser Kultur muss der Nährboden entzogen werden!

Die Linke fordert:

- **Das allgemeine Aussetzen von Abschiebungen.** Besonders oft betroffen sind Menschen mit Migrationsgeschichte, die für Behörden besonders gut greifbar sind, wie Kinder in der Schule oder Menschen, die eine Ausbildung absolvieren. Die Neueinstufung von Ländern wie Syrien, Afghanistan oder dem Iran als „sicher“ ist fernab jeglicher Realität. Wir betrachten Abschiebungen als inhuman und lehnen sie grundsätzlich ab.
- **Einrichten von Landesaufnahme- und Integrationsprogrammen für Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten.** Es sollen Aufnahme- und Integrationsprogramme nach § 23 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes geschaffen werden. Im Besonderen betrifft das Geflüchtete aus den palästinensischen Gebieten, dem Libanon, dem Iran sowie dem Sudan.
- **Schließung und Abschaffung des Abschiebegefängnisses in Glückstadt.** Die Zustände im Abschiebegefängnis in Glückstadt sind jenseits jeglicher Rechtsstaatlichkeit – von der Einschränkung des Besuchsrechts bis zum Verweigern des Rechtsbeistands. Vorfälle von Gewalt durch Beamte vor Ort sind außerdem umgehend und konsequent aufzuklären.
- **Sensibilisierung für Racial Profiling und rassistische Polizeigewalt sowie unabhängige behördliche Kontrolle der Polizeiarbeit.** Dass Rassismus und

Racial Profiling einen strukturellen Hintergrund in der Polizei haben, ist kein Geheimnis und wird durch Studien gestützt. Das Vorgehen gegen (rassistische) Polizeigewalt ist parallel häufig wenig erfolgversprechend, deshalb bedarf es einer unabhängigen Untersuchungskommission.

Bildung

Es ist schon lange bekannt, dass die Bildung der wichtigste Bestandteil einer gelungenen Integration ist. Ebenso ist die Investition in Bildung nach wie vor die lukrativste, die ein Land tätigen kann. Mit diesem Wissen ist es für Die Linke klar, dass wir die Bildungspolitik auch mit Blick auf Fragen der Migration wieder stärker in den Fokus rücken müssen.

Die Linke fordert:

- **Die bessere Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland.** Arbeitsverbote und die Nichtanerkennung ausländischer Abschlüsse können als Schikane verstanden werden. Wir fordern die schnelle und vereinfachte Anerkennung ausländischer Abschlüsse nach spanischem Vorbild.
- **Schnellstmögliche Integration in Regelklassen und (Ausbildungs-)Betriebe.** Durch gezielte und schnellstmögliche Deutschkurse und zusätzlichen Deutschunterricht an den Regelschulen soll die Integration beschleunigt werden. Nur durch effektive Integration können Vorurteile abgebaut, interkulturelle Berührungspunkte geschaffen sowie Sprachkompetenzen gestärkt werden.
- **Ansprechpersonen für Diskriminierung in allen Bildungseinrichtungen.** Um mit Rassismus und anderen Diskriminierungsformen sensibel umzugehen, müssen an allen Bildungseinrichtungen qualifizierte Ansprechpersonen eingesetzt werden, die für Betroffene sichere Bezugspersonen darstellen sollen. Das Fachpersonal muss generell in diesem Bereich fortgebildet werden.

Kommunen

Die Kommunen haben in Deutschland und damit auch in Schleswig-Holstein verhältnismäßig wenig Mitspracherecht in vielen Fragen der Migration. Wo sie entscheiden können, sollte der Fokus jedoch auf Integration anstelle von Ausgrenzung und Abwertung liegen.

Die Linke fordert:

- **Das sofortige Abschaffen der diskriminierenden Bezahlkarte.** Die Abschaffung der Bezahlkarte wird zur Entlastung der Kommunen und zur besseren Integration von Betroffenen führen.
- **Dezentrale und integrierte Unterbringung Betroffener.** Zentralisierte Sammelunterkünfte kapseln Menschen vom Rest der Gesellschaft ab und verhindern eine wirkliche Integration. Um rassistisches Gedankengut effektiv zu bekämpfen und den Betroffenen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen wir uns vom Standard der Sammelunterkünfte lösen.

- **Sicherstellen von längerfristiger Wohnperspektive für Betroffene.** Ständig in der Angst zu leben, seinen Wohnraum zu verlieren beziehungsweise umziehen zu müssen, kann die psychische Situation von Menschen verschlechtern und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft verhindern.
- **Öffentlicher Wohnungsbau, der sozial ausgewogene Wohnquartiere fördert und Segregation verhindert.** Damit wird mehr Menschen der Zugang zu attraktiven Wohnlagen und guter Infrastruktur ermöglicht und Chancengleichheit angestrebt.

Wirtschaft und Arbeit

Auch das möglichst niedrigschwellige und unbürokratische In-Arbeit-Kommen ist, neben der Bildung, eine weitere Möglichkeit zur Integration. Neben Sprachkenntnissen erlangen sie dadurch auch ein Stück finanzielle Unabhängigkeit.

Die Linke fordert:

- **Maßnahmen gegen Rassismus in Bewerbungsverfahren.** Rassistische und systematische Diskriminierung existiert nicht nur bei Bewerbungen auf Wohnungen, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt. Durch anonymisierte Bewerbungen und das Weglassen von Bewerbungsfotos soll hier entgegengewirkt werden.
- **Vermittlungsunterstützung für Ausbildungen und Jobs für Geflüchtete.** Das Arbeitsleben kann eine vielversprechende Möglichkeit sein, Integration zu erleichtern. Deshalb sollte dies durch Angebote unterstützt werden, denn gerade eine Ausbildung kann ein wichtiger Teil der persönlichen Entwicklung sein.
- **Investition in ausbildende und integrierende Betriebe.** Durch das Schaffen finanzieller Anreize für Betriebe, die ausbilden und sich besonders in der Integrationsarbeit engagieren, sollen diese gefördert werden.
- **Vereinfachung der Bleiberechtsbürokratie.** Bei Auszubildenden und Berufstätigen muss das Bleiberecht vereinfacht werden.

12 Inklusion – Ein Schleswig-Holstein für alle

„Für alle“ wollen wir als Die Linke ernst nehmen und sehen bei der Bestandsaufnahme, dass bis dahin noch viel zu tun ist. Die bisherige konservative Politik verschließt die Augen vor anderen Lebensrealitäten als der eigenen und schließt damit kategorisch und menschenverachtend Mitmenschen, Nachbar*innen und Freund*innen aus. Um dorthin zu gelangen, braucht es viel verbindliche Beteiligung, echte Absicherung und Sensibilisierung. Bis wir es schaffen, jedes Gesetz und jede Ordnung auf Inklusion zu prüfen, haben wir den folgenden Maßnahmenkatalog als erste wichtige Schritte ausgearbeitet.

Barrierefreiheit

Um allen Menschen einen Zugang zum öffentlichen Leben zu ermöglichen, bedarf es eines Umdenkens in der Gesellschaft und den Planungsbüros. Schon 2009 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention von Deutschland anerkannt und zur Umsetzung verpflichtend. Die Umsetzung hängt den Plänen massiv hinterher und muss nun schnell und konsequent vorangetrieben werden.

Die Linke fordert:

- **Verbindliche Barrierefreiheit im Landesvergaberecht.** Barrierefreiheit muss im Gesetz festgeschrieben und unter Benennung klarer Fristen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft werden.
- **Kurzfristiger Umbau aller Orte der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Barrierefreiheit.** Dazu gehören vor allem Arztpraxen, Schulen und Mobilitätspunkte wie Bahnhöfe und Haltestellen. Damit diese für alle nutzbar sind, muss deren Barrierefreiheit flächendeckend erreicht werden. Dazu gehört ebenfalls das Sicherstellen eines barrierefreien Zugangs zu Informationen wie über den Ausfall von Angeboten und Strukturen, die Menschen mit Beeinträchtigung soziale Teilhabe ermöglichen.
- **Inklusive Planung von Orientierungs- und Sicherheitskonzepten.** Zur barrierefreien Nutzbarkeit öffentlicher Räume muss auch die barrierefreie und unabhängige Orientierungsmöglichkeit sichergestellt werden, zum Beispiel durch Leitstreifen oder akustische Ampeln.
- **Barrierefreie Kultur, Freizeit und Küste.** Zur gesellschaftlichen Teilhabe gehören auch Museen, Kinos, Schwimmbäder, Sportstätten und Spielplätze und in einem Land zwischen den Meeren ebenso die Zugänge zu unseren Stränden. Bei Schulausflügen und öffentlichen Veranstaltungen müssen mögliche Barrieren von vornherein bedacht und ausgeschlossen werden, zum Beispiel durch die Sicherstellung eines barrierefreien Zugangs für Menschen mit Gehbehinderung.
- **Nachteilsausgleiche dürfen nicht an Bürokratie scheitern.** Wir wollen Nachteilsausgleiche in Schule und Hochschule bekannter machen und ihren Zugang vereinfachen. Schüler*innen und Studierende müssen verständlich über ihre Rechte informiert und bei der Beantragung unterstützt werden.
- **Barrierefreie Kommunikation und Information.** Behördenschreiben, Formulare und Internetauftritte des Landes müssen in Leichter Sprache verfügbar sein, öffentliche Veranstaltungen oder mediale Beiträge brauchen Gebärdensprachdolmetschung und Untertitel. Auch in den sozialen Medien müssen Alternativtexte und Untertitel zum Standard gehören.
- **Der Fonds für Barrierefreiheit muss ausgebaut werden.** Anspruchsberechtigte Kreise können aus dem Fonds finanzielle Mittel zu barrierefreiem Umbau, Sanierungen oder Modernisierungen beantragen. Von den 17,8 Millionen Euro des Fonds sind bereits 14 Millionen Euro, seit 2019, ausgezahlt; das zeigt, dass der Fonds aufgestockt werden muss und den Kreisen das entsprechende

Wissen darüber fehlt. Hier muss das Land die benötigten Informationen proaktiv zur Verfügung stellen.

Wohnen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren immer drastischer. Besonders betroffen sind auch hier wieder Menschen mit Beeinträchtigungen, die auf Hilfsmittel und auch Pflege angewiesen sind. Vollständig rollstuhlgerechter Wohnraum ist auf dem öffentlichen Wohnungsmarkt nicht zu finden. Die Landesbauordnung sieht nur stufenloses Bauen als verpflichtend vor – ausreichend Platz, um mit Hilfsmitteln zu arbeiten, ist nicht bedarfsgerecht vorgesehen.
Wenn es doch mal eine mögliche Wohnung gibt, liegt diese weit über dem ortsüblichen Mietspiegel, und das, während Menschen mit Beeinträchtigung mehr als doppelt so häufig von Armut betroffen sind als solche ohne. Die Miete beträgt oft weit mehr als das, was an Kosten der Unterkunft nach SGB II und XII anerkannt wird.

Die Linke fordert:

- **Mietkosten müssen voll übernommen werden.** Wer auf Unterstützung bei den Mietkosten angewiesen ist, darf nicht wegen zu geringer anerkannter Kosten auf eine nicht zur Beeinträchtigung passende Wohnung verwiesen werden. Die Anmietung einer leidensgerechten Wohnung muss Vorrang haben.
- **Vorrangige Vermietung bei gefördertem Wohnraum.** Geförderter, barrierefreier Wohnraum darf nicht an Menschen ohne Beeinträchtigung vermietet werden, wenn sich auch ein Mensch mit Beeinträchtigung darauf bewirbt.

Bildung

Kindergärten, Schulen und andere Lernorte sind nicht nur integraler Baustein von wirtschaftlicher, sondern auch Kern von sozialer Teilhabe. An diesen Orten muss Inklusion gelebt werden, um allen Menschen einen Zugang zur Gesellschaft zu ermöglichen. Das gemeinsame Lernen und Leben von Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen sehen wir dabei als große Chance für ein nachhaltiges soziales Miteinander. Die Lernorte müssen so gestaltet werden, dass sie den Lernbedürfnissen aller gerecht werden.

Die Linke fordert:

- **Aus- und Weiterbildung von Pädagog*innen.** Lehrkräfte und Pädagog*innen müssen zu den Themen Inklusion und inklusiver Unterrichtsgestaltung weitergebildet werden. Inklusion muss fester Bestandteil des Lehramtsstudiums werden.
- **Eine Schule für alle, um von- und miteinander zu lernen und zu leben.** Nur zusammen kann unsere Gesellschaft solidarisch gestaltet werden. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn Kinder mit Behinderung nicht aussortiert werden, sondern zusammen mit nichtbehinderten Kindern lernen.

- **Ausbau von Angeboten wie Logopädie und Ergotherapie an Schulen.** Individuelle Förderung an einem Ort mit der Möglichkeit gemeinsamer Absprachen zwischen Lehrkräften und Therapeut*innen kommt allen zugute, den Kindern und auch den Fachkräften.
- **Förderung und Ausbildung von Schulbegleitungen.** Durch qualifizierte Schulbegleitungen können Lehrkräfte entlastet und Schüler*innen bedarfsorientiert gefördert werden. Durch bedarfsgerechte Qualifikation und Einsatzplanung muss das Modell Schulbegleitung ausgebaut und langfristig erhalten werden. Das sogenannte Pooling muss kritisch geprüft werden. Beim Pooling werden mehrere Kinder gemeinsam betreut; eine 1:1-Betreuung ist hierbei zum Teil komplett ausgeschlossen.

Arbeit und Werkstätten

Dass es bis heute immer noch Arbeitnehmer*innen zweiter oder dritter Klasse in unseren Gesetzen gibt, ist für uns nicht tragbar. Alle Menschen sollten, wenn sie arbeiten, unsere lang erkämpften Arbeitsrechte und faire Gehälter bekommen. Gerade mit Blick auf sogenannte Werkstätten sehen wir eine Menge Änderungsbedarf.

Die Linke fordert:

- **Faire und transparente Vergütung für alle Beschäftigten.** Werkstätten für Menschen mit Behinderungen werden oft zum Lohndumping missbraucht. Tarifbindung oder mindestens der verpflichtende Mindestlohn muss für alle Menschen gelten, es darf keine Ausnahmen mehr geben.
- **Urlaub, Krankenversicherung und Mitbestimmung über Betriebsräte und Interessenvertretungen.** Genauso wie beim Thema Mindestlohn muss auch in allen anderen Bereichen des Arbeitsrechts und der Arbeitsbedingungen die Ausbeutung von Menschen mit Behinderung beendet werden. Alle Menschen verdienen gute Arbeitsbedingungen!
- **Bessere Schutzmechanismen in allen Einrichtungen für Fälle von Freiheitsbeschränkungen oder Gewalt.** Es müssen Melde- und Schutzpflichten für Freiheitsbeschränkungen eingeführt werden. Diese müssen überwacht, geprüft und regelmäßig evaluiert werden.
- **Einführung eines Programms zur Inklusion auf den ersten Arbeitsmarkt.** Nach der Idee und dem Vorbild von JobCrafting Hamburg müssen geeignete Maßnahmen erarbeitet werden, um allen Menschen eine Arbeitsperspektive zu ermöglichen.

13 Buntes Schleswig-Holstein – Ein Zuhause für alle!

Queerfeindlichkeit ist wieder auf dem Vormarsch. Übergriffe, Anfeindungen und Gewalttaten gegen queere Menschen nehmen zu, während die Bundesregierung Fördermittel für queere Initiativen streicht. So steht die einzige bundesweite Organisation für queere Jugendliche, Lambda, vor dem Aus. Als weltoffenes und

buntes Land müssen wir queere Perspektiven ernst nehmen, Betroffene stärken und queerfeindlicher Gewalt konsequent entgegentreten, damit Schleswig-Holstein ein Ort für ALLE Menschen bleibt.

Die Linke fordert:

- **Beratungs- und Unterstützungsangebote mit Schwerpunkt für trans*, inter* und nicht-binäre Menschen.** Insbesondere trans*, inter* und nicht-binäre Menschen sind von queerfeindlicher Gewalt betroffen. Daher müssen Unterstützungsangebote langfristig finanziert und ausgebaut werden.
- **Queere Beratungsangebote in Jugendarbeit, im Sportbereich, in Kultur und in Vereinen fördern.** Beratungsangebote müssen flächendeckend im ganzen Land bestehen. Auch queere Vereine, Verbände und lokale Gruppen und deren Angebote wollen wir finanziell fördern.
- **Beratungsangebote für Regenbogenfamilien im Land ausbauen.** Unterstützungsstrukturen und Beratungsangebote für Regenbogenfamilien sind Mangelware. Die Strukturen müssen im gesamten Land ausgebaut werden.
- **Hasskriminalität und Queerfeindlichkeit – auch im digitalen Raum – stärker verfolgen.** Dafür muss eine Staatsanwaltschaft mit entsprechenden Schwerpunkten eingerichtet werden.
- **Queere Rechte in die Landesverfassung aufnehmen.** Dafür muss die Landesverfassung in Bezug auf den Schutz der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität ergänzt werden und über den Bundesrat ein Diskriminierungsschutz in Art. 3 des Grundgesetzes für queere Menschen etabliert werden.
- **Sicherstellung der Finanzierung von CSDs.** Die Finanzierung von Christopher Street Days und ähnlicher Veranstaltungen muss vom Land sichergestellt werden, da ihre Ausführung nicht von der finanziellen Situation oder Bereitschaft einzelner Städte und Kommunen abhängen darf.
- **Queere Personen auch im Alter unterstützen.** Die Bedürfnisse queerer Senior*innen in Alters- und Pflegeheimen müssen stärker berücksichtigt werden, zum Beispiel durch den Ausbau niedrigschwelliger Hilfsangebote für ältere queere Menschen.
- **Den Aktionsplan „Echte Vielfalt“ sichern und ausbauen.** „Echte Vielfalt“ liefert Mittel, die für die Existenz queerer Projekte von essenzieller Bedeutung sind. Zudem gilt es, den inzwischen zehn Jahre alten Aktionsplan zu überarbeiten und auszubauen.
- **Queere Geflüchtete unterstützen und schützen.** Abschiebungen auch in vermeintlich sichere Drittstaaten lehnen wir ab. Ihnen drohen in ihren Heimatländern oftmals Gewalt und sogar der Tod. Daher sind queere Geflüchtete besonders schutzbedürftig, sowohl hinsichtlich ihrer Sicherheit in Schleswig-Holstein als auch im Hinblick auf eine drohende Abschiebung.